Deutscher Bluttransfer zugunsten der USA S.7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 9 – 2. März 2013

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Foto: Reuters

Sein Albtraum ist wahr geworden: Mit Entsetzen reagierte EU-Kommissions-Präsident Barroso auf das Wahlergebnis in Italien

Schnell das Volk entmachten

Die Wahl in Italien dürfte Folgen für die Demokratie in Europa haben

Nicht nur aus Sicht der deutschen Medien haben die Italiener falsch gewählt. Doch irren die Südländer wirklich vollkommen?

Das Entsetzen sitzt tief: Mit Beppe Grillo und Silvio Berlusconi hätten die Italiener den „Populismus, das Geschrei und die Lüge gewählt“, schimpft die „Süddeutsche Zeitung“. Die Nachbarn hätten die „Realität geleugnet“. Die „FAZ“ nimmt erschüttert zur Kenntnis, dass sich die Römer „voller Verachtung von der gesamten politischen Klasse des Landes abgewandt haben“.

Und warum? Weil, wie der „Spiegel“ ungläubig und voller Herablassung über die Anhänger von Beppe Grillo schreibt, „die glauben, dass Politik und Banken, Justiz und Unternehmen, die Bürgermeister und die Presse, kurz das gesamte Establishment, sich gemeinsam verschworen hat: gegen das Volk, die Kleinen, die Jungen“.

Indes, für diesen Verdacht gibt es, auch in Deutschland, zumindest Anhaltspunkte. Während im Volk von Anfang an größte Vorbehalte gegen das Euro-Projekt herrschten, fanden diese Bedenken weder in der Politik noch in den großen Leitmedien jemals angemessenen Widerhall. Deutsche Verfassungsrichter haben bislang alle Rechtsbrüche letztlich durchgewinkt. Die Sparer und Steuerzahler sollen bluten, um die Finanzindustrie vor den Folgen ihrer selbstgemachten Fehler zu retten, ja, um sicherzustellen, dass der Milliardenzirkus unvermindert weitergehen kann. Dass ein Volk, vielleicht nicht zuerst die gutgläubigen Deutschen, eher schon die traditionell staatskritischen Italiener, angesichts dessen auf die Idee kommen könnte, einem Komplott ausgeliefert zu sein, darf eigentlich nicht überraschen.

> So lange wählen, bis das Volk endlich so abstimmt, wie es soll

Die Regierung von Mario Monti, dem ehemaligen Goldman-Sachs-Banker, war der Versuch, einer Nation ein Technokratenkabinett vorzusetzen, das tut, was Finanzindustrie und EU-Führung verlangen. Es hätte ein Modell werden können. Eines, das jedem Angst machen muss, dem an der Demokratie gelegen ist. Dieses Modell wurde von den Italienern gestürzt.

Wer jedoch jetzt bereits erleichtert davon spricht, dass der Marsch in den scheindemokratischen Euro-Zentralismus, in die Herrschaft der Brüsseler Lobbyisten, Banker und Technokraten gestoppt sei, der dürfte sich zu früh freuen. „Nun erst recht!“ war bislang stets die Antwort des Euro-Establishments auf Widerspruch aus einem Volk. Für gewöhnlich ließ man solange abstimmen, bis das Volk parierte.

Die Lehre des Euro-Establishments aus dem römischen Desaster wird sein, die nationalen Parlamente nur um so schneller und gründlicher zu entmachten, damit „Fehlentscheidungen“ von Nationen, welche „Populisten“ wählen, möglichst kaum noch Einfluss auf den Gang der Dinge haben. Die Frage wird sein, ob Politik und Finanzindustrie damit durchkommen. Das hängt davon ab, ob sich die Völker ihre Entmachtung gefallen lassen. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Letztes Kapitel

Kein Beitritt der Türkei zur EU, sondern allenfalls eine „privilegierte Partnerschaft“. Die Haltung von Bundeskanzlerin Angela Merkel in dieser Frage ist (noch) eindeutig. Damit liegt sie auf einer Linie mit der Mehrheit des von ihr regierten Volkes. Denn nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid lehnen 60 Prozent der Deutschen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei ab, lediglich 30 Prozent sind dafür. Die Parteien und Medien, die des Volkes Wille auf dem Altar ihrer ideologischen Verblendung opfern, schwadronieren derweil von „Blockade“, einem „Hinhalten“ Ankaras und der aufstrebenden Macht im östlichen Mittelmeer, deren „dynamische Wirtschaftskraft“ die Spielregeln zum EU-Beitritt verändert habe. Wer so argumentiert, hat das Wesen der EU nicht verstanden. Sie ist in erster Linie eine Werte- und keine Wirtschaftsgemeinschaft. Daher können weder der wirtschaftliche Aufschwung der Türkei noch deren geopolitische Lage etwas an den Beitrittskriterien ändern. Verhandlungen sind richtig, aber nur nach den geltenden und bewährten Regeln.

Bevor, wie von Merkel angedacht, ein „neues Kapitel in den Beitrittsverhandlungen eröffnet“ wird, muss deshalb zunächst das aktuell geöffnete Kapitel geschlossen werden, indem die Türkei dessen Kriterien erfüllt. Dazu gehört vor allem, dass sie die Defizite in Sachen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte beseitigt. Solange sie das nicht tut, ist sie kein „Partner auf Augenhöhe“, wie uns die Beitrittsbefürworter weismachen wollen. Und so lange ist das nicht-europäische Land selbst einer „privilegierten Partnerschaft“ mit Sonderkonditionen nicht würdig. Dann sollte das aktuelle auch das letzte Kapitel sein.

Datenschützer ausgetrickst

Fragwürdige Methoden beim öffentlich-rechtlichen »Beitragsservice«

An diesem Wochenende wird die wohl größte Datensammelaktion in der deutschen Geschichte abgeschlossen sein. Dann soll der „Beitragsservice“ – die Nachfolgeorganisation der GEZ – von den Einwohnermeldeämtern die Daten von rund 70 Millionen Bürgern übermittelt bekommen haben. Die Datensätze enthalten neben dem Vor- und Nachnamen das Geburtsdatum, den Familienstand, die aktuelle Anschrift sowie alle vorherigen Haupt- und Nebenwohnsitze mit Ein- und Auszugsdatum. Doch damit nicht genug, auch das Kraftfahrtbundesamt, die Bauämter und selbst private Vermieter werden zur Auskunft gezwungen. Welche seiner Daten von wem an den „Beitragsservice“ übermittelt wurden und werden, erfährt der Bürger nicht. Datenschützer halten diesen Abgleich für verfassungswidrig. Doch die öffentlich-rechtlichen Sender entziehen sich deren Kontrolle mit einem Trick: Unter Berufung auf die Pressefreiheit setzen sie eigene Datenschutzbeauftragte ein, die gegen den Datenabgleich selbstredend keine Bedenken haben.

> Protestaktionen im ganzen Land geplant

Für den 23. März sind in allen größeren Städten Protestaktionen gegen die neue Rundfunksteuer geplant, zu denen auf Internetseiten und in sozialen Netzwerken aufgerufen wird. Unter denjenigen, die dort ihre Meinung kundtun, fielen einige auf, die sich übertrieben positiv über den Zwangsbeitrag äußerten – bis sie als Mitarbeiter öffentlich-rechtlicher Sender enttarnt und ihre Beiträge gelöscht wurden. Nun zetern sie lautstark über die angebliche Zensur. Dabei machen es die Betreiber der Internetseiten lediglich den öffentlich-rechtlichen Sendern nach. Auf deren Seiten wird in den Kommentarspalten bekanntlich alles gelöscht, was nicht in das politisch korrekte Weltbild des Staatsrundfunks passt. *Jan Heitmann*

Zypern: Fass ohne Boden?

Ökonom warnt eindringlich vor nächstem »Rettungsschirm«

Nun soll alles ganz schnell gehen: Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat seinen hinhaltenden Widerstand gegen eine schnelle Hilfe für Zypern aufgegeben. Wie er in einer gemeinsamen Erklärung mit seinem französischen Ministerkollegen Pierre Moscovici bekanntgab, soll noch vor Ende März eine Einigung erzielt werden.

Auslöser für die plötzliche Freigiebigkeit Berlins war der Wahlsieg des Konservativen Nikos Anastasiades bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen auf der Insel. Bei den Hilfen geht es laut Schätzungen um 15 bis 20 Milliarden Euro.

Oder doch viel mehr? Lorenz Jarass, Wirtschaftswissenschaftler an der Hochschule Rhein-Main, warnt eindringlich. In der „Wirtschaftswoche“ erklärte der 51-Jährige, mit der angestrebten Zypern-Hilfe könne ein „Teufelskreis aus immer neuen Kreditzusagen“ ausgelöst werden, wie schon bei Griechenland, „bis sich Europa übernimmt“.

> Teufelskreis immer neuer Forderungen

Es handele sich vor allem um das Geld russischer „Steuervermeider“, das von einer Pleite zypriotischer Banken bedroht sei und nun auf Kosten deutscher Steuerzahler „gerettet“ werden solle. Laut den Angaben von „Global Financial Integrity“ weise die Insel pro Jahr etwa 150 Milliarden US-Dollar Direktinvestitionen in Russland auf. Das sei natürlich kein zypriotisches Geld, das Land habe eine jährliche Wirtschaftsleistung von nur 23 Milliarden Euro. Es sei das umgeleitete Geld russischer Steuervermeider, das so nach Russland zurückkehre.

An der Dimension der Summe will Jarass offenbar absehen, welche Geldmengen tatsächlich auf Zypern im Feuer windiger Anlagen stecken und notfalls von Steuerzahlern ersetzt werden sollen. Es sei das Beste, Zypern einfach pleitegehen zu lassen, so Jarass. *H.H.*

Zwischenruf

Sparen? Nein danke!

Nüchtern ist zu bilanzieren: Trotz hervorragender Konjunktur und üppig sprudelnder Steuerquellen war die Berliner CDU/CSU/FDP-Koalition nicht imstande, die Verschuldung Deutschlands zurückzuführen. Es hat seit 2009 weiteren Schuldenaufwuchs gegeben. Rückstellungen für Haushaltsrisiken in den kommenden Jahren sind nicht erfolgt. Für die gewährten deutschen Bürgschaften im Rahmen der EU-Rettungsschirmpolitik gibt es keine Deckung. Es ist jedoch nunmehr erwiesen, dass für einen erheblichen Teil der Griechenland-Bürgschaften der Haftungsfall eingetreten ist. Deutschland wird diese Haftung unter Inkaufnahme weiterer Verschuldung zu leisten haben. Es ist irreführend, wenn Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble davon redet, für 2014 einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorlegen zu wollen. Der Vergemeinschaftung der Schulden auf der EU-Ebene hat die Regierungskoalition in Berlin weit das Tor geöffnet. Ein letzter Schritt, die Einführung von Eurobonds, fehlt noch. Hier hat sich die Kanzlerin standhaft gezeigt. Gleichwohl haftet Deutschland für die aufgekauften wertlosen Staatsanleihen der EU-Pleitestaaten durch die EZB mit einem Anteil von 28 Prozent. Das hätte verhindert werden müssen. Da kann es auch kein Trost sein, dass es unter Rot-Grün schlimmer gekommen wäre. Trittin und Gabriel fordern seit zwei Jahren die Einführung der Eurobonds.

Deutschland zeichnet sich keinesfalls durch eine vorbildliche Haushaltspolitik aus. Die Staatsverschuldung – so die entsprechende EU-Richtlinie – soll nicht mehr als 60 Prozent des BIP (Bruttoinlandsprodukt) betragen. Diese Republik bringt es auf 81 Prozent; das sind real 2041 Milliarden Euro Schulden. Eine nicht auf sparsame Haushaltsführung orientierte Politik hat das ermöglicht. Seit 2009 hat die Koalition in Berlin 53 hoch besoldete Ministerialbeamte durch einen goldenen Handschlag vorzeitig in den einstweiligen Ruhestand verabschiedet. Gesamtkosten jährlich etwa fünf Millionen Euro. Unvergessen ist auch der goldene Handschlag für Ex-Präsident Wulff. Kosten dafür rund 300000 Euro im Jahr. *W. v. Gottberg*

Die Schulden-Uhr:

Sündiges Frankreich

Entgegen allen Zusicherungen wird sich Frankreich auch dieses Jahr wieder nicht an die Obergrenze bei der Staatsverschuldung halten. Prognostiziert ist statt der erlaubten drei Prozent ein Haushaltsdefizit von 3,7 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Obwohl das Problem überwiegend hausgemacht ist, setzt sich die Bundesregierung für Nachsicht ein. Die Gefahr, dass der Euro damit noch mehr an Glaubwürdigkeit verliert, streitet Berlin ab. *M.R.*

2.068.236.744.068 €

Vorwoche: 2.067.703.650.920 €
Verschuldung pro Kopf: 25.222 €
Vorwoche: 25.216 €

(Dienstag, 26. März 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Spanien auf griechischem Weg

Banken und Wirtschaft sind weiter massiv angeschlagen und Sparprogramme zeigen keinen Erfolg

Die „schlimmsten finanziellen Risiken“ sind für Spanien überwunden, so der optimistische Befund von Spaniens Premier Mariano Rajoy. Tatsächlich vergeht allerdings kein Tag ohne neue Hiobsbotschaften. Die Lage in Spanien gleicht immer mehr einem Pulverfass kurz vor der Explosion.

Nach fünf Runden von Steuerhöhungen und Einsparungen im vergangenen Jahr ist es ein niederschmetterndes Ergebnis: Spaniens Staatsschulden haben einen neuen Rekordstand erreicht. Nach Berechnungen der Tageszeitung „El Pais“ ist der Schuldenberg im vergangenen Jahr um 146 Milliarden Euro gestiegen – pro Tag um 400 Millionen Euro. Mit dem rasanten Schuldenanstieg hat Regierungschef Rajoy beste Chancen, gleich mehrfach in die Geschichtsbücher seines Landes einzugehen. Noch nie sind innerhalb eines Jahres die Staatsschulden Spaniens so stark angestiegen wie im ersten Amtsjahr Rajoys. Auch gemessen an der Wirtschaftsleistung hat der Schuldenberg völlig neue Dimensionen erreicht. Noch im Jahr 2008 – als Spanien den Deutschen regelmäßig als Musterschüler für solide Staatsfinanzen präsentiert wurde – lag der Schuldenstand bei nur 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Ende 2012 waren 882 Milliarden Euro erreicht – etwa 84 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, so die Berechnungen von „El Pais“. Im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung waren Madrids Staatsschulden bisher nur einmal auf ähnlich hohem Niveau: als Spanien den Verlust seines Kolonialreichs verkraften musste.

Schenkt man Ministerpräsident Rajoys erstem Jahresbericht seit seinem Amtsantritt vor 14 Monaten Glauben, dann scheint das Schlimmste überwunden

Weiterer Schuldenrekord für 2012

und Spanien auf dem Weg der Besserung. Tatsächlich ist Spanien auf dem besten Weg, selbst die Krise Griechenlands in den Schatten zu stellen. Die Bankenkrise – mit EU-Hilfspaket und Bad Bank längst unter Kontrolle geglaubt – flammt wieder auf. Das verstaatlichte Kreditinstitut Bankia muss aktuell mit 19 Milliarden Euro, so die vorläufige Schätzung, den größten Verlust verkraften, den überhaupt jemals ein spanisches Unternehmen erlitten hat.

Weiteres Ungemach ist für Bankia bereits im Anmarsch. Mit dem Insolvenzantrag des hochverschuldeten Immobilienentwicklers Royal Urbis bahnt sich in Spanien die zweitgrößte Unternehmenspleite in der Geschichte an. Die zahlungsunfähige Firma stand außer bei Großbanken wie Banco Santander auch bei der ohnehin schwer angeschlagenen Bankia massiv in der Kreide.

Parallel zur wirtschaftlichen Talfahrt Spaniens heizt sich auch die politische Stimmung immer mehr auf. Aus Anlass des Jahrestages des Militärputschs von 1981 protestierten mehrere Hunderttausend Spanier am 23. Februar gegen den „Putsch der Finanzmärkte“ und die grassierende Korruption im Land. Im Zentrum der Kritik der sogenannten „Bürgerwelle“: der Skandal um die schwarzen Parteikassen, die jahrzehntelang in der Partido Popular (Volkspartei) des Premiers Rajoy geführt wurden. Zum Ziel von Verdächtigungen ist inzwischen

Bankia steht vor neuem Milliardenloch

sogar der Regierungschef Mariano Rajoy selbst geworden. Nach den ersten Enthüllungen der Tageszeitung „El Pais“, die den Skandal ins Rollen brachte, hieß es zunächst, Rajoy habe von den Schwarzgeldern selbst nicht profitiert, aber er habe die Praxis des illegalen „zweiten Gehalts“ an Parteifunktionäre sehr spät unterbunden. Inzwischen gibt es allerdings neue, sehr brisante Vorwürfe. Rajoy soll in der Vergangenheit überhaupt der größte Profiteur der schwarzen Kassen der Partido Popular gewesen sein. Vorbei an der Steuer soll Rajoy insgesamt 300000 Euro als „zweites Gehalt“ kassiert haben – gespeist aus illegalen Parteispenden, vor allem aber durch Bestechungsgelder spanischer Baulöwen. Rajoys Versuch, die Vorwürfe durch Veröffentlichung seiner Steuererklärungen zu entkräften, haben sich als veritabler Rohrkrepierer entpuppt. Zum einen lauten die Vorwürfe ohnehin, dass Rajoy die Zahlungen an der Steuer vorbei zugesteckt wurden, die Gelder also gerade nicht in der Steuererklärung auftauchen. Zum anderen wurde mit der veröffentlichten Steuererklärung publik, wie üppig schon die offizielle Vergütung Rajoys bei der Partido Popular war.

Im Zentrum eines weiteren Skandals steht ausgerechnet das spanische Königshaus. Der Schwiegersohn von König Juan Carlos sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, bei einer gemeinnützigen Stiftung an der Unterschlagung öffentlicher Gelder und an Steuerhinterziehung beteiligt gewesen zu sein.

Die Korruptionsskandale treffen in Spanien auf eine ohnehin aufgeheizte Stimmung. Hohe Arbeitslosigkeit, massenweisen Zwangsräumungen von Wohnungen und eine um sich greifende Verarmung haben eine brisante Mischung entstehen lassen, die Spaniens politisches System zur Explosion bringen kann. Was fehlt, ist nur noch ein letzter Funken. *Norman Hanert*



Demonstrationen gegen die Regierung Rajoy: Korruptionsskandale sorgen für Missstimmung Bild: pa

Rot-Grün über Kreuz

Energiewende spaltet Sozialdemokraten und Grüne schon jetzt

Stets und ständig kritisieren SPD und Grüne, dass sich die schwarz-gelbe Regierung fast nie auf etwas einigen könne. Das Hickhack zwischen Umweltminister Peter Altmaier (CDU) und Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP), wenn es um Antworten auf die steigenden Strompreise infolge der Energiewende geht, führt bei den beiden Oppositionsparteien immer wieder zu Schadenfreude. Doch schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Reibereien, sollte es nach der Bundestagswahl tatsächlich zu einem Regierungswechsel hin zu Rot-Grün kommen, dann nur mit verteilten Rollen weitergehen werden. Denn gerade für die Probleme, die aus der überhasteten Energiewende von Schwarz-Gelb entstanden sind, haben Sozialdemokraten und Grüne zum Teil sich sehr widersprechende Lösungen parat.

So sieht die SPD durchaus einen Sinn in den von der jetzigen Regierung gewährten Rabatten für energieintensive Industrien bei der Abgabe im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Schließlich muss sich die deutsche Industrie im internationalen Wettbewerb behaupten und da spielen Strompreise eine nicht zu leugnende Rolle. Zwar wollen die Sozialdemokraten einige Details ändern, allerdings erinnern sie auch die Gewerkschaften daran, dass deutsche Arbeitsplätze in der Industrie nicht gefährdet werden dürfen.

Die Grünen kümmern sich hingegen erst einmal wenig um der-

»Klimaschutz« contra Arbeit und soziale Härten

artige Auswirkungen. Da ihre Wähler im Bildungsbürgertum zu finden sind und sie sich auch um die historischen Wurzeln der SPD in der deutschen Arbeiterschaft nicht scheren, wollen sie alle Privilegien der Industrie abschaffen. Die Klientel der Grünen sorgt sich eben eher um das Weltklima und dem geht es nach allgemeiner Meinung ohne schmutzige Industrie sowieso besser. Umso schwerer ist den Grünenwählern zu vermitteln, dass die SPD sich immer noch den verbliebenen Kohlekumpeln und somit auch jenen Kraftwerken verbunden fühlt, die aus Kohle Strom gewinnen. Gerade in dem rot-grün geführten Nordrhein-Westfalen gibt es noch zahlreiche Kohlekraftwerke und es sind sogar neue geplant. Und auch im rot-rot regierten Brandenburg, dem Land der Braunkohle, hält man noch an dem Energieträger fest. Für die Anhänger der Grünen steht Kohle jedoch vor allem für einen extrem hohen CO_2-Ausstoss, den sie für eine Klimaerwärmung verantwortlich machen, die es ihrer Meinung nach gibt.

Zwar sind sich SPD und Grüne einig, dass ein Energieministerium neu geschaffen werden müsse, in dem die Energiewende gemanagt wird. Doch jede der beiden Parteien beansprucht die Leitung dieses Ministeriums. Für die Grünen dient die Energiepolitik in erster Linie dem „Klimaschutz“, für die SPD geht es auch um Industriepolitik. „Wir verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz in der Energiepolitik. Wir beachten auch die sozialen Aspekte“, so der SPD-Energieexperte Ulrich Kelber. Und der hessische SPD-Politiker Thorsten Schäfer-Gümbel mahnt im „Spiegel“ an: „Energiewende ist mehr als Atomausstieg und Windmühlen.“ *Bel*

Glaubensfrage

Emotionaler Streit ums Sitzenbleiben

Der Plan der neuen rot-grünen Landesregierung in Niedersachsen, Sitzenbleiben durch individuelle Förderung künftig überflüssig zu machen, hat zu einer bundesweiten Debatte geführt, auf der verschiedene Wertvorstellungen und Ideologien aufeinanderprallen. Leistungsschwächere Schüler seien oft nur in einzelnen Fächern schlecht, meinte beispielsweise Brandenburgs Bildungsministerin Martina Münch (SPD). Daher bringe es „ihnen gar nichts, ein ganzes Schuljahr zu wiederholen – das ist vergeudete Lebenszeit und kostet Geld“. Und tatsächlich geben die Bundesländer an, dass die etwa 1,7 Prozent Sitzenbleiber unter den Schülern pro Jahr rund eine Milliarde Euro zusätzlich kosten. Andere Politiker verweisen beispielsweise auf die psychischen Folgen einer „Ehrenrunde“, die peinlich und somit demotivierend sei.

Nur Leistung solle belohnt werden

Bernd Saur, Vorsitzender des Philologenverbandes, meint hingegen: „Wer populistisch die ‚Blümchenschule‘ propagiert, indem er die Bedeutung von Leistung und Anstrengung herunterfährt, erweist unseren Kindern einen Bärendienst und gaukelt ihnen vor, das Leben sei ein Ponyhof. Man kann Kinder nicht mit Kuschelpädagogik auf die knallharte Realität einer Leistungsgesellschaft in einer globalisierten Welt dadurch vorbereiten, dass man sie in Watte packt und ihnen ab Klasse eins eine Erfolgsgarantie unabhängig von ihrem Leistungsvermögen und vor allem ihrem Leistungswillen gibt.“

Und auch Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) spricht sich für die Beibehaltung des Sitzenbleibens aus. Wo, wenn nicht zuerst in der Schule, würde ein Kind oder Jugendlicher lernen, dass seine Bemühungen eine unmittelbare Folge hätten, so Bouffier. Er schließt damit die Freude über eine gute Note ebenso wie die Erfahrung ein, dass die Leistungen nicht ausreichen, um den nächsten Schritt in die höhere Jahrgangsstufe mitzugehen. „Ich bin überzeugt, dass es gerade für Kinder und Jugendliche demotivierend ist, zu sehen, dass man auch ohne eigenen Einsatz die nächste Stufe erklimmen kann. *Bel*

Udo zum Dritten

Von Vera Lengsfeld

An Partys und „Events" ist Berlin wirklich nicht arm. Aber letzten Sonnabend gab es im Stage Theater etwas Besonderes: Das Musical „Hinterm Horizont" von Udo Lindenberg startete ins dritte Jahr.

Damit ist es das am längsten gespielte Musical in der Hauptstadt. Wer es gesehen hat, weiß, warum das Stück so erfolgreich ist. Nur wenige Meter vom ehemaligen Todesstreifen entfernt wird ein Stück Zeitgeschichte gegeben, das unter die Haut geht.

Zu Beginn erinnern Dokumentaraufnahmen an den Bau der Mauer und führen vor Augen, wie diese Grenze aussah, die 28 Jahre lang die Stadt zerriss und deren wenige Überbleibsel heute viel zu harmlos anmuten. Und dann geht es richtig los: mitreißende Songs begleiten die legendäre Ost-West-Liebesgeschichte, die autobiografische Züge trägt.

Thomas Brussig als Buchautor erwies sich als besonderer Glücksgriff. Nicht nur, weil Brussig als ehemaliger DDR-Bewohner viel Expertise über das Lebensgefühl in einer geschlossenen Gesellschaft mitbrachte, sondern weil er den Stoff mit viel Humor bearbeitete. Er sorgte dafür, dass die Story nie in den Kitsch abglitt, dass die Stasi nicht als alles beherrschender Dämon auftrat, dass die DDR-Realität zwar in ihrer Härte abgebildet wird, aber gleichzeitig in ihrer Lächerlichkeit. Diese Mischung bewirkt, dass auch ganz junge Leute von der Handlung gepackt werden.

Und dann die Songs! Manche an die dreißig Jahre alt, wie der legendäre „Sonderzug nach Pankow", aber mitreißend wie eh und je. Immer wieder sang das Publikum mit, auch wenn der eine oder andere Textbaustein fehlte.

Gelungen ist der Regie vor allem der Wechsel vom Spiel zur Dokumentation und zurück. Wie die Ausschnitte aus dem Lindenberg-Konzert von 1983 im Palast der Republik mit der Performance des kongenialen Lindenberg-Darstellers Serkan Kaya kombiniert werden, ist eine Meisterleistung.

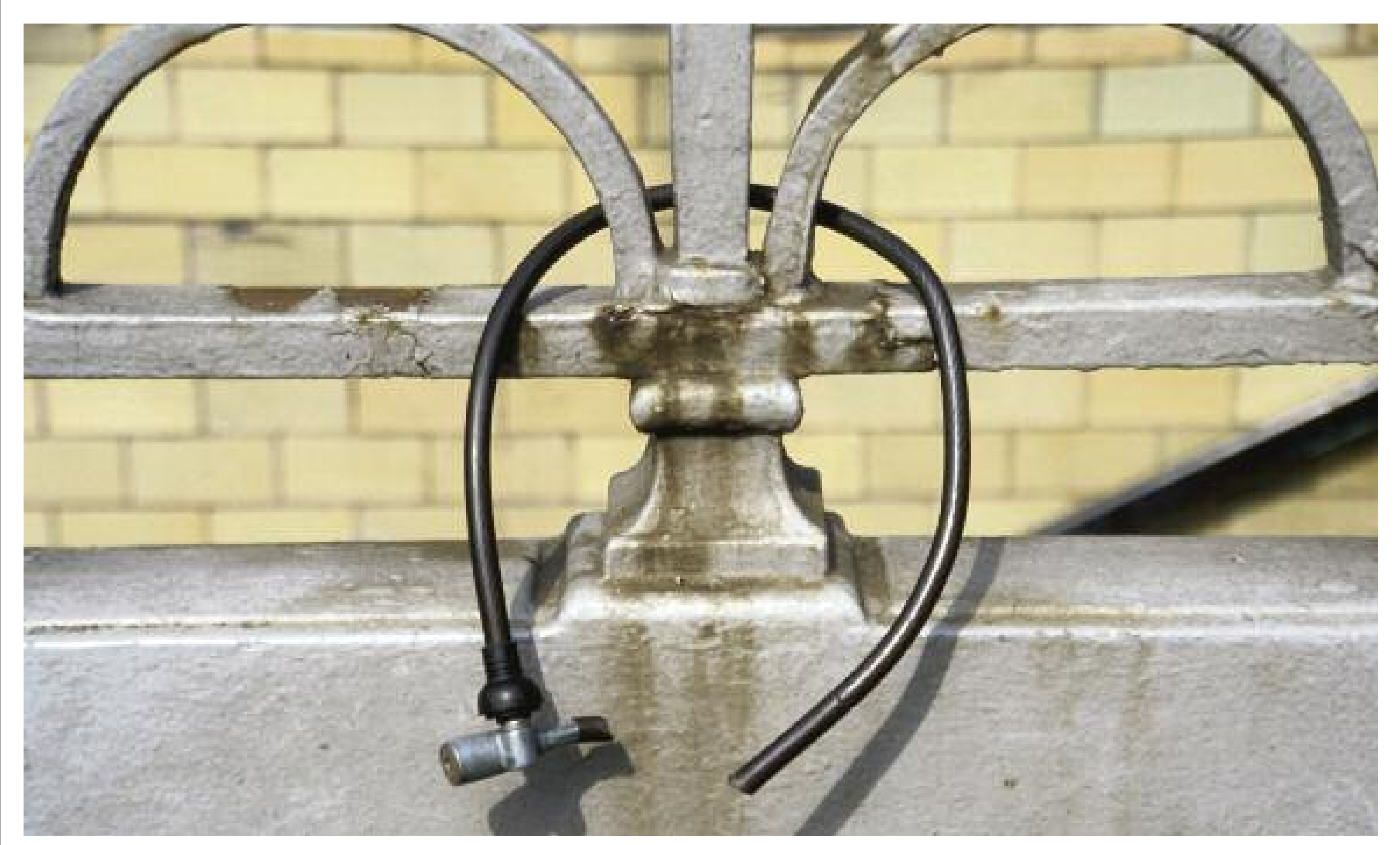
Aber auch die leisen Töne stimmen. Wenn Jessy, das Mädchen aus Ost-Berlin, singt: „Ich lieb Dich überhaupt nicht mehr", hält das Publikum den Atem an und die Tränen zurück.

Die Jubiläumsvorstellung am Sonnabend endete mit einem Auftritt des wirklichen Udo, der sich bei seinem tollen Musical-Team bedankte.

In der Pause und beim „Get together" nach der Vorstellung mischte sich Udo unter das Publikum. Die „Bild" und der Berliner Rundfunk hatten tagelang nach Ost-West-Paaren gesucht. Die glücklichen Gewinner durften sich mit Udo ablichten lassen. Später auch die eingeladenen Ehrengäste, diesmal nicht die übliche Berliner Kulturschickeria, sondern DDR-Bürgerrechtler, für die sich Lindenberg schon zu DDR-Zeiten eingesetzt hatte. Ein toller Auftakt ins dritte Jahr, dem noch viele folgen sollen!

Im Dorf der Fahrraddiebe

Grenzkriminalität an der Oder: Polnischer Ex-Polizist vermutet skandalösen Filz



Was vom Fahrrad übrigblieb: Angeblich findet so manches gestohlene Stahlross in Groß Lübbichow [Lubiechnia Wielka] eine zweite Heimat

Bild: imago

Grenzkriminalität bleibt ein von der Politik unterschätztes Problem. Sie greift zu spät ein. Die Hemmschwellen sind längst gefallen, wie aktuelle Beispiele zeigen.

„Im Tandem gegen die Grenzkriminalität" fahren ab dieser Woche polnische und deutsche Polizisten im gemeinsamen Ausbildungskurs durch Brandenburg. Politik und Polizeiführung signalisieren: Es bewegt sich etwas in Sachen Grenzkriminalität, und zwar nicht nur das Diebesgut. Grenzüberschreitende Ministertreffen finden statt. Im brandenburgischen Guben, einem Zentrum der Gegenmaßnahmen, zieht die Polizei eine positive Bilanz. Die kriminelle Energie der Täter bleibt indes hoch, wie ein polnisches Dorf beweist.

„Das Klischee vom polnischen Dieb hält sich hartnäckig. Dabei geraten die vielfältigen Projekte zwischen Polen und Brandenburg fast völlig aus dem Blick", klagt die Brandenburgische Landeszentrale für Politische Bildung in einem vor wenigen Tagen erstellten Internet-Artikel unter der Überschrift: „Grenzkriminalität. Die gefühlte Bedrohung aus dem Osten".

Der mit Umfragen zu dieser „gefühlten Bedrohung" garnierte Beitrag verwahrt sich gegen den Eindruck, Kriminalität sei ein Problem mit klarer Aufteilung in polnische Täter und deutsche Opfer. Der Beitrag empfiehlt „Austausch" zur Überwindung der Vorurteile: „den Anderen auf Augenhöhe wahrzunehmen".

Der pensionierte polnische Polizist Zdzislaw Matras (62) berichtete nun in der „Märkischen Oderzeitung" von seinen Austauscherlebnissen: Der Beamte ließ sich nach Ende seiner Dienstzeit in einem Haus rund 20 Kilometer nahe der Grenze in der gut 330 Einwohner zählenden Gemeinde Groß Lübbichow [Lubiechnia Wielka] nieder und wurde selbst bald Opfer krimineller Diebesbanden – und Zeuge recht merkwürdiger Begebenheiten.

Für den Diebstahl einer „teuren Säge" schien sich trotz konkreten Verdachts gegen einen Holz verarbeitenden Nachbarn bei der örtlichen Polizei niemand zu interessieren. Als der Pensionär eine dreiköpfige Bande fotografierte, die auffällig neue Fahrräder ins Dorf holte, blieb die zuständige Polizeiwache Reppen [Rzepin] nach Matras' Angaben ebenfalls untätig. Ein Fahrrad blieb demnach sogar dauerhaft im Dorf.

> Sind örtliche Polizei und Verwaltung in die Fälle verwickelt?

Der Polizist a.D. hat inzwischen erfahren, dass die Frau des Polizeichefs ein Sägewerk besitzt und mit seinem Nachbarn in Verbindung steht. Erst als eine junge polnische Beamtin angesichts drückender Beweislage den Fall der Fahrraddiebe weiterverfolgte, erhielt ein deutscher Eigentümer sein Rad zurück. Als Grund für diesen Teilerfolg gab Matras, der einstige Leiter der Kriminalpolizei in Schwiebus [Swiebodzin], die vielen Anfragen deutscher Behörden nach den gestohlenen Fahrrädern an.

Die Anklage gegen den mutmaßlichen Täter indes versandete. Die zuständige polnische Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren aus „formalen Gründen" ein. Matras glaubt, auch hier habe die lokale Polizei nachgeholfen, indem sie bei der Befragung des deutschen Zeugen auf einen Dolmetscher verzichtete – ein „Verfahrensfehler", durch welchen die Befragung wertlos wurde. „Dafür dürfte der Rzepiner Polizeichef gesorgt haben", zitiert die „Märkische Oderzeitung" den Pensionär.

Viel schwerer wiegt indes der Verdacht gegen lokale polnische Ämter. Was nützt der Kampf gegen die politisch ohnehin als „gefühlte Bedrohung" kleingeredete Grenzkriminalität, wenn der Partner auf der polnischen Seite des polizeilichen Tandems womöglich teils für die falsche Seite arbeitet? Vertrauen ist so in Gefahr, undichte Stellen drohen.

Der aktuell wieder gestartete gemeinsame Lehrgang für diesmal je zehn brandenburgische und polnische Polizisten in der Polizeiinspektion Ost in Frankfurt/Oder stellt so nur einen sehr begrenzten Erfolg dar. Die nun kritisierten lokalen Beamten sind zwar nicht mit der übergeordneten Polizei gleichzusetzen, doch muss auch Letztere, bevor sie in Aktion tritt, nun erst einmal sprachliche Hürden nehmen und ihre Kenntnisse im Rechtssystem der jeweils anderen Seite vertiefen. Bisher wurden im Rahmen des Tandems 29 deutsche und 32 polnische Polizisten entsprechend weitergebildet – viel ist das nicht. Bis Jahresende gibt es noch drei Kurse. Eine vergleichbare Zusammenarbeit auf Seiten der Justiz existiert noch nicht. Erst vor wenigen Tagen machte sich der Leitende Oberstaatsanwalt von Frankfurt/Oder, Carlo Weber, für eine solche Zusammenarbeit stark.

Wo die Gefahr, gestellt zu werden, gering ist, sinkt indes die Hemmschwelle. Zur bevorstehenden Grenzöffnung gemäß Schengener Abkommen der EU Ende 2007 schrieb die Gewerkschaft des polnischen Grenzschutzes (NSZZ FSG) den deutschen Kollegen: „Wir teilen auch Eure Ängste vor einem unkontrollierten Zustrom von Terrorismus und Kriminalität, was zweifelsohne eine Gefahr für die Schaffung einer neuen europäischen Ordnung im Rahmen des Schengener Übereinkommens darstellt." Die Gefahr ist in Teilen längst tägliche Realität.

Sverre Gutschmidt

Grauen der SED-Diktatur

Menschenrechtszentrum Cottbus eröffnet »Zeitzeugenzelle«

Am 20. Februar wurde in der sanierten Gedenk- und Bildungsstätte Zuchthaus Cottbus ein neu gestalteter Raum, die „Zeitzeugenzelle", eröffnet. Damit wurde ein weiterer Schritt zum Ausbau des Menschenrechtszentrums Cottbus getan. Der Trägerverein wurde bereits 2007 von ehemaligen politischen Gefangenen des berüchtigten DDR-Zuchthauses gegründet. Das ehemalige Gefängnis wurde seiner neuen Bestimmung im September 2012 mit einem Benefizkonzert des Liedermachers Wolf Biermann übergeben. Das Zentrum war damals aber noch nicht vollständig. Etappenweise wird das gesamte frühere Gefängnis in eine Gedenkstätte umgewandelt.

Der nun neu gestaltete Raum liegt in der zweiten Etage des Hafthauses 1 und wurde nach den Vorgaben ehemaliger Häftlinge mithilfe privater Spenden und Fördermitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gestaltet. Er macht die Realität des Häftlingsalltages für den Besucher erlebbar. An der rechten Zellenwand hat der Fotokünstler Steffen Krahl eine Fotokollage geschaffen. Auf zwei Monitoren in der Zelle ist ein Film zu sehen, den der Regisseur Heiner Sylvester zusammengestellt hat. Er zeigt Interviews mit 20 Zeitzeugen. Joachim Heide, Ex-Polithäftling: „Es darf nicht in Vergessenheit geraten, was in den Backsteingebäuden in der Bautzener Straße geschah ..."

> Wo die politischen Häftlinge in der DDR gelitten haben

Bei der weiteren Rekonstruktion der einzelnen Gefängnisteile gibt es Schwierigkeiten. Architekt Fred Wante berichtet: „Wenn man sich so vorstellt, dass dort in einem Raum – 45 Quadratmeter in vierstöckigen Betten für 28 Menschen – alle um einen Abort herum schlafen. Da geht mir heute noch ein Frösteln über den Rücken, weil man sich so was nicht vorstellen kann." Nicht alles kann jedoch originalgetreu wiederhergestellt werden: „Alles was jetzt neu dazu kommt aber, das wird in einem sehr harten Kontrast modern dazwischen stehen. Also wir werden Fenster erneuern, die werden moderne Konstruktionen sein."

Die Podiumsdiskussion zur Eröffnung unter dem Titel „Stationen auf dem Weg zur Freiheit" war gut besucht. Noch im laufenden Jahr sollen weitere Teilprojekte der Öffentlichkeit präsentiert werden. Am 10. Dezember wird anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte die Dauerausstellung „Karierte Wolken – Politische Haft im Zuchthaus Cottbus 1933–1989" eröffnet. Sie hat die Menschenrechte im Allgemeinen zum Thema.

Hans Lody

BER: Ruhe sanft!

Platzeck unterstützt Nachtflug-Gegner

Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD), seit kurzem allein an der Spitze des chaotischen Flughafenprojekts BER, hat den Nachtfluggegnern nachgegeben. Damit gefährde er das ganze Projekt, statt es zu retten, sagen Kritiker.

Dem Skandal-Flughafen BER droht neues, existenzbedrohendes Unheil. Die in Potsdam regierende SPD hat mit starken Bürgerinitiativen zu kämpfen, die vor allem für eine strenge Nachtruhe auf dem künftigen Großflughafen eintreten. Ihnen gab Platzeck jetzt nach. Mehr noch: Er stellte sich an die Spitze der Nachtfluggegner und deren Volksbegehren und nimmt damit dem Flughafen der inzwischen 20000 Mängel die vielleicht letzte Chance, mehr als ein Provinzflughafen zu sein.

> Abstieg zum Provinzflughafen

Brandenburgs Landtag hat verkündet, das Volksbegehren der Nachtfluggegner annehmen zu wollen und stellt sich so gegen Berlin und den Bund. Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit empörte sich heftig über die Entscheidung seines Parteifreundes: „Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, dass sich Brandenburg vom Acker macht." Wowereit erteilte Platzecks Bereitschaft, über ein längeres Nachtflugverbot zu sprechen, eine schroffe Absage.

Über das neue Zerwürfnis erregt sich nicht nur die Opposition, auch die Anwohner des noch weiter genutzten Flughafens Tegel ärgert, dass für diesen innerstädtischen Bereich kein Nachtflugverbot gilt, nicht aber für BER am Stadtrand. BER könnte indes laut Luftfahrtexperten bei einem Nachtflugverbot die angestrebte Rolle als Drehkreuz für Luftfracht ganz abschreiben.

SV

Randale gegen Polizeikongress

Begleitet von linksextremen – teilweise gewalttätigen – Protesten fand in Berlin vom 19. bis zum 20. Februar 2013 ein europäischer Polizeikongress statt. Mehr als 1000 Sicherheitsexperten aus 60 Nationen berieten schwerpunktmäßig über den Kampf gegen Kriminelle im Internet. Weltweit fallen jeden Tag rund eine Million Menschen Delikten im Netz zum Opfer. Darunter fallen Datenklau, digitale Erpressung, „gehackte" (entschlüsselte und umgelenkte) Banküberweisungen oder Verbreitung von Kinderpornos. Der Schaden beläuft sich pro Jahr auf rund 290 Milliarden Euro, Täter können aus fernsten Regionen heraus agieren. Je mehr Gebiete auf der Welt Zugang zum Internet hätten, desto größer würden die Risiken, sagte Troels Oerting vom neuen EU-Zentrum zum Kampf gegen „Cyberkriminalität". Notwendig sei eine verstärkte internationale Zusammenarbeit der nationalen Polizeiorganisationen, so die Forderung der meisten Teilnehmer.

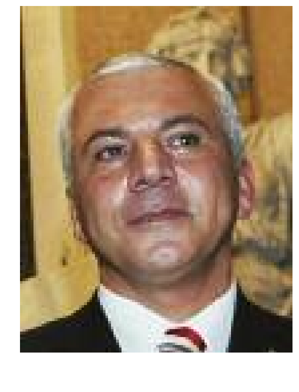
T.M.

Zeitzeugen



Kaiser Karl V. – Er regierte von 1520 bis 1556 ein Weltreich, in dem „die Sonne nie unterging“. Bekannt ist er durch sein teils versöhnliches, teils kriegerisches Handeln in der Reformationszeit. Dass er als katholischer Herrscher die Umwandlung einer Moschee in Cordoba in eine christliche Kathedrale kritisierte, zeigt die Weltläufigkeit dieses kunstinteressierten und frommen Herrschers.

Maria Jepsen – Die ehemalige evangelische Landesbischöfin in Hamburg verlor während ihrer Amtszeit (1992–2008) Tausende ihrer Kirchenmitglieder und musste die Schließung zahlreicher Kirchen der Hansestadt in die Wege leiten. Ihrem feministischen und linkspolitischen Kurs mochten immer weniger ihrer „Schäfchen“ folgen und wandten sich daher anderen Kirchen oder Religionen zu.



Daniel Abdin – Der Imam des „Islamischen Zentrums Al-Nour e.V.“ hat im November 2012 die evangelische Kapernaum-Kirche gekauft. Etwa 600 Mitglieder hat diese größte arabisch-islamische Gemeinde Norddeutschlands, die derzeit noch eine Hinterhof-Moschee im Stadtteil St. Georg betreibt. Abdin handelte kürzlich mit der Hansestadt Hamburg auch einen Staatsvertrag für die islamischen Gemeinden aus.

Thomas Erne – Der mit einer Künstlerin verheiratete Theologieprofessor und Präsident des evangelischen Kirchbauvereins schrieb seine Doktorarbeit über das Thema „Lebenskunst, Aneignung ästhetischer Erfahrungen“. Der von ihm befürchtete Imageschaden durch die Umwidmung einer Kirche in eine Moschee ist aber durch die unästhetischen „Betonkirchen“ der Nachkriegszeit längst eingetreten.



Hans-Jochen Jaschke – Der katholische Weihbischof in Hamburg sagte zum Fall der Kirche in Hamburg-Horn: „Die Umwidmung einer Kirche in eine Moschee ist nicht in unserem Sinne. Die Austauschbarkeit von Kirche und Christentum mit dem Islam entspricht nicht einem guten interreligiösen Dialog.“ Auch spricht er von einem „Missgeschick“ der evangelischen Glaubensbrüder und fordert eine bessere vertragliche Vorsorge.

Erst entseelt, dann verhökert

Lutheraner suchen trotz Wirbel um Kirche in Hamburg weiter Käufer für ihre Häuser

Die bevorstehende Umwandlung der evangelischen Kapernaum-Kirche im Hamburger Stadtteil Horn sorgt bundesweit für Schlagzeilen. Dass ganz offiziell der Halbmond an die Stelle des Kreuzes tritt, der Imam an die Stelle des Pastors, die Anbetung Allahs die des Dreieinigen Gottes ersetzen soll, ist ein beispielloser Vorgang, der jedoch absehbar war.

Die „Nordkirche“ steht vor einem Scherbenhaufen. Waren Anfang der 1980er Jahre noch rund 50 Prozent der Stadtbevölkerung Hamburgs evangelisch-lutherisch und Mitglied der ehemaligen Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche, die lange unter der Leitung der Landesbischöfin Maria Jepsen stand, so sank dieser Anteil auf heute gut 30 Prozent mit nachhaltigen Folgen für die Finanzkraft der durch Fusion entstandenen „Nordkirche“. Zuerst sah man sich zur Zusammenlegung vieler Kirchen genötigt, was Maria Jepsen zunächst noch als „Zukunftsmodell“ zu vermitteln versuchte. Die bald leerstehenden Kirchen, die ohnehin schon seit Jahrzehnten nur noch von sehr wenigen Gottesdienstbesuchern genutzt wurden, standen aber bald zum Verkauf, Abriss oder zur Umwidmung bereit.

So auch die Kapernaum-Kirche in Horn, die schon seit 2004 nicht mehr für Gottesdienste genutzt wurde und vor deren Tür heute Obdachlose kampieren. Kirchliche Insider berichten, dass sich die Gemeinde schon in den 1970er Jahren fast ausschließlich auf Sozialarbeit konzentrierte und die seelsorgerliche und geistliche Arbeit vernachlässigte. Die Besucherzahlen der Gottesdienste tendierten daher schließlich gen Null, so dass eine Schließung und der Verkauf des großen und teuren Gebäudes auf der Hand lag. Ohne besondere Auflagen wurde die Kirche dann an einen Geschäftsmann verkauft, der die Kirche, deren Turm schon rein baulich an ein Minarett erinnert, nun an den Moscheeverein „Al-Nour“ verscherbelte. Die heutige Regionalbischöfin Hamburgs, Kirsten Fehrs, kann kein großes Problem an der Umwidmung erkennen.

Regionalbischöfin erkennt kein Problem in Umwidmung

In der Hansestadt Hamburg werden schon seit vielen Jahren evangelische Kirchen immer wieder an andere christliche Konfessionen verkauft. Die 1873 als machtvolles Zeichen des preußischen Staates erbaute neogotische St. Johanniskirche in Altona dient mit ihren 600 Sitzplätzen heute als „Kulturkirche“. Im Altarraum wird nicht mehr gebetet, sondern dort treten Musiker und Künstler aller Art auf. Die Simeon-Kirche im Hamburger Arbeiterstadtteil Hamm, erst in den Jahren 1965/66 erbaut, ein von der Bevölkerung als „hässlich“ empfundener Bau der Nachkriegsmoderne, wird seit 2003 von der griechisch-orthodoxen Gemeinde genutzt. Die südeuropäischen Christen haben den puristischen Innenraum inzwischen mit Ikonen im byzantinischen Stil verschönert.

Ähnlich verhält es sich mit der 1905 bis 1907 erbauten Gnadenkirche auf St. Pauli, einem neoromanischen Zentralbau. Hier ist die russisch-orthodoxe Gemeinde eingezogen, die diese Kirche dem heiligen Johannes von Kronstadt geweiht und ebenfalls mit vielen Ikonen und Kerzen ausgestattet hat. Auch die 1927 bis 1929 errichtete Bugenhagenkirche in Barmbek, einer der qualitätvollsten Beispiele Neuen Bauens und erst in den 1990er Jahren für hohe Summen renoviert, musste 2004 aufgegeben werden. Seit 2007 ist dort die bulgarisch-orthodoxe Gemeinde Hl. Methodius und Kyrill zuhause.

Weitere Kirchenübernahmen stehen offenbar bevor, wie von verschiedenen christlichen Konfessionen zu erfahren ist. So kündigte bereits die rumänisch-orthodoxe Kirche Hl. Johannes der Täufer an, für die über 3000 in Hamburg lebenden Rumänen eine Kirche erwerben zu wollen.

Hinrich E. Bues



Bild: action press

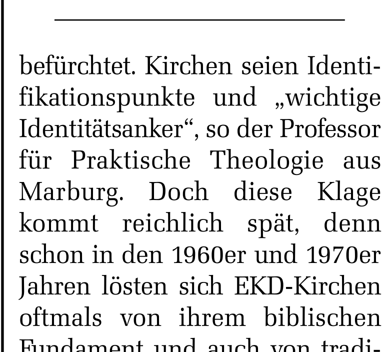
Neuen Eigentümer gefunden: 2007 wurde die Hamburger Gnadenkirche von der russisch-orthodoxen Kirche übernommen

Hausgemachte Finanznot

Was sind die Gründe für die Umwidmung von Kirchen? In der Vergangenheit meist durch Kriege und Eroberungen verursacht, spielen sich heute subtilere Prozesse ab. Die sinkende Finanzkraft der evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die dank der Kirchensteuer nach wie vor zu den reichsten der Welt zählt, hängt unmittelbar mit ihren hohen Mitgliederverlusten zusammen. In den letzten 60 Jahren verloren die EKD-Kirchen rund 18 Millionen ihrer zahlenden Anhänger.

Die Mitgliederverluste könnten sich jetzt noch verstärken, weil der Verkauf einer ehemals evangelischen Kirche an einen islamischen Verein in Hamburg zu einem „schweren Imageschaden“ führe, wie der Direktor des evangelischen Kirchbauvereins in Deutschland, Thomas Erne,

Neuer Imageschaden für die EKD



befürchtet. Kirchen seien Identifikationspunkte und „wichtige Identitätsanker“, so der Professor für Praktische Theologie aus Marburg. Doch diese Klage kommt reichlich spät, denn schon in den 1960er und 1970er Jahren lösten sich EKD-Kirchen oftmals von ihrem biblischen Fundament und auch von traditionellen Bauformen der Gebäude (kreuzförmiger Grundriss, spitzer Kirchturm, Kirchenschiff). Vom Abriss oder einer Umwidmung leer stehender Kirchen sind daher besonders die wenig geliebten „Betonkirchen“ aus den 1960er oder 1970er Jahren betroffen.

Ein zweiter Grund für die gegenwärtige Entwicklung liegt in den Migrationsbewegungen. So geschehen die Umwidmungen häufig zugunsten orthodoxer Kirchen, meist südosteuropäischer Herkunft. Dass sich die über drei Millionen Moslems in Deutschland über kurz oder lang nicht mehr mit Hinterhof-Moscheen zufrieden geben würden, war zudem seit langer Zeit abzusehen.

H.E.B.

Revier markiert

Wie aus Kirchen Moscheen wurden und umgekehrt

Die beiden berühmtesten Umwidmungen einer Kirche in eine Moschee und umgekehrt stehen im türkischen Istanbul und im spanischen Cordoba. Beide Vorfälle ereigneten sich im Zuge kriegerischer Eroberungen und bewegen die Menschheit bis heute.

Die einstmals christliche Iberische Halbinsel wurde im 7. und 8. Jahrhundert von islamisch-arabischen Heeren fast gänzlich erobert. Im großen Stil zerstörten die nun regierenden moslemischen Herrscher die christlichen Kirchen oder wandelten diese in Moscheen um. Im Zuge der „Rückeroberung“ Spaniens durch christliche Heere handelten die neuen Herrscher nach dem gleichen Modell. Im Jahr 1236 wurde in Cordoba eine der größten Moscheen der damaligen islamischen Welt in eine christliche Kirche verwandelt. Zunächst nahmen die christlichen Herrscher nur wenige Veränderungen an dem Gebäude vor; doch im 16. Jahrhundert bauten sie in die ehemalige Moschee eine gotische Kathedrale ein. Der damalige Kaiser Karl V. soll bei einem Ortstermin gesagt haben: „Ich wusste nicht, um was es sich hier handelte. Denn wenn ich es gewusst hätte, hätte ich nicht erlaubt, dass man Hand an das alte Gebäude legt. Ihr habt getan, was möglich war, etwas erbaut, was es andernorts schon gibt, und dafür etwas zerstört, was einmalig in dieser Welt ist.“ Eine konkrete Quelle für diese Äußerung gibt es zwar nicht, aber sie deutet zumindest den Sinn dieses christlichen Kaisers für Architektur und Kunst an, der in der Reformationszeit eine so bedeutende Rolle spielte.

Die Hagia Sophia hatte noch Glück

Im Zuge der Eroberung Konstantinopels, dem zentralen Sitz der orthodoxen Christenheit, wurde im Jahr 1453 die Hagia Sophia, die wichtigste Kirche der Orthodoxie, vergleichbar mit dem Petersdom in Rom, in eine Moschee umgewandelt. Die islamischen Herrscher ließen diesen Zentralbau mit der großen Kuppel unberührt, gestalteten aber den Innenraum bis auf wenige Wandmalereien völlig um. Sie setzten vier Minarette als Zeichen des islamischen Sieges an die vier Ecken der Kirche. Dem Vorbild der frühchristlich-byzantinischen Architektur blieben sie jedoch treu, wie der Neubau der Süleymaniye-Moschee (erbaut 1550 bis 1557) in Istanbul und auch die heutigen Neubauten zeigen.

Dem Erdboden gleichgemacht wurde aber die berühmte Apostelkirche von Konstantinopel, die „Aghioi Apostoloi“, 1461 geschliffen, um Platz für die Fatih-Moschee zu schaffen. Dieses Schicksal erlitt auch die Grabeskirche in Jerusalem im Jahr 1009 durch Kalif al-Hakim (985–1021). Als Ort der Kreuzigung und Auferstehung Jesu ist sie das Hauptheiligtum der Christenheit, vergleichbar mit der Kaba in Mekka. Der islamische Herrscher löste damit die christlichen Kreuzzüge und kriegerische Auseinandersetzungen über Jahrhunderte aus.

Die jüngsten Umwidmungen und Zerstörungen von Kirchen durch islamische Bewegungen geschahen in den letzten 100 Jahren durch die nationalistischen Jung-Türken. Anfang der 1920er Jahre eroberten sie die von christlichen Griechen gehaltene Westküste Kleinasiens, vertrieben die Bevölkerung, zerstörten Kirchen und Klöster oder wandelten sie in Moscheen um.

H.E.B.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1095**

Zügel zu locker gelassen

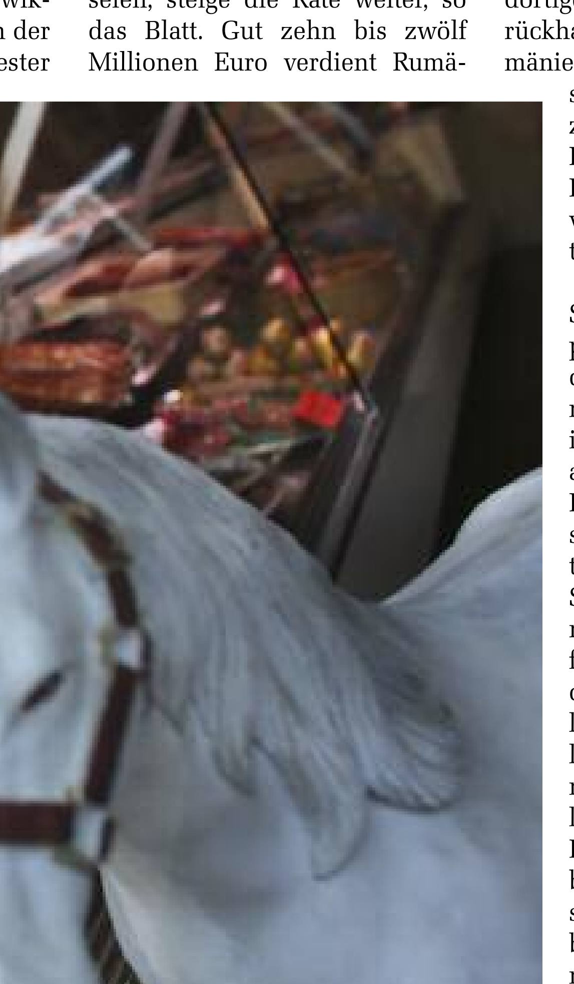
Mit mangelnden Kontrollen von Lebensmitteln hat die EU den Pferdefleischskandal ermöglicht

Nicht die unter einem Mangel an Kontrolleuren leidenden deutschen, sondern irische Behörden brachten den europaweiten Skandal um heimlich in Nahrungsmittel gemischtes Pferdefleisch im Januar ans Licht. Das Ausmaß überrascht Verbraucher, zeigt Mängel bei Tests auf und offenbart die Folgen falschen Sparens bei der Kontrolle.

Die Deutschen wünschen sich mehr Lebensmittelkontrollen: Rund 84 Prozent der aktuell vom ZDF-Polit-Barometer Befragten befürworten strengere Gesetze, nur 41 Prozent glauben, dass es die auch geben wird. Die Werte zeugen vom Misstrauen der Verbraucher in den Umgang der Politik mit Lebensmittelsicherheit. Auslöser ist der aktuelle Skandal um nicht ausgewiesenes Pferdefleisch in Fertignahrung – ein überraschender Skandal, ist doch Pferd eigentlich teurer als Rind oder Schwein. Vom Skandal betroffen sind vor allem tiefgekühlte Hackfleischgerichte. Bei solchen Fertiggerichten ist das Schummeln leicht, denn hier müssen Hersteller die Herkunftsländer der Ware nicht angeben.

Der Skandal rückt die Vernetzung im grenzenlos Fleisch verschiebenden Europa ins Licht. Diese Vernetzung ist ein Irrgarten: Riesige Fleischlager und lange Vertriebswege von Handelskonzernen und Auftraggebern von Zypern bis in die Niederlande sorgen dafür, dass Fleisch oft lange und schwer nachvollziehbare Wege nimmt, bevor es den Verbraucher erreicht. War Pferd für Rheinischen Sauerbraten oder eine Salami einst eine geschätzte Zutat, so empört der aktuelle Skandal nicht nur, weil die Fleischsorte aus der Mode ist und der Pferdeschlachter längst unüblich. Das als Freizeitpartner und nicht als Nahrung wahrgenommene Pferd tritt unerwartet auf den Speiseplan. Der bewusste Pro-Kopf-Verbrauch von Pferd als Nahrung in Deutschland liegt seit Jahrzehnten bei mageren 0,1 Kilogramm im Jahr. Vor allem der Etikettenschwindel der Branche, die statt der angegebenen Sorten teils 30 bis 100 Prozent Pferd in Fertigessen mengt, empört jetzt Verbraucher. Hinzu treten die Tierquälerei auf langen Transporten sowie die Zustände in manchen Schlachtanlagen und Lagern.

Verdächtigten britische Medien anfangs eine rumänische „Pferdemafia“, die gezielt falsch ausgewiesene Ware nach Frankreich gebracht habe, sind inzwischen viele europäische Konzerne nachweislich in den Skandal verwickelt. In mehr als zwei Dritteln der Mitgliedstaaten spürten Tester falsch ausgewiesenes Fleisch auf. Wie viel davon verzehrt wurde, lässt sich nicht einmal schätzen. Bei der Frage der Herkunft steht Rumänien weiter in der Kritik. Laut der britischen Zeitung „Daily Mail“ exportiert das Land jährlich gut 14 000 Tonnen. Seit Pferdefuhrwerke gesetzlich von den Straßen des Landes verbannt seien, steige die Rate weiter, so das Blatt. Gut zehn bis zwölf Millionen Euro verdient Rumänien jedes Jahr mit den Exporten, schätzen Experten. Bukarests Landwirtschaftsministerium bestätigt für 2012 einen Exportanstieg um neun Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die landesweite Pferdezahl sank von 800 000 im Jahr 2008 auf derzeit 600 000. Die Armut der Bauern nährt diese Entwicklung. Die spielt auch in Polen eine Rolle. Das Land hält weltweit den sechsten Platz bei der Pferdeschlachtung, ist Nummer zwei in Europa mit rund 40 000 Schlachtungen jährlich, so die Tierschutzorganisation Humane Society International. Im Land selbst wird das dortige Nutztier aber genauso zurückhaltend verzehrt wie in Rumänien. Der erste Verdacht irischer Politiker gegen Polen zerschlug sich, als belastete Proben auch bei irischen Konzernen ohne Geschäftsverbindung nach Polen auftauchten.



Eigentlich eine gesunde Delikatesse: Pferdefleisch Ist inzwischen aber aus der Mode geraten Bild: imago

> Es herrscht ein Überangebot an Pferdefleisch

Ein Überangebot von Schlachtpferden in Osteuropa fällt so als alleinige Ursache des Schwindels aus. Rumänische Politiker sagten, ihre Exporte seien korrekt als Pferd ausgewiesen nach Frankreich gelangt. Funde solcher korrekt bezeichneten Proben bestätigten diese Sicht. Auch Polens Veterinäre entdeckten bisher keine falschen Ausfuhren. Dass die Verantwortung nicht allein bei den Exporteuren liegt, zeigt auch der Fall eines niederländischen Händlers, der gezielt Pferd als Rind verkaufte, obwohl er bereits einschlägig vorbestraft war. Und selbst Verbraucher, die billige Lasagne schon bisher aus Argwohn vor dem Preis-Leistungsverhältnis mieden, sind nicht sicher: Der weltgrößte Lebensmittelkonzern Nestlé hat Pferdefleisch in „Buitoni“-Produkten entdeckt. Der Skandal beruht somit auch nicht allein auf Verbraucherwünschen nach günstiger Nahrung, denn bei der Marke handelt es sich nicht um ein Billigprodukt. Vielmehr kontrolliert Europa zu wenig. DNA-Tests sind nicht Standard, Binnengrenzen als einstige Kontrollstellen abgeschafft. Der Vorsitzende des Bundesverbandes der Lebensmittelkontrolleure, Martin Müller, mahnte zudem die deutsche Politik, mehr Geld für Kontrolleure auszugeben: „Das Sicherste bleibt die Probenahme. Dabei ist es absolut kein Problem, Fleischsorten zu erkennen.“

Sverre Gutschmidt

MELDUNGEN

Landeshaushalt statt Bildung

Berlin – „Nach Auffassung fast aller Länder ist die Forderung des Bundes unbegründet. Es gibt keinen Rechtsanspruch auf Rückzahlung“, heißt es aus dem brandenburgischen Sozialministerium. Fast alle Bundesländer widersetzen sich der Forderung des Bundes, nicht ausbezahlte Gelder der im letzten Jahr ins Leben gerufenen Bildungsgutscheine für Kinder aus Hartz-IV-Familien an den Bund zurückzubezahlen. Bundessozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) hatte mit den von ihr entwickelten Bildungsgutscheinen jedoch nicht die Finanzierung der Kommunal- und Länderhaushalte beabsichtigt, sondern wollte Vereinsmitgliedschaften und Musikschulkursbesuche finanziell unterstützen. Doch die Eltern der rund 2,5 Millionen anspruchsberechtigten Kinder bundesweit fragten die Bildungsgutscheine kaum nach. Das Land Berlin hat nur knapp 30 Prozent der vorgesehenen Gelder ausbezahlt. *Bel*

Bonus für Nicht-Deutsche

Berlin – Die „Berliner Morgenpost“ meldete dieser Tage, dass bei Aufnahmetests für die Begabtenförderung Kinder nicht deutscher Herkunft einen Bonus erhalten haben. So soll Beate Stoffers, Sprecherin von Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD), sogar offiziell bestätigt haben, dass eine Korrektur zugunsten der Schüler nicht-deutscher Herkunft vorgenommen worden sei. Da es bei den Aufnahmetests einen sehr großen Sprachanteil gegeben habe, habe man sich zu diesem Schritt veranlasst gesehen, um deutsche Muttersprachler nicht zu bevorzugen. Insgesamt haben weniger Kinder als erwartet den Test bestanden, so dass weniger Schnelllernklassen eingerichtet werden müssen. *Bel*

Mäuse für den NABU

Umweltschutzbund verzichtet gegen Spende auf Klage

Das ist der Einstieg des NABU in die Schutzgeldbranche.“ Der Vorgang, der Johannes Lackmann, den Geschäftsführer von WestfalenWind, so auf die Palme bringt, könnte leicht Schule machen. Obwohl alle Genehmigungen vorlagen, war es dem Landesverband Hessen des Naturschutzbundes NABU gelungen, per Klage mit Sofortvollzug beim Verwaltungsgericht einem kleinen Windparkbetreiber in der Nähe von Gießen den Betrieb von fünf seiner sieben Windräder zu untersagen. Nachdem der Windparkbetreiber 500 000 Euro an einen Naturschutzfonds gezahlt hatte, war der NABU zur Rücknahme seiner Klage bereit. Der Naturschutzfonds, an den die Zahlung des verklagten Windkraftanlagenbetreibers gehen wird, soll interessanterweise von einer Stiftung des NABU verwaltet werden. Gefördert wird unter anderem ein Projekt mit dem etwas doppeldeutigen Namen „Mäuse für den Milan“ – eine Untersuchung, ob Kleinsäuger wie Mäuse am Fuß der Windräder Vögel anlocken.

„Wir konnten es uns einfach nicht leisten, dem Vorschlag des NABU nicht zu entsprechen“, so der Geschäftsführer von Hessen-Energie Horst Meixner in der „Berliner Zeitung“ zum erstaunlichen Ausgang der Klage des NABU. Selbst der Stillstand von nur wenigen Monaten hatte zu einem Millionenverlust geführt. Der NABU selbst weist erwartungsgemäß die gemachten Anschuldigungen von sich. Der Verband wolle sich durch Klagedrohungen gegen Windparks in Hessen nicht bereichern oder gar ein Geschäftsmodell für Ausgleichszahlungen entwickeln, so seine Stellungnahme zu den Vorwürfen. Die Argumentation des NABU: „Da der Schaden durch den Bau der Anlagen bereits entstanden ist, können zweckgebundene Ausgleichszahlungen helfen, hier einen Lösungsbeitrag für den Konflikt um Windenergie und Vogelschutz zu leisten.“

> Parallelen zum Schutzgeld vorhanden

Tatsächlich werden sich aber bei Windradprojekten fast immer Beeinträchtigungen für die Natur – vor allem für die Vogelwelt – finden lassen. Insofern könnten die Vorgänge in Hessen eine ungute Vorlage für ein Geschäftsmodell nach dem Muster „Zahlung gegen Klageverzicht“ darstellen. Der hessische Fall ist ohnehin nicht der erste Fall, bei dem sich ein unguter Beigeschmack einstellt. Schon beim Bau des thüringischen Pumpspeicherwerks Goldisthal war es zu einem erstaunlichen Handel gekommen. Nachdem der Landesverband Thüringen des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) 1996 Klage gegen den Bau des Pumpspeicherwerks eingereicht hatte, wurde 1997 der Rechtsstreit beigelegt – ebenfalls gegen eine Zahlung für Naturschutzprojekte. Zum einen hatte sich die Aussichtslosigkeit der Klage abgezeichnet, zum andern war dem Energiekonzern daran gelegen, das Projekt ohne Verzögerungen auf den Weg zu bringen.

Inzwischen ist die Klagemöglichkeit für Umweltschutzverbände sogar noch leichter geworden. Seit dem Jahr 2002 besteht bundesweit ein Verbandsklagerecht. Wenn sonst nur Geschädigte ein Klagerecht haben, dürfen rund 50 Naturschutzorganisationen gegen Projekte zu Gericht ziehen, sobald sie Umweltbelange verletzt sehen. Die Regelung lädt geradezu dazu ein, allein mit der Androhung einer Klage, nicht nur den Naturschutz, sondern auch ureigenste Interessen der klageberechtigten Organisationen zu verfolgen. Etwa, indem in den Naturschutzprojekten, die mit Geldern aus den „zweckgebundenen Ausgleichszahlungen“ eingerichtet werden, eigenen Mitgliedern eine Anstellung verschafft werden. *N.H.*

MELDUNGEN

»Kronzprinz« der Castro-Brüder?

Havanna – Weltweit feiern die Medien Miguel Diaz-Canel bereits als Nachfolger der Castro-Brüder. Zwar übernimmt Fidel Castros Bruder Raúl erneut das Amt des Staatschefs, doch der 52-jährige Diaz-Canel, der bereits verschiedene Ministerposten inne hatte, wurde neuer Vizechef. Der Elektroingenieur und ehemalige Funkspezialist der kubanischen Streitkräfte zählte zu der Gruppe der Reformer, doch als deren Anführer 2009 bei den Castro-Brüdern in Ungnade fiel, hielt sich Diaz-Canel bedeckt und tut dies bis heute. Der 81-jährige Raúl Castro hat bereits angekündigt, 2018 nicht erneut zu kandidieren. *Bel*

Hollande macht Ankara Avancen

Paris – Noch bevor die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel ihren Widerstand gegen weitere EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgegeben hatte, sandte die sozialistische Regierung in Paris unter François Hollande bereits positive Signale gen Ankara. Man werde die Blockadehaltung der Vorgängerregierung unter Nicolas Sarkozy beenden. Sarkozy hatte die Beitrittsgespräche bereits vor acht Jahren gestoppt und betont, dass die Türkei aus seiner Sicht grundsätzlich nicht zu Europa und somit nicht in die EU gehöre. Hollande sieht das anders und will bereits in den nächsten Monaten die Verhandlungen wieder aufnehmen. Hierzu benötigt er allerdings die Zustimmung aller anderen 26 EU-Länder. Aus Berlin folgte nun bereits die erste Zusage. Da bezüglich Menschenrechten, Unabhängigkeit der Justiz, Religionsfreiheit und Zypern-Frage die Türkei und die EU allerdings extrem unterschiedliche Positionen vertreten, ist mit einer schnellen Einigung nicht zu rechnen. *Bel*

Der Irak im Sog des Syrien-Kriegs

Machtkämpfe zwischen Sunniten und Schiiten spalten das Land

Die von den USA aufgebaute fragile Machtteilung zwischen Sunniten, Schiiten und Kurden, die einzige Chance für einen Fortbestand des Staates Irak, droht infolge der Zuspitzung des syrischen Bürgerkrieges zu scheitern.

Amerika hinterlasse ein „souveränes, selbstständiges und stabiles Land“ hatte US-Präsident Barack Obama beim Abzug seiner letzten Truppen aus dem Irak im Dezember 2011 verkündet. Bereits kurz nach dem Ende dieses Abzugs waren im Irak alte Spannungen zwischen den Religionsgruppen offen ausgebrochen. Auslöser der Spannungen waren zunächst ein Haftbefehl und später ein Todesurteil in Abwesenheit wegen Terrorverdachts gegen den sunnitischen Vizepräsidenten Tarik al-Haschemi, der sich durch Flucht der irakischen Justiz entzog. Al-Haschemi, der ranghöchste sunnitische Politiker im Irak, war ein scharfer Kritiker und Rivale des schiitischen Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki. Al-Haschemi soll Morde und Anschläge auf Regierungsvertreter sowie auf den Regierungschef befohlen haben.

Noch bis zum vergangenen Herbst blieb jedoch das von den Amerikanern aufgebaute fragile Gleichgewicht zwischen den Religionsgemeinschaften sowie Ethnien des Irak halbwegs intakt. Die Zahl der Anschläge ging zurück, die Ölexporte stiegen. Die Konflikte zwischen Schiiten, Sunniten und Kurden im Land waren zwar nicht gelöst, aber eingedämmt.

Ende 2012 brach jedoch der Streit zwischen der seit fast zehn Jahren autonomen und wirtschaftlich florierenden kurdischen Region im Norden des Irak und der Regierung in Bagdad wieder auf: Premier al-Maliki und der Präsident der kurdischen Gebiete, Masud Barsani, mobilisierten ihre Truppen. Es kam zu Kämpfen zwischen irakischen Soldaten und Kurden-Milizen. Nur eine Drohung von US-Vizepräsident Joe Biden an den irakischen Premierminister, dass Gefechte eine rote Linie seien, die eine US-Militärintervention auslösen würden, konnte den Konflikt fürs Erste entspannen. Wie lange die Ruhe jetzt andauert, bleibt fraglich. Eine Einigung über die umstrittenen Grenzgebiete ist nicht in Sicht.

Seit mehreren Jahren versucht Ministerpräsident al-Maliki, die arabische Bevölkerung im „nationalen“ Widerstand gegen die Kurden hinter sich zu vereinen. Aber auch innerhalb des arabischen Lagers steigen die Spannungen zwischen Sunniten und Schiiten, vor allem seit dem Todesurteil gegen Haschemi. Die Minderheit der Sunniten fühlt sich gegenüber der schiitisch-dominierten Regierung immer mehr diskriminiert. Sunnitische Rebellen, darunter Al-Kaida im Irak, verüben regelmäßig Anschläge auf mehrheitlich von Schiiten bewohnte Orte, die mit Gegenterror antworten. Zehntausende Sunniten demonstrieren seit Monaten für mehr Rechte.

Die jüngsten Attentate von Al-Kaida und die Massenproteste von Sunniten sind auch eine Folge des syrischen Bürgerkriegs. Mit dem Sturz Saddam Husseins war vor zehn Jahren die sunnitische Herrschaftselite im Irak entmachtet worden, die schiitische Mehrheit kam durch Wahlen an die Macht. Wenn der Assad-Clan in Syrien stürzt, käme dort ein umgekehrtes Szenario zum Zuge. Der Herrschaft der schiitischen Alawiten würde eine Machtergreifung islamistischer Sunniten folgen, viele davon, wie die berüchtigte Al-Nusra-Front, stammen aus dem Irak. Dies würde auch die Stellung der schiitischen Mehrheit im Irak schwächen. Premier al-Maliki bliebe dann kaum eine andere Möglichkeit, als sich der angehenden schiitischen Führungsmacht der Region, dem Iran, anzubiedern. Die gemeinsame schiitische Religion dürfte diese ungleiche Verbindung zwischen dem Irak und dem Mullahstaat fördern. Staatspräsident Dschalal Talabani, einem Kurden, fiel im irakischen Machtpoker bislang die Rolle des Vermittlers zu. Der 79-jährige erlitt jedoch im Dezember einen Gehirnschlag und wird in einer Klinik in Berlin behandelt. Die Genesung des irakischen Staatspräsidenten Talabani macht nach Angaben seiner Ärzte zwar Fortschritte, wie lange er allerdings noch in Berlin bleibt, ist unklar.

Korruption und lange Entscheidungswege verhindern Wachstum

Im März jähren sich zum zehnten Mal der Beginn der US-Invasion und der Sturz Husseins. Im April sollen erstmals Wahlen in den Provinzen stattfinden, für Anfang 2014 sind Parlamentswahlen angesetzt. Unter Führung der USA hatten sich die Volks- und Religionsgruppen des Irak in den vergangenen Jahren auf eine Machtteilung geeinigt. Demnach hat der schiitische Ministerpräsident einen sunnitischen und einen kurdischen Stellvertreter. Dem kurdischen Präsidenten stehen je ein schiitischer und ein sunnitischer Vize zur Seite. Die Sunniten stellen wiederum den Parlamentspräsidenten – mit einem schiitischen und einem kurdischen Stellvertreter. Die Sunniten haben bereits zwei ihrer drei höchsten Posten im Staatsapparat verloren. Diese komplizierte Machtteilung weicht jetzt jedoch immer mehr einer Parteien und Ethnien überschreitenden Unzufriedenheit über die exorbitante Korruption, die marode Infrastruktur, fehlende Jobs, steigende Preise und über die weiterhin instabile Sicherheitslage, unter der alle Volks- und Religionsgruppen leiden.

Die Wirtschaft des Irak ist nach 9,9 Prozent im Jahr 2011 im Jahre 2012 ersten Prognosen zufolge um 11,1 Prozent gewachsen, 2013 sehen die Prognosen ein Wachstum von 13,5 Prozent voraus. Die steigenden Öleinnahmen bieten der irakischen Regierung mittel- und langfristig großen Spielraum für den Auf- und Ausbau der Basisinfrastruktur, wodurch sich für deutsche Unternehmen wichtige Geschäfts- und Kooperationspotenziale ergeben. Verkehrsminister Peter Ramsauer flog deshalb im Februar mit einer Delegation von 50 führenden Repräsentanten der deutschen Wirtschaft nach Bagdad. Gigantische Infrastrukturprojekte sind in Planung, wie der Bau von Bagdads U-Bahn und ein riesiger Staudamm bei Mosul. Auch zehn Jahre nach Kriegsende liegt Iraks Infrastruktur noch völlig am Boden. Stromnetze, Wasserleitungen, Schienen und Straßen müssen erneuert werden. Auch im Wohnungsbau hat das Land Großes vor. Der langfristige Investitionsbedarf im Irak wird von Ramsauers Ministerium auf über 500 Milliarden Euro geschätzt. Nicht die Sicherheit ist heute das größte Hemmnis für ausländische Unternehmen im Irak, sondern die oft undurchschaubaren und quälend langen Entscheidungsprozesse der öffentlichen Hand sowie die Korruption. *Bodo Bost*



Ministerpräsident mit geringer Macht: Nuri al-Maliki Bild: S. Loos/dapd

Der falsche Mann

Tunesien hat einen neuen Premier

Die tunesische Ennahda-Partei hat Innenminister Ali Larayedh zum zukünftigen Regierungschef ernannt. Larayedh war am Tage zuvor in Erscheinung getreten, als er auf der Facebook-Seite des Ministeriums des Innern verkünden ließ, dass erste Verdächtige für den Mord an Oppositionsführer Chokri Belaid verhaftet worden seien und dass im Bezirk Mnihla bei Tunis Einheiten der Nationalgarde ein Waffenlager mit Kalaschnikows, Panzerfäusten, Munition und Sprengstoff entdeckt hätten. Es war jedoch noch nicht klar, ob es sich um Waffenschmuggel oder terroristische Aktivitäten handelt. 13 Verdächtige, darunter elf, die sich im Inneren einer Moschee versteckt hielten, sowie der Hausbesitzer seien verhaftet worden. Der 58-jährige Larayedh gehört zum konservativen Lager der Ennahda-Partei, er war Schiffsingenieur und verbrachte unter dem abgesetzten Präsidenten Zine al-Abidine Ben Ali 15 Jahre im Gefängnis. Seit 2011 war er Innenminister.

Der bisherige Regierungschef Hamadi Jebali war eine Woche zuvor zurückgetreten, weil er mit seinem Vorschlag einer Expertenregierung, wie sie auch die Opposition gefordert hatte, gescheitert war. Die Ermordung Belaids hatte die Regierungskrise in Tunesien, die schon lange brodelte, verschärft. Landesweit gibt es seitdem heftige Proteste gegen die Ennahda und ihren Führer Raschid al-Ghannouchi, die von Belaids Umfeld für dessen Tod verantwortlich gemacht werden, weil er von ihnen aufgefordert worden war, zu schweigen. Der Jurist Belaid galt in dem Land als einer der schärfsten Kritiker der islamistischen Ennahda-Partei, er setzte sich für eine Trennung von Staat und Religion ein.

Tunesier geben ihm Mitschuld an der Krise

Mit der Ernennung von Larayedh zum neuen Premier hat Ghannouchi jetzt Spekulationen beendet, die eine erneute Beauftragung von Jebali für möglich gehalten hatten. Offenbar war Ghannouchi nicht bereit, sich auf die Bedingungen, die Jebali gestellt hatte, wie Rückkehr zur öffentlichen Sicherheit, Stopp der politisch motivierten Gewalt, Kampf gegen die Inflation, Respekt vor der Pressefreiheit und ein Programm zur Schaffung von Arbeitslätzen und Regionalentwicklung, einzulassen. Ob mit der Ernennung des Innenministers, der für die meisten dieser Missstände verantwortlich war, die Regierungskrise gelöst wird, erscheint unwahrscheinlich. *B.B.*

Müde von der Weltmacht

Mehrheit der US-Bürger hält Führungsrolle ihre Landes für nicht mehr zeitgemäß

Sind die Amerikaner weltmacht-müde? Sehen sie plötzlich – nach einer langen schmerzhaften Wirtschaftskrise und zwei Kriegen allein im letzten Jahrzehnt, die Tausende an Menschenleben und Milliarden an anderer Stelle dringend notwendiger Finanzen gekostet haben – keinen Sinn mehr in der globalen Führungsmacht der USA? Genau dies scheint nach neuen Umfragen des renommierten Pew Research Centers der Fall zu sein. Danach bezweifelt eine wachsende Mehrheit in der US-Bevölkerung, dass die ständige Führungsrolle ihres Landes ihnen selbst wie der Welt überhaupt gut tut.

„Man kann ein dramatisches Ansteigen von isolationistischen Gefühlen beobachten“, sagt Andrew Kohut, der Leiter des Pew Research Centers. Ähnlich wie nach dem Zweiten Weltkrieg, dem Vietnamkrieg und dem Kalten Krieg fordern die Menschen auch jetzt eine Kürzung der Militärausgaben und ein Ende von kostspieligen Einmischungen in die Affären anderer Länder. So fanden 64 Prozent der Befragten, dass Länder, die Milliarden an US-Hilfe erhalten wie Irak, Pakistan und Afghanistan, „uns am Ende zurückweisen“.

Eine Mehrheit ist auch zu dem Ergebnis gekommen, dass die von den USA unterstützten Revolutionen des „Arabischen Frühlings“ kaum dazu führen dürften, die Situation der Menschen dort zu verbessern und nur unnötiges Leid, Zerstörung und Chaos verursacht hätten. Sie sind der Ansicht, dass Amerika besser daran täte, sich mit freundlich gesinnten autoritären Regierungen zu verbünden, wie Ägyptens Husni Mubarak es war, anstatt überall vehement Demokratie zu fördern. Zwei von drei Amerikanern fanden, dass sich die USA weit weniger für Regierungswechsel im Mittleren Osten und anderswo engagieren sollten. Desillusioniert von dem Chaos, das der gewaltsame Sturz von Muammar Gaddafi in Libyen, Mubarak in Ägypten, Ben Ali in Tunesien und die Lage in Syrien hervorgebracht haben, glauben 57 Prozent, dass sich die Einmischung der USA nicht lohne, dass stabile Regierungen in der Region am wichtigsten seien, auch wenn das weniger Demokratie bedeute. Nur noch 13 Prozent der Befragten, 2001 waren es 29 Prozent, finden das dominante und kostspielige Eintreten der US-Regierung für Demokratie in anderen Ländern sinnvoll.

Die USA haben genug eigene Probleme

Das bedeutet nicht, dass die Amerikaner gleichgültig geworden sind gegenüber Menschenrechten, der Rolle ihres Landes und der Welt überhaupt. Doch sie sind angesichts eigener Alltagssorgen um Arbeitsplätze, Pensionen, Krankenkosten, Wohnungsmarkt- und Schulprobleme müde geworden, für einen fraglwürdigen Glanz ihrer Nation mit Steuergeldern und sonstigen Opfern aufzukommen. Im Gegensatz zu vielen Politikern, unter ihnen vor allem Republikaner, die jede Beschränkung der USA als Führungsmacht der Welt für inakzeptabel halten. „Da besteht ein tiefer Graben“, sagt Christopher Preble, außenpolitischer Direktor des Cato Instituts, eines liberalen Think Tanks in Washington, der sich für eine mehr begrenzte Rolle der USA in Übersee einsetzt. Und das können die Politiker nicht übersehen. Auch wenn Einigung darüber besteht, dass Amerika eine „unentbehrliche Macht im Umgang mit Welt-Konflikten“ bleiben muss. Präsident Barack Obama, jetzt vom Druck der Wiederwahl befreit, versucht zunehmend, eine richtige Balance zu finden, die Amerikas Bedeutung nicht vermindert, es jedoch vor vermeidbaren Engagements bewahrt und von gegenwärtigen Lasten entbindet. So mit Kürzungen im Pentagon, einer ausgewogenen Haltung gegenüber Israel, der Weigerung, sich militärisch in Syrien zu engagieren, dem Vorzug einer diplomatischen Lösung mit dem Iran und vor allem der schnellstmöglichen Beendigung des Krieges in Afghanistan mit dem zügigen Abzug der US-Truppen bis 2014. Dies gegen den Rat mancher führenden Militärs, aber im Sinne der Soldaten selbst. „Tausende von Soldaten sehen dort die Realität“, sagt Michael Prysner von der Anti-Kriegs-Organisation „March Forward“. „Über 70 Prozent der Truppen in Afghanistan wollen den Krieg sofort beendet sehen. Viele fragen sich, was sie da überhaupt sollen.“ Und das fragen sich noch mehr ihre Familien. Immer noch verlieren Eltern ihre Söhne, junge Frauen ihre Männer und kleine Kinder ihren Vater in einem längst sinnlos gewordenen Krieg. Wenn er, wie im Irak, je sinnvoll war. Der Zweifel daran und an dem Sinn all der Opfer, menschlich wie finanziell, ist mit Sicherheit der Hauptgrund für den neuen Isolationismus der Amerikaner. Sie wollen weniger die Welt da draußen, sie wollen ihre eigene Welt heil sehen. Wie Christopher Peble voraussagt: „Mit Außenpolitik gewinnt man keine Wahlen mehr.“ *Liselotte Millauer*

Bluttransfer zugunsten der USA

Re-Industrialisierung der Vereinigten Staaten auch dank deutscher De-Industrialisierung möglich

Vehement setzt sich US-Präsident Barack Obama für eine transatlantische Freihandelszone ein. Bei Vertretern der deutschen Industrie herrscht hingegen aus gutem Grund Skepsis.

Eine bessere Werbung hätte sich das Unternehmen Siemens kaum wünschen können. In seiner Rede zur Lage der Nation pries US-Präsident Obama den Konzern überschwänglich als Musterbeispiel für die Schaffung neuer Jobs in den USA. Was Obama dabei allerdings mit keinem Wort erwähnte: Siemens ist ein deutsches Unternehmen. Mittlerweile beschäftigt Siemens-USA rund 60 000 Beschäftigte, mehr als Giganten der US-Wirtschaft wie Apple, Google oder Microsoft in ihrem Heimatland. Geht es nach Präsident Obama, dann ist Siemens nur ein Vorreiter. Möglichst schnell will der US-Präsident das Vorhaben einer Freihandelszone zwischen den USA und der EU voranbringen. „Denn Handel, der frei und fair über den Atlantik verläuft, unterstützt Millionen gut bezahlter amerikanischer Arbeitsplätze“, so Obama.

Nicht ganz so euphorisch sieht man das Projekt „Freihandelszone“ beim Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHK). Die Vertreter der deutschen Wirtschaft sind keineswegs in das Lager der Protektionismusbefürworter übergewechselt, beim konkreten Vorhaben Freihandelszone gibt es allerdings einige Befürchtungen. Mit gutem Grund: Auch wenn das Vorhaben das Etikett „Freihandel“ trägt, am Ende könnte sogar mehr Protektionismus Resultat der transatlantischen Freihandelszone sein. „Eine Vielzahl der exportorientierten mittelständischen Unternehmen profitiere nicht von bilateralen Abkommen“, so die Warnung von DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier im „Focus“. Die deutsche Wirtschaft bevorzuge multilaterale Lösungen – etwa im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) –, die möglichst viele Länder einbinden und möglichst wenige ausgrenzen. Sollte etwa China „das Abkommen als Affront sehen“, könne dies „heimischen Unternehmen schaden“, so eine der Befürchtungen des DIHK.

Unausgesprochen mitschwingen könnte noch etwas anderes. Abschottungsbemühungen könnten nicht nur von wichtigen deutschen Exportmärkten wie China, Indien oder Russland als Reaktion ausgehen, sondern von der Freihandelszone selbst. Zwei wichtige Akteure – Frankreich und die USA – haben schon in der Vergangenheit gern zu protektionistischen Maßnahmen gegriffen. Die Neigung könnte schnell wieder aufflammen, wenn sich die Lage der Weltwirtschaft zuspitzt sowie Handels- und Währungskriege

> Hohe Strompreise hier lenken Investoren gen USA

eskalieren. Sollten entsprechende Forderungen nach mehr Abschottung eines Tages auf der Agenda der Freihandelszone stehen, hätte Deutschland schlechte Karten, sich zur Wehr zu setzen. Die Exportnation Deutschland würde ziemlich isoliert einer ganzen Schar von Ländern gegenüber stehen, die seit Jahren Probleme haben, Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen.

Auf den ersten Blick mag es erstaunlich sein, dass ausgerechnet US-Präsident Obama bei der Freihandelszone aufs Tempo drückt. Die spärlichen Reste der noch vorhandenen US-Industrie gelten gemeinhin als nicht wettbewerbsfähiges Auslaufmodell. Tatsächlich setzt Obama allerdings auf eine Trumpfkarte, die er zur Re-Industrialisierung der USA ausspielen will: die drastisch gesunkenen Energiepreise. Neue Förderverfahren haben dazu geführt, dass in den USA vorhandene Öl- und Gasvorkommen in Schiefergestein rentabel förderbar geworden sind. Die Folge sind massive Kostenvorteile gegenüber Weltmarkt-Konkurrenten. Der Gaspreis lag in den USA im Jahr 2011 um 40 Prozent niedriger als in China und sogar 85 Prozent unter dem in Indien. Zusammen mit den stagnierenden US-Löhnen haben die Energiepreise eine Entwicklung angestoßen, die vor Kurzem noch undenkbar schien. Die USA erleben eine Re-Industrialisierung. Die Unternehmensberatung Accenture geht davon aus, dass zwischen 2012 und 2016 Investitionen von einer Billion Dollar in die Industrieproduktion der USA fließen werden. Ähnlich ist das Szenario, das von der Boston Consulting Group als „Manufacturing Renaissance“ entworfen wird. Im Laufe des Jahrzehnts entwickelten sich die Vereinigten Staaten danach „zu einem der billigsten Standorte in der entwickelten Welt“, so die Prognose.

Die Folgen der geänderten Rahmenbedingungen sind bereits in Deutschland spürbar. „Wir haben in Sachsen Investoren aus der Chemiebranche, die in Amerika investieren, weil dort der Strom günstiger ist. BMW baut in Leipzig Autos mit Karbonfasern. Aber die kommen aus Amerika, weil der Strom dort zirka zwei Cent die Kilowattstunde kostet“, so Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich in der „FAZ“. Tillich lenkt den Blick auf den absurden deutschen Gegenentwurf zu den drastisch gesunkenen Energiepreisen in den USA: die „Energiewende“, deren Kosten von Umweltminister Peter Altmaier (CDU) inzwischen auf bis zu einer Billion Euro beziffert werden. Setzt sich die Entwicklung der steigenden Strompreise fort, ist langfristig „eine De-Industrialisierung in Europa und insbesondere in Deutschland zu befürchten“, so die düstere Prognose des DIHK in einer Studie zu den Energiekosten der deutschen Industrie aus dem Jahr 2012. Unter den konkreten Bedingungen der geplanten transatlantischen Freihandelszone könnte die Re-Industrialisierung der USA leicht eine Kehrseite diesseits des Atlantiks haben: die De-Industrialisierung Deutschlands. *Norman Hanert*



Freihandelszone: Zwar sind noch keine Details ausgehandelt, aber schon die Grundidee lässt zweifeln Bild: ddp images

KURZ NOTIERT

Sparkassen in Bedrängnis: Die Dauerniedrigzinsen gefährden die sonst stabilen Ergebnisse der Sparkassen. Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, beklagt, dass die von der EZB durchgesetzten niedrigen Zinsen, die der Rettung angeschlagener Großbanken dienen, nun die Sparkassen gefährden. Geringe Zinsüberschüsse und eine aggressive Werbung von auch zum Teil ausländischen Banken mit Sonderzinsen verhagelten den Sparkassen das Geschäft. *Bel*

Mitarbeiter für neue Bankenaufsicht gesucht: Durch die bei der EZB für Mitte 2014 geplante Bankenaufsicht entstehen dort etwa 900 neue Arbeitsplätze. Schon vorab sollen die nationalen Zentralbanken Fachleute entsenden. Dies fällt der Bundesbank leicht, da sie wie die EZB in Frankfurt am Main sitzt. Die französische Notenbank hingegen fürchtet um ihren Einfluss, denn ihr fällt es schwer, Mitarbeiter zum Wechsel von Paris nach Deutschland zu bewegen. *Bel*

Bundesbank bremst Gewinnerwartungen: Die Bundesbank hat bereits vor der offiziellen Bekanntgabe ihrer Zahlen für 2012 verkündet, dass sie dem Bund den von ihm erhofften Gewinn nicht in der gewünschten Höhe ausschütten wird. Da die Euro-Krise eine erhöhte Risikovorsorge für die Staatsanleihen aus Krisenländern notwendig mache, werde der Betrag, den der Bund erhalten werde, unter den im Bundeshaushalt eingeplanten 1,5 Milliarden Euro liegen. Bereits für das Jahr 2011 waren 2012 nur 643 Millionen Euro ausgezahlt worden. Bel

Bankenabgabe erfüllt Erwartungen nicht: Auch 2012 lagen die Pflichtabgaben der Banken in einen eigenen Rettungsfonds mit rund 692 Millionen Euro unter den von der Politik erhofften 1,3 Milliarden Euro. Schon 2011 kamen über die 2010 ins Leben gerufene Bankenabgabe nur 590 Millionen Euro zusammen. „Es dürfte weit über 100 Jahre dauern, bis der Fonds bei dem jetzigen Einnahmeniveau seine handlungsfähige Zielgröße erreicht hat“, so der SPD-Politiker Manfred Zöllmer. *Bel*

Testballon für Beutezug

HWWI rechnet vor, was der Euro den Deutschen wert sein sollte

Mit einem weiteren, atemberaubenden Vorschlag zur Umverteilung deutscher Steuergelder zugunsten anderer Euro-Länder wagte sich der Chef des „Hamburger Weltwirtschafts-Instituts“ (HWWI), Thomas Straubhaar, aus der Deckung. Straubhaar fordert in einer Studie eine „Euro-Steuer“ und eine gemeinsame europäische Arbeitslosenversicherung. In Auftrag gegeben hatte die Studie die US-Beratungsfirma PWC.

In die Euro-Steuer sollen zehn Prozent des Nationaleinkommens fließen. Zur gemeinsamen Arbeitslosenversicherung würden weitere zwei Prozent der Löhne beigesteuert werden. Deutschland müsste (berechnet nach den Zahlen von 2011) 200 Milliarden Euro in die Steuer einzahlen.

Verteilt werden solle das Geld von einem europäischen Finanzminister, und zwar streng nach Einwohnerzahl, um so das Wohlstandsgefälle „auszugleichen“. Da die Einkommen in der Bundesrepublik höher sind als im Durchschnitt der Euro-Länder, bekäme es nur 170 Milliarden zurück. Die gemeinsame Arbeitslosenversicherung hätte die Deutschen 2011 weitere zehn Milliarden netto gekostet. Da die Arbeitslosenzahlen in einigen Euro-Ländern seitdem gewachsen und die Einkommen gegenüber Deutschland gefallen sind, fielen die Zahlen heute noch ungünstiger aus.

Wie die Mitgliedstaaten das eingehende Geld verteilen, soll ihnen ganz allein überlassen werden. Ebenso sollen laut Straubhaar die Geberländer frei entscheiden, wie sie die beträchtliche Summe auftreiben.

> Euro-Steuer und gemeinsame Arbeitslosenversicherung

Im Falle Deutschlands blieben nur zwei Wege: Entweder würden die Steuern der Beschäftigten drastisch erhöht, oder aber Ausgaben dramatisch zurückgefahren, etwa bei den Investitionen in die ohnehin marode Infrastruktur, bei Forschung und Bildung, bei der gebeutelten Bundeswehr – wo auch immer.

Straubhaar ist in der Vergangenheit öfter mit Vorschlägen für eine starke Mehrbelastung der Deutschen zugunsten anderer Euro-Länder hervorgetreten. Beobachter messen dem jüngsten, bislang extremsten Vorschlag die Funktion eines Testballons zu: Wenn später nicht ganz so teure Vorstöße folgen, sollten die Bundesbürger das Gefühl haben, mit einem blauen Auge davongekommen zu sein.

Unbeachtet lässt Straubhaar die Erfahrungen mit dem deutschen Länderfinanzausgleich und den EU-Umverteilungssystemen. Beides hat kaum zur Entwicklung der bezuschussten Regionen beigetragen. Vielmehr halfen die Zuschüsse, sich in verkrusteten, ineffektiven und nicht selten korrupten Strukturen einzurichten.

Nach diesen Erfahrungen ist also zu befürchten, dass die weitere Hilfe die strukturelle Krise in den Nehmerländern nur noch weiter verschärft. Deutschland würde, wie schon der Blick auf löchrige Straßen und bröckelnde Brücken belegt, massiver denn je der Mittel beraubt, die es dringend für seine Entwicklung benötigt. So würde Deutschland wie Europa geschädigt. Nutzen zögen allein Milliarden-Spekulanten, die um ihre Investitionen in den schwächelnden Euro-Länder fürchten. *Hans Heckel*

Versicherte zahlen Zeche

Streit um Überschüsse aus Bewertungsreserven bleibt ungelöst

Grüne und SPD sind zu Verhandlungen bereit“, so Gerhard Schick (Grüne) gegenüber dem „Manager Magazin“. „Wir werden aber keiner Lösung zustimmen, die einseitig Versicherte belastet und nur die Wünsche der Versicherungswirtschaft umsetzt“, erklärte er die Blockadehaltung der beiden Parteien im Bundesrat. Da aber erneut im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat keine Einigung erzielt werden konnte, sieht es nicht so aus, als ob der Streit über die Verwendung der Bewertungsreserven von Lebensversicherungen vor der nächsten Bundestagswahl geklärt werden könnte. Dabei gibt es hier tatsächlich ein dringendes Problem, das gelöst werden müsste, doch da SPD und Grüne unbedingt den Eindruck erwecken wollen, sie würden hart gegenüber der Finanzbranche bleiben, ist eine Lösung nicht in Sicht.

Es klingt aber auch zu gut, wenn man seinen Wählern sagen kann, man habe dafür gesorgt, dass die Versicherer ihre Überschüsse aus den Bewertungsreserven voll an die Kunden auszahlen müssen. Dumm nur, wenn man weiß, dass Überschüsse aus Bewertungsreserven keine wirklichen Gewinne sind. Es handelt sich hierbei um fiktive Werte. Wer ein Haus bewohnt, das vor fünf Jahren noch 250 000 Euro wert war, er jetzt aber 280 000 Euro dafür bekommen würde, ist schließlich auch nicht um 30 000 Euro reicher, da er das Haus nicht verkaufen will. Kunden, deren Lebensversicherungen aber jetzt fällig werden, bekommen nach der alten Regel von diesem fiktiven Gewinn einen Teil ab. Dass dies keineswegs so sehr zulasten der Versicherungen geht, sondern zulasten der anderen Versicherten, scheint man bei der SPD und den Grünen nicht zu durchschauen oder für zu kompliziert zu halten, um es seinen Wählern zu erklären.



Ein ständiges Auf und Ab: Kurse an der Börse Bild: Lohnes/dapd

Da Aktienkurse derzeit relativ hoch sind, und vor allem festverzinsliche Wertpapiere, die schon länger im Bestand der Versicherung sind, hohe Kurse aufweisen, da vor einigen Jahren die Zinsen höher waren, ergeben sich bei Aktien und Anleihen derzeit hohe Bewertungsreserven. Doch gerade bei den festverzinslichen Wertpapieren sind die aktuellen Kurse von 103 oder 106 Prozent nicht real, denn am Ende der Laufzeit werden diese nur zu 100 Prozent zurückgezahlt. Da Versicherungen das Geld ihrer Versicherten vor allem in festverzinsliche Wertpapieren anlegen, sorgen diese fiktiven Kurse der hochverzinslichen Anleihen aus dem Altbestand für eine beachtliche Bewertungsreserve. Bei Fälligkeit einer Lebensversicherung wird nun ein Teil dieses fiktiven Überschusses mit ausbezahlt. Am Ende ist aber ein reales Minus in der Kasse, da Geld ausbezahlt wurde, was nur auf dem Papier stand. Das reale Minus müssen dann später jene verkraften, deren Lebensversicherung dann ausgezahlt wird. Die jetzige Niedrigzinsphase schmälert zudem die Rendite von in der Zukunft fälligen Lebensversicherungen zusätzlich. *Rebecca Bellano*

Ein Déjà-vu?

Von Manuel Ruoff

Die etwas Älteren unter uns werden sich bei François Hollande an François Mitterrand erinnert fühlen – wenn letzterer auch ungleich mehr Stil hatte. Ein sozialistischer Präsident an der Spitze eines traditionell merkantilistisch geprägten Staates zwingt auch die stärkste Volkswirtschaft in die Knie. Bei Mitterrand jedoch konnte man als bürgerlicher Deutscher wenigstens noch klammheimliche Schadenfreude üben, aber heute sitzen wir dank Euro mit im Boot.

Als wenn es nicht schon schlimm genug wäre, dass Frankreichs Schulden irgendwann auch bei uns auf der Rechnung auftauchen, führt die französische Malaise auch noch zu einer bedenklichen Interessenverschiebung in Frankreich. Aus einem Mittler zwischen Zahlern und Nehmern in der Euro-Gemeinschaft wird zusehends die Führungsmacht der Nehmer.

Aber Berlin bestärkt Paris noch durch Nachsicht bei dessen Schuldenpolitik (siehe S. 2). Dabei ist Nachgiebigkeit völlig unangebracht. Bei einer Rente ab 62, einem Mindestlohn von 9,43 Euro und einem Anteil der öffentlich Bediensteten an den Beschäftigten von einem Fünftel würde auch unsere Wirtschaft schwächeln.

Rohrkrepierer

Von Rebecca Bellano

Im Grunde hatten die meisten es vorhergesagt, doch Bundessozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) war so begeistert von ihrer Idee der Bildungsgutscheine, dass alle Argumente dagegen einfach weggewischt wurden. Doch nun zeigt sich, dass die Gegner des bürokratischen Konstrukts Recht hatten. Jene, die ein Anrecht hatten, über die Bildungsgutscheine die Sportvereinsmitgliedschaft oder den Musikschulkurs ihres Kindes vom Staat mitfinanziert zu bekommen, nutzten die Chance kaum. Das mag wohl einerseits daran liegen, dass das Instrument viel zu bürokratisch war, andererseits ist die Begeisterung für Blockflötenunterricht in gewissen Kreisen offenbar wirklich weniger verbreitet. Doch die Ministerin sah sich als Beglückerin der Hartz-IV-Empfänger und verteilte 2012 über eine Milliarde Euro an die Länder, damit diese das Geld weiterverteilen. Da die Nachfrage aber gering war, wollen diese nun das Geld behalten.

Interessanterweise wird aber nur über den Streit zwischen den Ländern und Kommunen über das verbliebene Geld berichtet, die Sinnhaftigkeit der Bildungsgutscheine hingegen wird nicht hinterfragt, obwohl von der Leyen hier einen erneuten Rohrkrepierer geschaffen hat. Überhaupt ist es erstaunlich, wie es die Ministerin immer wieder schafft, trotz unbefriedigender Ergebnisse politisch unbeschadet dazustehen. Ob Rechtsanspruch auf Krippenplätze für unter Dreijährige oder Elterngeld – von der Leyens Lieblingsprojekte entwickelten sich nie so, wie sie sollten. Lebensleistungsrente heißt ihr neuestes Projekt. Wir dürfen auf das Ergebnis gespannt sein.

Der Euro ist die Fessel

Von Hans Heckel

Ein irrwitzig aufgeblähter Staatsapparat, gigantische Verschuldung, der viel zu starre Arbeitsmarkt, Korruption und Steuerhinterziehung als Volkssport – das alles steht für die Misere Italiens. Und da kapieren es die Italiener nicht, dass sie ihr Land von Kopf bis Fuß reformieren müssen? Da wählen sie stattdessen „Populisten“?

Wer die Frage so stellt, und das tun die deutschen Leitmedien, der zielt am Kern vorbei. Italien ist seit Generationen ein Land, vor dessen innerer Verfasstheit es den preußischen Freunden von Ordnung und Effizienz gruselt. Dass dort nicht schon vor Jahrzehnten alles kollabiert ist, erscheint uns Deutschen als unerklärliches Mysterium.

Aber Italien ist nicht zusammengebrochen. Hinter der mafiösen Dauerkrise des südlichen „Mezzogiorno“ wird der prosperierende Norden des Landes allzu gern übersehen. Dort haben sich allen Widrigkeiten zum Trotz wirtschaftsstarke Wohlstandsregionen allererster Ordnung entwickelt.

> Schimpfen auf die Italiener soll nur von Schuldigen ablenken

Wie ging das? Verkrustung und Chaos im Innern konnte Italien in der Vergangenheit ausgleichen durch seine schwache Währung. Mit wiederkehrenden Abwertungen der Lira wurden die Schwächen des Systems nach außen abgepuffert, so dass die Unternehmer der Halbinsel ihre aus Korruption, starrem Arbeitsmarkt oder Bürokratie herrührenden Nachteile gegenüber dem Weltmarkt kompensieren konnten. Zudem sorgte die weiche Währung für hohe Zinsen, sowohl für die Bürger wie für Staat und Wirtschaft. Das hielt Italiener, wie übrigens auch Griechen, Spanier oder Portugiesen, davon ab, dem Hang zur mediterranen Sorglosigkeit allzu sehr nachzugeben.

Der Euro mit den plötzlich niedrigen Zinsen wirkte da wie die Droge auf den Suchtgefährdeten, die Verschuldung explodierte. Schlimmer noch: Sie explodierte in einer Währung, die viel zu hart ist und überdies den Weg zur Außenabwertung verbaut.

Es ist das Euro-Konstrukt an sich, das in diese Krise geführt hat. Nur über den Euro werden zudem die Deutschen zu Leidtragenden von Entscheidungen an italienischen Wahlurnen, denn eine „gemeinsame Währung“ bedeutet am Ende eben doch „gemeinsame Kasse“, auch wenn die Euro-Propagandisten dies bis zur Einführung der „Rettungsschirme“ frech bestritten haben.

So wird der Euro schuld sein, wenn nun die Deutschen und andere Nordvölker über die Vergemeinschaftung aller Schulden für die „populistischen“ Versprechungen eines Beppe Grillo oder Silvio Berlusconi bezahlen sollen. Wer diese Belastungen (zu Recht!) für unzumutbar hält, der sollte nicht auf die Italiener schimpfen, sondern jene zur Rechenschaft ziehen, die Deutschland, Italien und die anderen 15 Länder in das Fiasko der Einheitswährung geführt haben.



Die Lira machte es möglich: Über Jahrzehnte wirtschafteten die Italiener nach ihrem Gusto. Was ihnen an Effizienz fehlte, machten sie über die Abwertung ihrer Währung wieder wett

Bild: pa

Moment mal!

Überall nur Bannerträger und Ulknudeln

Von Klaus Rainer Röhl

Der Wahlkampf für 2013 hat begonnen. Viele Politiker der Opposition hoffen auf eine Wende und damit auf Teilnahme an der Regierung. Für viele der älter gewordenen Grünen ist es ihre letzte Chance. Aber es gebe keine Wechselstimmung im deutschen Volk, berichtete letzte Woche die Leiterin des Allensbacher Instituts für Demoskopie in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ („FAZ“). Die Menschen sind zufriedener als vor den Wahlen 2009. Die positive Entwicklung der Wirtschaft hat dazu geführt, dass sich viel mehr Bürger als Wohlstandsgewinner fühlen als 2009.

Allem Krisengerede der Medien zum Trotz ist die Mehrheit der Deutschen guten Mutes. Denken sie an Deutschland in der Nacht, sind sie keineswegs um den Schlaf gebracht. Die meisten sehen den nächsten zwölf Monaten zuversichtlich entgegen. Die große Mehrheit erwartet eine stabile Entwicklung auch auf dem Arbeitsmarkt.

Die Erwartung kommt nicht von ungefähr. Die deutsche Wirtschaft ist zurzeit geradezu Europameister im Optimismus. Der Geschäftsklima-Index vom Münchner Ifo-Institut machte im Februar einen unerwarteten Sprung nach oben. Während die Arbeitslosigkeit überall im Euro-Raum steigt – Spitzenreiter sind Griechenland und Spanien mit je 27 Prozent –, liegt die Arbeitslosigkeit in Deutschland bei 5,7 Prozent.

> Präsident Gauck warb für Europa und für Englisch als gemeinsame Sprache

Vor allem die deutsche Kanzlerin geht als Siegerin aus allen Umfragen hervor. Schon 2009 hielten 47 Prozent der Bundesdeutschen Merkel für eine starke Kanzlerin. Heute sind es 61 Prozent. Selbst 45,5 Prozent der SPD-Anhänger und sogar 54 Prozent der Grünen-Wähler halten Merkel für eine starke Kanzlerin. Nur 35 Prozent wünschen einen Regierungswechsel. Aber nur 27 Prozent wünschen sich eine rot-grüne Allianz, 33 Prozent würden eine Koalition aus Union und SPD gut für Deutschland finden, während nur 19 Prozent der Befragten für die gegenwärtige Koalition sind. Die Deutschen wünschen sich eine große Koalition unter der starken Mami Merkel. Können Peer Steinbrück oder Jürgen Trittin in den nächsten acht Monaten daran noch etwas ändern? So meint das Allensbacher Institut: „Ein erfolgreicher Wahlkampf aus der Opposition heraus setzt entweder verbreitete Unzufriedenheit und Ängste vor schmerzhaften Reformen durch die Regierungsparteien voraus oder eine mitreißende Vision für die weitere Entwicklung des Landes. Mitreißende Visionen, die den Wunsch nach einem Wechsel stimulieren könnten, sind nicht zu entdecken.“

Vielleicht hatte Bundespräsident Joachim Gauck – oder war es seine Pressesprecherin Ferdos Forudastan, früher Korrespondentin der „taz“ und der „Frankfurter Rundschau“ – die Idee, in seiner ersten großen Rede am 22. Februar eine Vision zu verkünden: Für Europa! Herausgekommen ist eher eine den Zuhörern mitunter peinliche Beschwörung, trotz des Fehlens einer gemeinsamen Geschichte, einer Sprache und Kultur mehr Europa zu wagen. Auf Deubel komm raus. Bannerträger zu sein. Lieber Bannerträger als Bedenkenträger. Keine Angst vor Deutschland, rief er den eingeladenen Diplomaten und den gut und korrekt sortierten Jugendgruppen zu. Keine Angst vor Deutschland, beschwor er sein Publikum. Europa solle nicht deutsch werden, sondern Deutschland europäisch. Ein Satz wie eine Glocke, klingt gut, ist aber hohl. Nichts an diesem Satz stimmt. Denn niemand in Europa fürchtet, dass Deutschland ihr Land eingemeinden will, eher würden viele gern zu Deutschland gehören und unternehmen die abenteuerlichsten Reisen, um dieses Ziel zu erreichen. Und Deutschland soll europäisch werden, was meint der Präsident denn damit? Unsere Identität ablegen wie einen Mantel an der Garderobe, während alle anderen Völker nichts so sehr fürchten, wie ihre Eigenart zu verlieren? Deutschland voran, Augen zu und durch? Tatsächlich liefen die praktischen Vorschläge Gaucks darauf hinaus, die nationalen Sprachen langsam zu behandeln wie in früheren Zeiten die Dialekte und eine einheitliche Sprache in Europa einzuführen. Englisch. Man solle alle Bevölkerungsschichten ermuntern oder anleiten, Englisch zu sprechen. Der englische Botschafter, dessen Land nicht nur den Euro, sondern die weitere Ausdehnung der EU strikt ablehnt und sogar mit dem Gedanken an einen Austritt liebäugelt, lachte beifällig ins Mikrofon: „Ja, Englisch lernen!“

Er denkt wie die meisten Engländer nicht im Traum daran, seine Sprache durch Deutsch oder sagen wir Bulgarisch zu ersetzen. Wie alle seine Landsleute erwartet er, dass die übrigen Europäer Englisch sprechen.

Dem wegen seiner Rolle als Mitglied der Opposition gegen die DDR-Machthaber hochgeschätzten gelernten Prediger ist bei seiner Suche nach einer mitreißenden Vision etwas entgangen: Dass die Sprache eines Volkes, außer seiner Herkunft und seiner Geschichte, seine Identität bedeutet – „tiutsche zunge“ nennt Walther von der Vogelweide um 1220 die Deutschen. Deutsch ist, wie Griechisch oder Rumänisch, kein Dialekt.

> Wir brauchen eine demokratisch-rechte Partei

Englisch lernen. War das die Vision? Eher war es eine Halluzination. Viel mehr Vorschläge gab es nicht. Dann sollte es noch einen gemeinsamen Fernsehsender für Europa geben. Beim europäischen Schlagerwettbewerb (Contest) gebe es das ja auch. Wahrhaftig eine Vision, ein Europasender mit Stefan Raab als Sprecher und Ulknudel Anke Engelke als Assistentin. Kein Scherz. Der Schlagersänger und Showmaster bei RTL war ja allen Ernstes als Moderator für das geplante Rededuell zwischen der Kanzlerin und ihrem Herausforderer im Gespräch. „Wattehaddeduda“? Hattuda neue Vision für Europa?

Keine Angst: Die Bürger Deutschlands haben ziemlich klare Vorstellungen davon, worum sich die nächste Bundesregierung kümmern sollte: Beendigung oder wenigstens Revision der überhastet beschlossenen Energiewende, die noch in diesem Jahr einen Preisanstieg für Heizung und Strom gebracht hat, der für Rentner und Arbeitslose lebensgefährdende Folgen hat. Sicherung der Renten vor den Folgen des ebenso überhastet eingeführten Euro-Rettungsschirms, Schutz der Jugend vor dem ungebremsten Wachstum von elektronischen Suchtmitteln, Sicherheit auf den Straßen und vor den zu erwartenden Millionen „Armutsflüchtlingen“ aus Bulgarien und Rumänien, auf gut altdeutsch auch Zigeuner genannt.

Vielleicht brauchen wir wirklich mitreißende Visionen. Eine neue demokratische Rechte zum Beispiel. Nachdem die CDU nahezu alle konservativen Positionen einer fast hingebungsvollen Sozialdemokratisierung geopfert und durch die Abschaffung der Atomkraftwerke die Forderungen der Grünen sogar übererfüllt hat, verschwammen die Unterschiede zwischen den Parteien bis zur Verwechselbarkeit.

Über zwei Millionen Stammwähler hat die CDU bei der letzten Wahl verloren 1,1 Millionen an die FDP – aber 900 000 Millionen Stimmen verlor die Union an die „Nichtwähler“. Die 900 000 waren Menschen, die 2009 nicht gewählt haben, weil sie sich in der CDU nicht mehr wiedererkennen konnten.

Auf 15 Prozent beziffert das Allensbacher Institut das Wählerpotenzial für eine rechte Mitte. Lernen wir von Europa. In jedem Land Europas gibt es linke und rechte Positionen und Parteien, die sie wahrnehmen. In Deutschland ist an der Stelle, wo eine demokratische Rechte sein müsste, ein Vakuum. Eine neue Partei, das wäre eine mitreißende Vision. Aber die konnten wir nicht von Präsident Silberzunge erwarten.

Tatort Florenz

Ungeklärte Todesfälle der Medici-Familie werden wie ein Kriminalfall neu aufgerollt

Die Medici herrschten in der italienischen Renaissance über Geld, Staat und Kirche. Eine Ausstellung in Mannheim zeigt, dass einigen die Macht gar nicht gut bekommen ist und sie Opfer von Verbrechen wurden.

Mit der Totenruhe ist es in der Kirche San Lorenzo von Florenz nicht weit her. Davon kann die berühmte Medici-Familie ein Lied singen, die sich das Gotteshaus nach Entwürfen von Filippo Brunelleschi und Michelangelo zur Grablege ausbauen ließ. Seit 1559 kam es zu vier großen Umbettungsmaßnahmen. Die erste, nur zu Forschungszwecken genutzte Exhumierung erstreckte sich von 1945 an über mehrere Jahre. Hochwasser überflutete 1966 etliche Medici-Gräber. Das gab 34 Jahre später den Anstoß zum Zusammenschluss von Wissenschaftlern zahlreicher Fachdisziplinen, die im Rahmen des „Medici-Projektes“ in den geöffneten Särgen nach dem Rechten sehen, Diagnosen über Krankheiten und Todesursachen stellen, Restaurierungsmaßnahmen beschädigter Gräber in die Wege leiten und nach bislang vermissten Familienmitgliedern fahnden.

Auch Mitarbeiter der Mannheimer Reiss-Engelhorn-Museen sind am Medici-Projekt beteiligt. Die Forschungsergebnisse werden jetzt im Rahmen einer spektakulären Ausstellung präsentiert, die einen Blick hinter die Kulissen der Macht wirft. Vom Stammvater Giovanni die Bicci (1360–1429) bis zu Anna Maria Luisa (1667–1743), mit der das Geschlecht ausstarb, werden 31 Familienmitglieder anhand von 200 Exponaten vorgestellt. In aller Regel mit einem zeitgenössischen Porträt, dem Abguss des Schädels und einigen aussagekräftigen Objekten. Computeranimationen berichten in einigen Fällen über Krankheiten und Todesursache des Familienmitglieds.

Mit ihrem europaweit erfolgreich agierenden Bank- und Handelshaus stiegen die Medici zum führenden Geschlecht von Florenz auf. Unter Lorenzo dem Prächtigen (1449–1492) münzten die Medici ihren Reichtum in politische Macht um. Allerdings genießt die Mehrzahl der Medici als Politiker einen zweifelhaften Ruf. Ihren bis heute anhaltenden Ruhm aber haben sie sich als Förderer der Künste und Wissenschaften erworben. Zu den Schützlingen Lorenzos des Prächtigen zählten Leonardo da Vinci, Sandro Botticelli und Michelangelo. Durch sein Mäzenatentum wurde er zu einem der Wegbereiter der Renaissance in Europa.

Doch der glanzvolle Lorenzo hatte eine leidvolle Krankengeschichte. Wie viele aus seiner Familie litt er am so genannten Medici-Syndrom: einer Kombination aus Arthritis, Wirbelsäulenversteifung und Schuppenflechte.

Trotz ihrer bürgerlichen Herkunft gelang es den Medici, in das französische, spanische und habsburgische Herrscherhaus einzuheiraten. Zu den prominentesten Vertretern des Geschlechtes aber gehören zwei Päpste, die kirchenpolitisch ungeschickt, familienpolitisch aber glücklich agierten. Leo X., 1513 bis 1521 im Amt, wollte den Neubau des Petersdoms durch den Handel mit Ablässen finanzieren. Das gab Martin Luther den Anstoß zur Formulierung seiner 95 Thesen, die die Reformation ins Rollen brachten. Das ausgestellte Porträt, eine zeitgenössische Kopie nach dem Gemälde Raffaels, zeigt Papst Leo X. mit den Kardinälen Luigi de' Rossi und Guilio de' Medici.

Guilio amtierte als Papst Clemens VII. von 1523 bis 1534. Auf seinem Porträt von unbekannter Hand ist er mit Vollbart dargestellt. Sein ebenfalls ausgestelltes Rasierbesteck hat er seit 1527 ruhen lassen zum Zeichen der Trauer über die Erstürmung und Plünderung Roms durch kaiserliche Söldner. Gleichwohl hatte er familienpolitische Verdienste: Er erreichte, dass Alessandro de' Medici (1510–1537), der Gerüchten nach sein unehelicher Sohn war, zum Herzog von Florenz ernannt wurde. Alessandro wurde von seinem Cousin Lorenzino ermordet. Mit ihm erlosch die ältere Linie der Medici.



Sohn von Lorenzo dem Prächtigen: Papst Leo X. (Ausschnitt), Medici-Heimat Florenz (unten) Bilder: Reiss-Engelhorn Museum/tws

Sein Nachfolger stammte aus der jüngeren Linie: Cosimo I. (1519–1574). Er tat sich als Mäzen hervor und sorgte für die Rangerhöhung der Familie, deren Oberhäupter fortan als Großherzöge über die Toskana herrschten. Die im Rahmen des Medici-Projektes durchgeführte Autopsie von Cosimos Leichnam offenbart seine Krankheitsgeschichte: Er hatte die Pocken, litt an Malaria, Nierenoder Gallensteinen und Bronchitis. Von Krankheit und Alter gezeichnet, übergab er seinem Sohn Francesco I. (1541–1587) die Regierungsgeschäfte. Francesco starb mit seiner zweiten Gattin, Bianca Capello (1548–1587), eines qualvollen Todes. Wurden sie von Ferdinando I. (1549–1609), der den Kardinalspurpur ablegte und Francesco als Großherzog folgte, vergiftet? Projekt-Forscherin Donatella Lippi berichtet: Untersuchungen haben organisches Material von Francesco I. und einer nicht identifizierbaren Frau bestätigt und darin Arsen festgestellt.“ Biancas Grab wurde bislang nicht gefunden.

Erfolgreich verlief hingegen die Fahndung nach dem Grab der Isabella de' Medici Orsini (1542–1599), die uns durch ein von Alessandro Allori geschaffenes Porträt, einen im Grabschacht gefundenen Rock und den Abguss ihres Schädels vorgestellt wird. Wegen ihres plötzlichen Todes wurde spekuliert, sie sei vom Gatten ermordet worden. Doch die Grab-Untersuchungen erbrachten keine Hinweise auf einen Mord.

Die letzten aus dem Großherzogsgeschlecht der Medici waren die Geschwister Gian Gastone (1671–1737) und Anna Maria Luisa (1667–1743). Beider Ehen blieben kinderlos. Anna Maria Luisa hatte mit Kurfürst Johann Wilhelm II. von Pfalz-Neuburg (1658–1716) eine glückliche Ehe am Regierungssitz Düsseldorf geführt. Nach dem Tod des Gatten kehrte sie nach Florenz zurück.

Mit dem auf die Medici folgenden Herrscherhaus Lothringen schloss Anna Maria Luisa einen Vertrag, dass die beweglichen Vermögenswerte der Familie in Florenz bleiben müssen. Ihr Sarg wurde im Oktober letzten Jahres geöffnet. Wie seit der Exhumierung von 1857 bekannt, saß auf ihrem Schädel eine Krone. Als „sensationelle Entdeckung“ aber feiern die Wissenschaftler deren nun gelungene Identifizierung. Es handelt sich um die Kurfürstenkrone ihres Gatten, die sie mit in ihr Grab nahm. Dort befindet sie sich noch heute. Ausgestellt ist eine auf Hochglanz gebrachte Nachbildung. *Veit-Mario Thiede*

Bis 28. Juli in den Reiss-Engelhorn-Museen Mannheim, Museum Weltkulturen, D5. Geöffnet Dienstag bis Sonntag und an Feiertagen von 11–18 Uhr. Montag geschlossen. Informationen: Telefon: (0621) 2933150, Internet: www.medici2013.de. Eintritt: 12 Euro.

Satte Erdlandung

»Der Mondmann« geht in den Kinos auf

Drei Jahre vor der ersten Mondlandung veröffentlichte Tomi Ungerer sein Kinderbuch „Der Mondmann“. In einer Zeit, in der alle Welt sich astronomische Wunder vom Mond erhoffte, ließ Ungerer den Mann aus dem Mond ernüchternde Erkenntnisse auf Erden sammeln.

Sein einsamer Mondmann langweilt sich in seiner Silberkugel so sehr, dass er eines Nachts einen Kometen am Schweif packt und sich zur Erde tragen lässt. Dort entdeckt er lauter seltsame Dinge mit der unbefangenen Neugier eines Fremdlings. Hirsche mit Eulen im Geweih, einen mit Blüten bedeckten Bach und einen gewaltigen Präsidenten, der ihn als Bedrohung für die Menschheit einkerkern lässt.

Aber mit dem abnehmenden Mond verliert der Mondmann seine Gestalt, entfleucht ungesehen aus dem Gefängnis und trifft auf einen freundlich verschrobenen Erfinder, der ihm diagnostiziert, dass er weder Gewicht, Knochen, Organe oder Herzschlag, aber dafür ein großes Herz besitzt. „Das Herz ist da, wo Du mich als Freund spürst“, sagt der Erfinder.



Auf Erden gelandet: „Mondmann“ Bild: NeueVision

Mit seiner Rakete findet der Mondmann zurück in seine Heimat am Nachthimmel. Dort brauchen ihn die Kinder, denn ohne den Blick auf ihn können sie nicht einschlafen. „Allein ist man schneller, aber zu zweit kommt man weiter“, weiß der Mondmann. Um Vertrauen, Nähe und Freundschaft kreisen alle Episoden der modernen und stimmungsvollen Verfilmung von Stephan Schesch. Am 14. März kommt der Film in die Kinos.

Regisseur Schesch bereicherte den Stoff aus dem dünnen Bilderbuch mit dem Witz und den Lebensweisheiten aus weiteren Ungerer-Werken. Seine Mischung aus lustiger Keckheit und Lakonie, aus purer Poesie und politischen Untertönen, aus kindlicher und erwachsener Perspektive spricht Kinder, Eltern und Großeltern an. „Wo die Babys herkommen, weiß ja jedes Kind, aber wo kommen eigentlich die Erwachsenen her?“, fragt ein Mädchen. „Wo ist die Nacht, wenn es Tag wird?“, heißt es an anderer Stelle.

Diese feinsinnige Ironie zieht sich auch durch die Details. Ein Eisverkäufer händigt in der Nacht Eistüten an Meeresungeheuer aus. Der ausgestopfte Eisbär im Präsidentenpalast gähnt unvermittelt. Das große Cabriolet, in dem ein Mädchen des Nachts mit seinem Vater zum Autokino fährt und sich über den Mann im Mond unterhält, lässt die amerikanische Landschaft aufleben, die Massenveranstaltungen des Präsidenten erinnern an sowjetische Verhältnisse. Mit der heiseren Stimme von Katharina Thalbach klingt der Mondmann wie Steven Spielbergs „E.T.“. Die ungewöhnliche Musikzusammenstellung reicht von „Moonriver“ über „Der Mond ist aufgegangen“ zu den psychedelischen Klängen von Iron Butterfly. Die Bildästhetik in warmen Farbtönen ist auf altmodische Weise entspannt.

Alle Figuren und Bewegungen entstanden in der Herstellungsweise früher Animationsfilme aus Handzeichnungen. 120 Zeichner aus 23 Ländern, 80 von ihnen arbeiteten in einem Studio in der Karl-Marx-Allee, fertigten sie auf ihren Grafiktablets. Mit vier Millionen Euro betrugen die Produktionskosten dieser Handarbeit nur einen Bruchteil der Kosten amerikanischer Computeranimationsfilme. So verschlang der Pixar-Blockbuster „Oben“ über 175 Millionen Dollar.

„Zu den relativ bescheidenen finanziellen Mitteln passte das künstlerische Konzept“, erzählt Schesch, der bereits „Die drei Räuber“ von Tomi Ungerer verfilmte, im Interview mit der *PAZ*. „Das Buch selbst lebt ja vom Weglassen. Wir wollten auch keinen durchgehenden Orchesterscore, der alles zukleistert“, sagt er. Sein Film arbeitet mit langen Zäsuren. „Diese Entschleunigung ist ein bewusster Schritt, um die Geschichte verdauen zu können. Filme werden heute immer lauter, immer schneller. Ich frage mich, ob Kinder diese Feuerwerke überhaupt noch verstehen. Wir wollten es in jeder Hinsicht anders machen.“

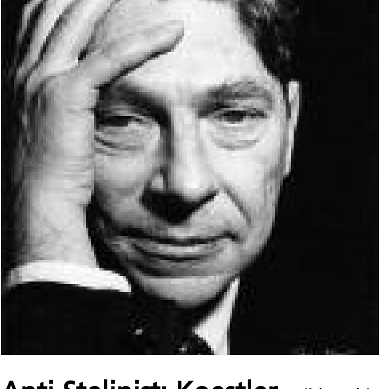
Das Konzept gelingt. Die eigenwilligen Szenen im traumwandlerischen Tempo dürften Jung und Alt verzaubern. *Dorothee Tackmann*

Finsternis von links

Vom Saulus zum Paulus: Vor 30 Jahren starb Autor Arthur Koestler

Die glühendsten Eiferer einer Sache sind später oft deren eifrigsten Widersacher. Der vor 30 Jahren gestorbene Arthur Koestler gehört mit zu jenen, die vom Saulus zum Paulus wurden. Anfang der 1930er Jahre, als der gebürtige Ungar in Berlin als stellvertretender Chefredakteur für die „B.Z. am Mittag“ tätig war, trat er der KPD bei und agitierte fortan vehement für den Sieg des Sozialismus. Nur ein knappes Jahrzehnt später schrieb er mit dem Roman „Sonnenfinsternis“ seine weltbekannte Abrechnung mit dem Stalinismus.

Was war geschehen? Die stalinistischen Säuberungen und Schauprozesse, denen unter anderem der bolschewistische Journalistenkollege Karl Radek und der Marxist Nikolaj Bucharin zum Opfer fielen, ließen bei Koestler das Fass überlaufen. Deren Folterschicksale und eigene Hafterlebnisse, die der Kriegsberichterstatter in Spanien machte, wobei er von Franco-Soldaten eingesperrt worden war, verknüpfte er in „Sonnenfinsternis“ zu einem zeitlosen Dokument über Isolationshaft. Diese bricht am Ende den aufrechten Häftling Rubaschow, der wegen angeblicher konterrevolutionärer Taten einsitzt.



Anti-Stalinist: Koestler Bild: Archiv

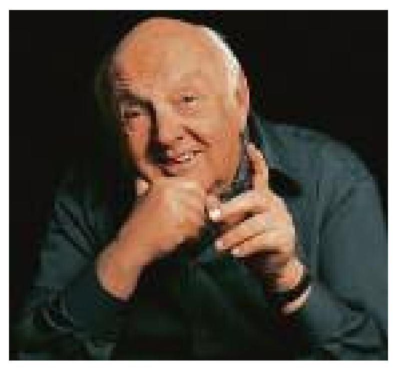
Der Stalinismus hat Koestler nicht brechen können, wohl aber ein anderes Krebsgeschwür. An Leukämie erkrankt, nahm sich der 77-Jährige am 3. März 1983 in London das Leben. *Harald Tews*

Böhmischer Bestseller

Otfried Preußler ist tot, aber nicht sein Vertriebenen-Erbe

Dank eines Räubers kennt fast jeder „Osoblaha“. Wie bitte, Sie nicht? Dann liegt es wohl daran, dass 1945 das böhmische Hotzenplotz umbenannt wurde. Der am 18. Februar gestorbene Kinderbuchautor Otfried Preußler machte den Ort jedenfalls unsterblich. Seinen „Räuber Hotzenplotz“ kennt nun wirklich jeder, entweder weil man das Märchen als Kind gelesen, seinen Kindern selbst vorgelesen, den Kinofilm mit Gert Fröbe oder die Marionetten-Version der Augsburger Puppenkiste gesehen hat.

Preußler stammte zwar aus dem Sudetenland, nicht jedoch aus Hotzenplotz. Den Namen hat er gewählt, weil er in seiner Kindheit von diesem kleinen pittoresken Dorf beeindruckt war. Er selbst ist 1923 im nordböhmischen Reichenberg geboren und durchlebte dann das typische Schicksal seiner Generation: Krieg, russische Gefangenschaft, Vertreibung aus der Heimat, Neubeginn im Westen. Im bayerischen Chiemgau ließ er sich nieder, heiratete und wurde Vater dreier Töchter. Irgendwann müde, ihnen fremde Kindergeschichten zu erzählen, erfand er eigene, die mit Sagen und Motiven seiner böhmischen Heimat angereichert waren.



Frohnatur Preußler Bild: Archiv

Der Hexenglaube im „Hotzenplotz“, in „Krabat“ oder seinem Erstling „Der kleine Wassermann“ entstammt also dem böhmischen Erbe, das dank Preußlers Kinder-Bestsellern noch lange weiterbestehen wird. *tws*

Fotowettbewerb für die Jugend

Kinder und Jugendliche bis 20 Jahre können sich am Jugendfotowettbewerb „Fokus Denkmal“ beteiligen. Dazu ruft die Deutsche Stiftung Denkmalschutz als Ausrichterin des bundesweiten Wettbewerbs auf.

Wie der Tag des offenen Denkmals steht auch der Fotowettbewerb „Fokus Denkmal“ in diesem Jahr unter dem Motto „Jenseits des Guten und Schönen: Unbequeme Denkmale?“ Die Stiftung sucht Aufnahmen von Denkmalen, die jenseits des Klischees von herausgeputzten und gefälligen Preziosen liegen – denn Fragen zur Denkmalwürdigkeit und zum Umgang mit Leerstand, Umnutzung, Sanierung und Instandsetzung stellen sich früher oder später bei fast jedem historischen Bau. „Fokus Denkmal“ ruft Jugendliche dazu auf, die Denkmale der eigenen Umgebung neu zu entdecken und im Bild festzuhal-

»Unbequeme Denkmale?«

ten – vom Nachkriegsbau über alte Fabriken bis zur archäologischen Ausgrabung.

„Fokus Denkmal“ richtet sich an Einzelteilnehmer und Schulklassen gleichermaßen. Den Gewinnern winken Preisgelder bis 300 Euro. Zusätzlich werden die Gewinnerbilder des Fotowettbewerbs von der Stiftung als deutscher Beitrag zum internationalen Jugendfotowettbewerb „International Heritage Photographic Experience“ (IHPE) unter der Schirmherrschaft des Europarats eingereicht.

Bis zum 15. Mai können die Beiträge als Digitalfotos (maximal drei je Teilnehmer, Auflösung mindestens 2200 mal 1600 Pixel) auf CD oder per E-Mail an die Deutsche Stiftung Denkmalschutz, Referat Tag des offenen Denkmals, Schlegelstraße 1, 53113 Bonn, E-Mail: denkmaltag@denkmalschutz.de, Internet: www.tag-des-offenen-denkmals.de/fokus, gesandt werden. *PAZ*

Das Ende des ärgsten Gewaltherrschers

Vor 60 Jahren starb Josef Stalin – Den Diadochenkämpfen folgte die Entstalinisierung

Vor 60 Jahren, am Abend des 5. März 1953, starb Josef Stalin, der schlimmste Gewaltherrscher der Menschheitsgeschichte, dessen Regime laut Stalin-Biograf Boris Souvarien über 100 Millionen Opfer forderte. Seinen Tod bestätigte ein Bulletin, das Gesundheitsminister Andrej Tretjakow und neun Ärzte signiert hatten.

Die besten sowjetischen Ärzte, zumeist hochqualifizierte Juden, waren verhindert, sie saßen zu Hunderten als Mittäter einer angeblichen Ärzteverschwörung in Haft und warteten auf ihre Hinrichtung, die nur Stalins Tod verhinderte. Details berichtete der Historiker Schores Medwedjew, einer von wenigen Autoren, die nicht hinter Stalins Tod Verschwörungen, Giftanschläge oder Komplotte vermuteten.

Ex-Dissident Medwedjew legte in haarfeiner Schadenfreude dar, wie eng Stalins Todeskampf in seiner Datsche Kunzewo von Eigenheiten seines Regimes bedingt war. Wegen seiner Geheimniskrämerei fehlten Krankenakten, die erst aus dem Kreml geholt wurden, als alles zu spät war. Weil der Kaukasier außer trockenem Weißwein keine „Arznei“ gelten ließ, gab es keinerlei Medikamente im Haus. Armee und Geheimdienst waren allein auf den „woschdj“ (Führer) ausgerichtet, und deren Bosse nahmen von niemandem sonst Befehle entgegen. Getrennte Informationssysteme für Armee, Grenztruppen, Transport und Miliz verhinderten die Benachrichtigung aller Verantwortlichen. Stalin hinterließ keine Nachfolgeregelung, weswegen in der Sowjetunion und im ganzen Sowjetblock augenblicklich Chaos ausbrach. Weil auch die Wohnungen höchster Funktionäre abgehört wurden, regelten diese Stalins Nachfolge hinter der Tür seines Sterbezimmers. Mit aller Berechtigung höhnte Medwedjew, dass die später so gerühmte „kollektive Führung“ entstand, während Stalin im Nebenraum in letzten Atemzügen keuchte.

Gerüchte, dass der „chosjain“ (Hausherr) Stalin krank sei, kursierten in Moskau schon im Dezember 1952. Am 28. Februar hatte er im Bolschoi-Theater „Schwanensee“ gesehen, sich danach mit den Politbüroangehörigen Lawrenti Beria, Georgi Malenkow, Nikolai Bulganin und Nikita Chruschtschow zu einer ausgedehnten „wypiwka“ (Sauferei) niedergelassen. Am 1. März verließ er sein Zimmer nicht, er war bereits von einer schweren Gehirnblutung zu Boden gestreckt. Er war ohne Bewusstsein, sein Blutdruck lag bei 220 zu 110, eine Rettung gab es nicht mehr. Sie wurde auch gar nicht versucht, denn niemand traute sich in sein Zimmer. Der wachhabende Offizier habe ihn durchs Schlüsselloch am Schreibtisch gesehen, wurde später verbreitet, um zu vertuschen, dass Stalin mindestens 15 Stunden hilflos dagelegen hatte.

Am Morgen des 2. März trafen Ärzte ein, „alle mit russischen Namen“ – also keine Juden, wie Medwedjew später berichtete –, die aber nicht ans Krankenbett gelassen wurden. Dort drängelten sich Mitglieder des Politbüros, die alle Therapievorschläge der Ärzte prüften, genehmigten und letztlich verhinderten. Stalin war abserviert, seine Satrapen hielten bis in die Nacht im Dienstzimmer seiner Datschen-Leibwache oder in Stalins Kreml-Büro Sitzungen ab, bei der Ämter und Posten verteilt wurden. Der bewusstlose Stalin wurde nicht mehr bedacht, auch keiner der neuen Funktionäre, die er beim 19. Parteitag im Oktober 1952 durchgedrückt hatte. Erst nach dieser ersten poststalinistischen „Säuberung“ durfte am frühen Morgen des 4. März das Radio Stalins schwere Erkrankung melden.

Ein makabrer „Wettlauf“ begann am 5. März um 20 Uhr: In Kunzewo verschlechterte sich Stalins Zustand laufend, im Kreml begann eine geschlossene Sitzung von 300 Spitzenfunktionären aus Partei und Staat, darunter kein Stalin-Günstling. Gesundheitsminister Tretjakow überbrachte die vielfach ersehnte Nachricht: Stalins alsbaldiger Tod sei „unzweifelhaft“. Dann wurde binnen 40 Minuten eine ellenlange Personalliste per Zuruf („in Ordnung, angenommen“) durchgewinkt. Am Ende war das Machtzentrum von der Partei auf die Regierung verschoben, sichtbar auch an der kurz danach folgenden Amnestie, die 1,2 Millionen Häftlinge aus Stalins Gulag befreite.



Totenwache am Sarg Stalins: Die Diadochen Malenkow, Bulganin und Chruschtschow (von links) Bild: Ullstein

Stalin war längst tot vor seinem offiziellen Ableben, das die Ärzte um 21.50 Uhr konstatierten.

Am 6. März folgte um 12 Uhr die Obduktion von Stalins Leichnam, der um 16 Uhr im Säulensaal des Gewerkschaftshauses aufgebahrt wurde. Davor bildeten sich endlose Schlange, und umgehend kam es auf dem nahen Trubnaja-Platz zu einer Massenpanik, bei der über 1000 Menschen totgetrampelt wurden. Am 9. März folgte Stalins Begräbnis, von Chruschtschow organisiert und eilig abgewickelt, sehr zur Verblüffung der ausländischen Gäste, unter ihnen Walter Ulbricht und Otto Grotewohl als Repräsentanten der DDR.

Stalin wurde einbalsamiert und im Lenin-Mausoleum beigesetzt, von dort aber am 1. November 1961 an die Kreml-Mauer „umgebettet“. Dieser Hinauswurf markierte auch das Ende der Diadochenkämpfe, in denen als erster der gefürchtete Chef der Geheimpolizei Berija unterlag. Am 26. Juni 1953 wurde er als „Feind“ erschossen. Andere wie Malenkow, Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow und Bulganin kamen mit Degradierungen davon. 1955 stand Chruschtschow als Sieger fest.

Chruschtschow hatte es nicht leicht mit Stalins Erbe. In Mitteldeutschenland (1953), Polen (1956) und Ungarn (1956) kam es zu Volksaufständen. Im Mai 1955 erfolgte sein Gang nach Canossa zu Stalins Erzfeind Josip Broz Tito, woraus die „friedliche Koexistenz“ resultierte. Davon profitierten im September 1955 die Deutschen, als Konrad Adenauer in Moskau die Heimkehr deutscher Kriegsgefangener erreichte. Auf dem 20. Parteitag der KPdSU vollzog Chruschtschow im Februar 1956 eine radikale Abrechnung mit Stalins Terrorregime – in einer „Geheimrede“, die umgehend weltbekannt wurde.

Im November 1961 forderte der Dichter Jewgenij Jewtuschenko von der Sowjetregierung, die Wachen vor Stalins Grab zu verdoppeln und zu verdreifachen, weil der Insasse nach wie vor gefährlich sei. Das klang gut, war aber Unsinn – Stalin ist vor 60 Jahren gestorben, endgültig. Daran können auch Moskauer Stalin-Nostalgiker nichts ändern, die immer noch Brutalität mit staatsmännischer Größe verwechseln.

Wolf Oschlies

Englands erster Düsenjäger

Die Gloster »Meteor« war eine erfolgreiche Waffe gegen die V1

Vor 70 Jahren waren auch die Briten so weit, hatten auch sie einen Düsenjäger an den Himmel gebracht. Am 5. März 1943 hatte die von der Gloster Aircraft Company hergestellte „Meteor“ ihren Erstflug. Trotz des Vorsprungs der Deutschen in dieser Technologie tauchte der zweistrahlige Jet etwa zeitgleich mit der Messerschmitt Me 262 an der Front auf. Am 12. Juli 1944 erfolgte die Indienststellung.

Obwohl eine etwas jüngere Entwicklung als die Messerschmitt besaß die „Meteor“ gegenüber jener einen großen Nachteil: konventionelle, das heißt ungepfeilte Flügel. Das führte dazu, dass die britische Maschine bei Geschwindigkeiten ab Mach 0,74 unter Gierschwingungen litt.

Zu einem direkten Kräftemessen zwischen den beiden Jägern kam es jedoch nie. Statt gegen die Me 262 wurde die „Meteor“ vielmehr gegen die V1 eingesetzt. Und das in der Regel auf eine recht unkonventionelle Weise. Nur vergleichsweise selten versuchte der „Meteor“-Pilot die deutsche Vergeltungswaffe mit seinen Bordwaffen abzuschießen. Zu groß war die Gefahr, dass er bei einer Explosion der 600 Kilogramm Sprengstoff in der Rakete selber zu Schaden kam. Stattdessen wurde vielmehr versucht, sich neben die unbemannte Flugbombe zu setzen und den eigenen Flügel unter deren zu bringen, um dann durch eigenes Abkippen dem Bombenflügel einen Stoß zu versetzen, der den deutschen Flugkörper destabilisierte und zum Absturz brachte.

Im Februar 1945 wurde dann auch eine Staffel auf den Kontinent, nach Holland verlegt und



Gloster „Meteor“ Bild: Archiv

dort als Jagdbomber eingesetzt. Eine weitere Verwendung während des Krieges bestand in der Schulung von Düsenflugzeugpiloten.

Anders als bei den Deutschen, deren wehrtechnische Entwicklung mit dem Kriegsende jäh unterbrochen wurde, entwickelten die Briten ihre „Meteor“ nach dem Krieg weiter. Nun bekam auch sie Pfeilflügel. Am 7. November 1945 gelang es mit einer „Meteor“, mit 975 Kilometern pro Stunde einen Geschwindigkeitsrekord aufzustellen. Zehn Monate später wurden sogar 985 Stundenkilometer erzielt.

Allerdings ging auch über diese Maschine die Zeit hinweg. Als sie im Koreakrieg auf die russische Nachkriegsentwicklung Mikojan-Gurewitsch MiG-15 stieß, erwies sie sich als derart unterlegen, dass die Jagd auf die russischen Jagdflugzeuge der US-amerikanischen North American F-86 „Sabre“ überlassen wurde und sie selber statt als Luftüberlegenheitsjäger nur noch als Jagdbomber eingesetzt wurde. Ansonsten wurde die Maschine auch als Nachtjäger und Aufklärer eingesetzt.

1954 wurde die Produktion der „Meteor“ eingestellt. Die Zahlenangaben bezüglich der gebauten Exemplare differieren zwischen 3540 und rund 3900. 330 Exemplare wurden zwischen 1951 und 1954 von Fokker in Lizenz gefertigt. Außer der Luft- und der Marineluftwaffe des Königreiches nutzten auch die Streitkräfte Ägyptens, Argentiniens, Australiens, Belgiens, Brasiliens, Dänemarks, Frankreichs, der Bundesrepublik Deutschland, Ecuadors, Israels, der Niederlande, Neuseelands, Schwedens und Syriens die „Meteor“. 1957 wurde das letzte Exemplar von der Royal Air Force ausgemustert. *Manuel Ruoff*

Wenn zwei sich streiten ...

Vor 100 Jahren wurde Australiens Hauptstadt Canberra getauft

Nach der Gründung des Commonwealth of Australia am 1. Januar 1901 stellte sich die Frage nach der Hauptstadt. Western Australia, South Australia und Victoria plädierten für Melbourne, New South Wales und Queensland hingegen die andere australische Großstadt jener Zeit, Sydney. Anstatt sich für eine der beiden Alternativen zu entscheiden, traf die Regierung 1908 eine sehr ungewöhnliche Entscheidung. Eine komplett neu geplante und gebaute Stadt sollte die Funktion der Kapitale übernehmen. Sie sollte möglichst gleich weit von den beiden bis dahin konkurrierenden Metropolen entfernt liegen. Bis zur Fertigstellung tagte das Parlament in Melbourne.

Innenminister King O'Malley schrieb im April 1911 einen internationalen Wettbewerb zur Gestaltung der künftigen Hauptstadt aus, den der US-amerikanischer Architekt Walter Burley Griffin aus Chicago am 23. Mai 1912 gewann. Der Plan war etwas der US-amerikanischen Hauptstadt Washington DC nachempfunden. Der Kern der Stadt ist in Form eines Dreiecks ausgebildet, an dessen einer Ecke sich das Parlamentsgebäude befindet. Ansonsten sah die Planung viele Grünflächen und die Anordnung der Straßen in Form von Achsen vor.

Am 20. Februar 1913 begannen die Bauarbeiten, Minister O'Malley schlug an diesem Tag den ersten Vermessungspfosten in den Boden – gewissermaßen der symbolische „erste Spatenstich“. Wie bei vielen Städten vom Reißbrett, die nicht historisch gewachsen sind, stellte sich die Frage des Namens. Olympus, Paradise, Captain Cook und Shakespeare wurden ebenso vorgeschlagen wie Kangaremu, Eucalypta und Myola. Das Rennen machte schließlich der Name, den die Stadt heute noch trägt.



Bild: Archiv

Stadttaufe mit der Taufpatin Gertrude Denman

Am 12. März 1913, nahm Gertrude Denman, die Ehefrau des damaligen australischen Generalgouverneurs Thomas Denman, während einer Zeremonie auf dem heutigen Capital Hill die Namenstaufe vor. In Gedenken an dieses Ereignis, das sich dieses Jahr zum mittlerweile 100. Mal jährt, gilt der zweite Montag im März, der sogenannte Canberra Day, als lokaler Feiertag.

Nach der Gründung zogen sich die Bauarbeiten bedingt durch den Ersten Weltkrieg so lange hin, dass Canberra erst 1927 die Hauptstadtfunktion übernehmen konnte. Auch danach blieb die Bevölkerungszahl gering, erst ab den 50er Jahren war ein Zuwachs zu verzeichnen. Seit den 60er Jahren wurden immer wieder neue Stadtbezirke gegründet. Canberra hat sich inzwischen mit über 300 000 Einwohnern zur achtgrößten Stadt Australiens entwickelt und wächst immer weiter. 1993 kam ein weiterer Stadtbezirk hinzu.

Canberra ist auch heute noch eine Stadt, die vorwiegend vom öffentlichen Dienst lebt. Rund 40 Prozent der Berufstätigen haben den Staat zum Arbeitgeber. In Australiens Hauptstadt geht es aber nicht nur wegen der Politik mitunter heiß her. Ursache ist das kontinentale Klima, denn anders als die beiden zunächst konkurrierenden Metropolen liegt Canberra nicht an der Küste, sondern im Binnenland.

Theo Mass

»Kein Großer, aber ein Ritter und ein Held«

Vor 125 Jahren starb der erste Deutsche Kaiser, Wilhelm I. – Er ließ Bismarck, Moltke und Roon gewähren

Sein Enkel und späterer Nachfolger Wilhelm II. hat versucht, für ihn die Bezeichnung „Wilhelm der Große" durchzusetzen, zu Recht vergebens. Eher ist seinem Ministerpräsidenten und Reichskanzler Otto von Bismarck zuzustimmen, der über ihn meinte: „Kein Großer, aber ein Ritter und ein Held". Die Rede ist vom Deutschen Kaiser und König von Preußen Wilhelm I.

Im Gegensatz zu dem wirklich großen Staatsmann Otto von Bismarck, der ein Revolutionär war, wenn auch ein weißer, war der Legalist Wilhelm I. eher anachronistisch. Ähnlich wie sein Vater Friedrich Wilhelm III. war Wilhelm ein Monarch, der zum Jagen getragen werden musste. Aber während sich Friedrich Wilhelm durch die Ereignisse und Entwicklungen treiben ließ, übernahm diese Aufgabe bei Wilhelm Bismarck. Das Größte an Wilhelm ist denn auch zweifellos, dass er erkannte, dass sein Regierungschef (Bismarck) und auch sein Generalstabschef (Helmuth von Moltke) größer waren als er und dass er diesen, wenn auch nicht immer ohne Widerstand, in der Regel letztlich doch folgte. Es zeugt von Charakter, wie neidlos und mit welcher Selbstironie er die Überlegenheit von Untertanen anerkannte. Trocken konstatierte er, dass Bismarck für das Reich wichtiger sei als er, und stöhnte, dass es nicht einfach sei, unter einem solchen Kanzler Kaiser zu sein.

Überhaupt scheint Wilhelm manche sympathischen Charakterzüge gehabt zu haben, darunter Bescheidenheit, Sparsamkeit, Mut, Pflichtbewusstsein und Treue. Nicht umsonst zählte Wilhelm bei seinem Tode zu den weltweit beliebtesten Monarchen; und ein so Großer wie Bismarck hat sich in seiner Grabinschrift „einen treuen deutschen Diener Kaiser Wilhelms I." nennen lassen.

Wenn wir auch aus Wilhelms eigenem Munde wissen, dass es für ihn nicht leicht war, unter Bismarck Monarch zu sein, so war es doch auch für Letzteren nicht leicht, unter ihm Regierungschef zu sein. Zur ganzen Wahrheit gehört nämlich, dass Wilhelm Bismarck häufig Widerstand entgegengesetzt hat und dass, wenn Bismarck seinerseits nicht so konsequent an seinen Überzeugungen festgehalten hätte, Wilhelm eine Politik betrieben hätte, die nicht einmal Wilhelm II. auf die Idee hätte kommen lassen, ihn als groß zu bezeichnen.

Als ein Beispiel sei die Bündnispolitik des jungen Deutschen Reiches genannt. Bismarck wusste, dass es angesichts der Revanchegelüste Frankreichs von existenzieller Bedeutung für das Reich war, mit den beiden anderen kontinentalen Großmächten verbündet zu sein. Interessanterweise hielten sowohl Wilhelm I. als auch Wilhelm II. diese Kombination für unmöglich und für einen Verrat. Der Unterschied zwischen den beiden Hohenzollern bestand allerdings darin, dass Wilhelm II. den Rückversicherungsvertrag für einen Verrat am Zweibund hielt und deshalb den Vertrag nicht verlängerte, den Draht nach Petersburg kappte. Wilhelm I. hingegen hielt ein Bündnis mit Österreich für einen Verrat an der traditionellen, bewährten Freundschaft mit Russland. Bismarck setzte sich schließlich gegen Wilhelm I. durch. Aber wäre es nach Letzterem gegangen, wäre es zu einer Wiederholung der Krimkriegskonstellation gekommen mit dem Unterschied, dass Preußen diesmal nicht hätte neutral bleiben können, sondern an Russlands Seite als dessen westlicher Außenposten und Juniorpartner nicht nur Frankreich, sondern auch die am Status quo auf dem Balkan und in der Türkei interessierten Großmächte Österreich und Großbritannien zum Gegner gehabt hätte und damit von der einzigen verbündeten Großmacht abhängig gewesen wäre. Es spricht für Wilhelms politische Naivität, sprich mangelnde Größe, aber auch für einen sympathischen, um nicht zu sagen: ritterlichen, Charakter, dass er die Außenpolitik seines Staates durch ein menschliches Gefühl wie Dankbarkeit leiten lassen wollte.

> »Bismarck ist wichtiger für das Reich als ich«

Wilhelm war nicht immer ein Sympathieträger seiner Landsleute gewesen. Sein Eintreten für eine militärische Antwort auf den Ausbruch der 48er Revolution und der finale Todesstoß, den er dieser liberalen Erhebung versetzt hat, indem er mit den von ihm kommandierten preußischen Truppen 1849 mit Rastatt die letzte Festung der Revolutionäre eingenommen hat, machte den „Kartätschenprinzen" zum Feindbild der Liberalen.

Möglicherweise unter dem Einfluss seiner liberalen Ehefrau Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach näherte sich Wilhelm jedoch nach der Revolution liberalen Positionen an. Und als er 1858 von seinem Bruder die Regierungsgeschäfte übernahm, war er – ähnlich wie 30 Jahre später sein Sohn Friedrich Wilhelm – zum Hoffnungsträger der Liberalen geworden. Unter seiner Regentschaft begann eine liberale Neue Ära.

Beim Militär endete jedoch Wilhelms Liberalismus. Nach den schlechten Erfahrungen mit der preußischen Mobilmachung während des Sardinischen Krieges im Jahre 1859 wollte Wilhelm eine Heeresreform durchsetzen, die sowohl den Wehrdienst verlängerte als auch das professionellere stehende königliche Heer gegenüber der Landwehr aus der Zeit der Befreiungskriege, stärkte. Da die Liberalen diese Kombination als inakzeptable Zumutung empfanden, war eine legale Realisierung dieser Reform unmöglich, hatte doch in dem mit dem Budgetrecht versehenen Abgeordnetenhaus die liberale Fraktion die Mehrheit. In dieser Situation dachte Wilhelm wohl an Abdankung, zumal er in seinem liberalen Sohn Friedrich Wilhelm einen Nachfolger gefunden hätte, dem es wohl ein leichtes gewesen wäre, mit einer liberalen Parlamentsmehrheit zusammen zu arbeiten. Wilhelms Kriegsminister, Albrecht von Roon, verwies ihn dann jedoch auf Bismarck, der bereit war, als Regierungschef an der Seite seines Königs den Verfassungsbruch zu wagen. Gemeinsam setzten sie gegen den Willen der Liberalen und der Abgeordnetenhausmehrheit die Heeresreform 1862 durch.


Bild: Archiv

Ein Kaiser und ein Großer: Wilhelm I. und Otto von Bismarck (v.l.)

Der Erfolg in den drei Einigungskriegen schien Wilhelm und Bismarck in den Augen vieler anfänglicher Heeresreformgegner nachträglich recht zu geben.

Als Legalist, der er war, wollte Wilhelm nach dem gewonnen Zweiten Einigungskrieg von 1866 allen Verlierern etwas wegnehmen. Das hätte zur Folge gehabt, dass halb Deutschland Preußen bei der nächstbesten Gelegenheit revanchelüstern gegenübergestanden hätte. Es war Bismarck, der in dieser Frage keine halben Sachen wollte und es gegen Wilhelm durchsetzte, dass die Kriegsgegner entweder geschont oder eliminiert wurden, so dass im darauffolgenden Dritten Einigungskrieg Frankreich Preußen alleine gegenüberstand und unter Preußens Kriegsgegnern von 1866 keine Verbündete fand.

Angesichts dessen, dass Wilhelm gegenüber Napoleon III. in der spanischen Thronfolgefrage eine ähnliche Appeasement-Politik versuchte wie weiland sein Vater Friedrich Wilhelm III. gegenüber Napoleon I., wäre es ohne Bismarck möglicherweise gar nicht zum Dritten Einigungskrieg gekommen und damit zu jener Schwächung Frankreichs, die es Preußen erst ermöglichte, Deutschland 1871 zu einigen.

Und selbst nachdem Moltke für ihn auch den letzten der drei Einigungskrieg gewonnen hatte, hätte Wilhelm die deutsche Kaiserkrone fast noch in letzter Minute verspielt, wollte er doch lieber gar kein Kaiser sein, wenn schon nicht „Kaiser von Deutschland".

Es lässt sich konstatieren, dass Wilhelm zwar etwas altmodisch, um nicht zu sagen anachronistisch, dachte, aber nichtsdestoweniger diverse menschlich sympathische Züge trug. Andererseits ist es wohl ebenso wahr, dass Preußen unter diesem Hohenzoller ohne Generalstabschef Moltke, Kriegsminister Roon sowie schließlich Ministerpräsident und Reichskanzler Bismarck an dessen Seite wohl kaum von der kleinsten zur größten der europäischen Großmächte und zum Kernstaat eines deutschen Reiches geworden wäre.

Manuel Ruoff

Mit Alfred Tegtmeier zum Erfolg

»Der Schwiegermuttermörder« brachte Jürgen von Manger Silvester 1961 den Durchbruch

Jürgen von Manger war von etwas anderer Herkunft, als man es bei seiner Kunstfigur Alfred Tegtmeier erwarten sollte. Sein Vater war nicht Bergarbeiter, sondern Staatsanwalt. Seine Mutter war nicht bürgerlich, sondern entstammte einer Adelsfamilie. Und seine Wiege stand nicht im Ruhrpott, sondern in Koblenz. Erst nach der Versetzung des Vaters an das dortige Landgericht zog die Familie 1933 nach Hagen. Wie die Eltern haben auch die beiden Brüder nicht in Tegtmeiers Milieu gelebt. Der ältere war lange Zeit Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium und der jüngere Oberstudienrat in Rhöndorf.

Anfänglich schien auch der am 6. März 1923 geborene zweite Sohn von Fritz Koenig und dessen Ehefrau Antonia von Manger nicht aus der Bahn zu schlagen. Standesgemäß ging er in Hagen erst auf das Fichte- und dann auf das Albrecht-Dürer-Gymnasium. Doch dann nahm das Schicksal seinen Lauf. Weil es ihm Spaß machte, in fremde Rollen zu schlüpfen und es mit Schulfrei verbunden war, jobbte der Schüler ab 1939 als Statist am Stadttheater.

Nach dem Abitur wurde Manger eingezogen und an die Ostfront versetzt. 1943 wurde seine Einheit nach Italien verlegt, wo er auch das Kriegsende erlebte.

Der Entscheidung, ob er nun nach Schulausbildung und Kriegsdienst beruflich in die Fußstapfen seines Vaters treten oder lieber sein Hobby aus Schülertagen zum Beruf machen sollte, sah er sich dadurch enthoben, dass die Universitäten voll waren und ältere Kriegsjahrgänge bevorzugt wurden. Dafür bot ihm das Hagener Stadttheater einen Vertrag an. 1947 wechselte er nach Bochum ans Schauspielhaus und 1950 nach Gelsenkirchen an die Städtischen Bühnen. Dort brachte er es bis 1963 bis zum 1. Charakterkomiker.


Jürgen von Manger Bild: Archiv

Ab 1954 machte er dann auch das, was ihm nach Kriegsende noch versagt gewesen war. Er studierte Rechts- und Staatswissenschaften. Dieses Studium in Köln und Münster beendete er 1958 ohne Abschluss.

Parallel zu Schauspielerei und Studium arbeitete er ab 1954 auch als Sprecher für Schul- und Kirchenfunk sowie Hörspiele wie „Paul Temple und der Fall Lawrence" (1958), „Das Appartementhaus" (1961), „Robbi, Tobbi und das Fliewatüt" (1968) und schließlich „Der kleine Hobbit" (1980). Da die Aufnahmen beim Westdeutschen Rundfunk (WDR) häufig erst nach seinen Bühnenauftritten begannen, hat er gerne in den Pausen herumgealbert. Die Legende besagt, dass bei einer dieser Albereien ein Tontechniker geistesgegenwärtig die Starttaste des Aufnahmegerätes gedrückt habe. Manger wird vom WDR als Erzähler eigener Geschichten entdeckt und der Unterhaltungschef des Senders, ein alter Schulfreund, vermittelt ihn an den Norddeutschen Rundfunk (NDR).

Der sendet Silvester 1961 Mangers legendären Sketch über den Schwiegermuttermörder, der sich vor Gericht für seine Tat verantwortet. Das ist der Durchbruch. Der Mann, dem Manger seine Stimme gibt, heißt hier noch Schulte, aber er hat bereits typische Eigenschaften des Adolf Tegtmeier, eine Kunstfigur, mit der Manger 1962 im NDR an die Öffentlichkeit tritt und die ihn landesweit berühmt macht.

Dieser einfache Mann von der Straße aus dem Kohlenpott, ursprünglich nur eine Hörfunkfigur, wird von Manger geschäftstüchtig auch in Tourneen auf die Bühne und ins Fernsehen gebracht. Manger hilft dabei – so makaber es klingt – eine halbseitige Gesichtslähmung aus der Jugendzeit. Auch Tegtmeier-Schallplatten und -Bücher kommen nun auf dem Markt.

> Den vielfältigen Künstler sollte man nicht auf seine bekannteste Figur reduzieren

1966 erscheint sein Buch „Bleiben se Mensch! – Träume, Reden und Gerede des Adolf Tegtmeier". Im selben und im darauffolgenden Jahr bekommt er für die ersten beiden Folgen der „Stegreifgeschichten" die „Goldene Schallplatte". Weitere Schallplatten folgen, mit Texten, aber auch mit Gesang. So nimmt Tegtmeier, der sich nach dem Kriege nicht nur in der Schauspielkunst, sondern auch in der des Gesanges hatte ausbilden lassen, 1977/78 auch die beiden Platten „Bottroper Bier" und „Dat bisken Frühschicht" auf, in denen er bekannte Schlager jener Jahre mit variierten Texten interpretiert. Sieben Jahre, von 1972 bis 1979, läuft die Reihe „Tegtmeiers Reisen" im Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) mit Quoten von bis zu über 50 Prozent. Es folgen „Tegtmeier klärt auf" und „Tegtmeiers Trost". Neben der Vermarktung der von ihm 1962 präsentierten Kunst- und auch Kultfigur setzte Manger seine bisherige vielfältige Arbeit fort.

1985 allerdings setzte ein schwerer Schlaganfall, der ihn nicht nur halbseitig lähmte, sondern auch sein Sprachzentrum beeinträchtigte, seinem weiteren Schaffen sehr enge Grenzen. Weitere Ehrungen blieben jedoch nicht aus. 1987 erhielt er das Große Verdienstkreuz des Bundesverdienstordens und 1990 den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen. Bis heute erinnert ein vom ZDF gestifteter Stern auf dem „Walk of Fame des Kabaretts" in Mainz an den Komiker, den manche mit Karl Valentin, andere mit Heinz Erhard vergleichen. Nach zahlreichen Klinikaufenthalten starb Jürgen von Manger am 15. März 1994 in seiner Wahlheimat Herne.

M.R.

Meister der Schulkarten

Generationen von Deutschen haben als Schüler mit dem Diercke-Schulatlas gearbeitet. Das Standardwerk verdankt seinen Namen Carl Diercke. Der am 15. September 1842 in Kyritz, Landkreis Ostprignitz geborene Preuße wurde wie sein Stiefvater Lehrer, wobei die Geografie sein Lieblingsfach war. Bis 1875 hatte er es bis zum Direktor des königlichen Lehrerseminars für Volksschullehrer in Stade gebracht. Dort begann er mit der Erarbeitung kindgerechterer Karten. 1875 gewann er den Verleger Georg Westermann für den Druck eines entsprechenden Schulatlasses. 1883 erschien der „Schul-Atlas über alle Teile der Erde". Seitdem ist das Kartenwerk immer wieder aufgelegt worden. Diercke selber war ab 1893 bis zu seinem Tod Herausgeber des gesamten Atlanten- und Kartenprogramms des Westermann-Verlages, darunter auch der ersten Diercke-Wandkarten Brandenburg und Palästina, die 1903 entstanden. Gelobt wird an Dierckes Kartenmaterial die Betonung der physischen Verhältnisse der Oberfläche sowie die Standardisierung der Maßstäbe der Karten und deren zurückhaltende Beschriftung in standardisierter Schrift. Carl Diercke starb am 7. März 1913 in Berlin-Wilmersdorf.



M.R.

Bewährte konservative Stimme

Zu: „„An das erlittene Unrecht erinnern““ (Nr. 7)

„Wenn man Silber besitzt und es nicht putzt, läuft es an und sieht aus, als sei es von gestern“, sagte Erika Steinbach einmal. Nun, von gestern ist die 69-Jährige noch lange nicht. Im Januar wurde sie erneut für ihren Wahlkreis 183 Frankfurt am Main II als Direktkandidatin zur Bundestagswahl im Herbst aufgestellt.

Seit 1990 ist die BdV-Präsidentin im Deutschen Bundestag für die CDU tätig und es scheint fast als eine der letzten Konservativen in der Partei. Dabei sind ihre Ansichten durchaus modern, wenn sie Europäische Bankenaufsicht fordert und unumwunden ausspricht, dass es für kriselnde Euroländer Solidarität nur gegen Solidität geben darf. Der Glättung von Kinderbüchern in Richtung „political correctness“ tritt sie energisch entgegen und verlangt die Einhaltung der Autorenrechte.

Das wichtigste Thema scheint allerdings ihr Engagement für die Einhaltung der Menschenrechte zu sein. Hier darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Die Vertreibung der Deutschen mit den entsetzlichen Begleiterscheinungen war eine Menschenrechtsverletzung der übelsten Art. Das überaus wichtige Projekt „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, welches zwar auf den Weg gebracht worden ist, wird nach wie vor massiv von der Opposition behindert.

Das Engagement der Bundeskanzlerin Angela Merkel und des Bundespräsidenten Joachim Gauck für die Vertriebenen hält sich in Grenzen. Insbesondere letzterer hat sich bereits geschmeidig an den Zeitgeist angepasst, dass es nur traurig ist, wenn dieser selbst ernannte Redner der Freiheit beim Neujahrsempfang des Bundespräsidenten allen Zuwanderern sein Willkommen ausspricht und nur die Vertriebenen dabei vergessen hat. Dazu will er sich erst später äußern, wahrscheinlich wenn er in Pension gegangen ist.

So wird es von Vorteil sein, wenn es hoffentlich mit Erika Steinbach eine der wenigen Stimmen im neu zu wählenden Bundestag geben wird, die eine bewährte konservative Position vertreten. Ob das Zentrum für Flucht, Vertreibung, Versöhnung nun wirklich in der kommenden Legislaturperiode kommen wird, hängt auch vom Ausgang der Bundestagswahl ab. Rot-Grün wird das Projekt kaum forcieren und der Bundespräsident ist ein Meister der freiheitlichen Anpassung und des geschmeidigen Wortes und wird sich einer eigenen Meinung tunlichst enthalten.

So war es halt ein altes Mütterchen mit Silber im Haar, welches bei einem Weihnachtseinkauf in Frankfurt Erika Steinbach mit den Worten umarmte: „Danke für alles, was sie für uns aushalten.“

Hans-Joachim Nehring, Neubrandenburg

Schwere Zeiten

Zu: „Abstimmung mit den Füßen“ (Nr. 6)

Es scheint in Russland schlimmer als in Deutschland zu sein, aber wie lange noch? Meinungsfreiheit? Ja, aber nur, wenn man den linken Mainstream bedient und vielleicht den Papst oder Brüderle beschimpft. Der „Kampf gegen Rechts“ nimmt eifrig Fahrt auf, man beachte den Vorstoß der EU für „Meinungsvielfalt“ der Presse und des Internets.

Demonstrationsrecht? Auch nur für links, alles andere wird verhindert. Schon werden Preise verteilt an Menschen, die die sogenannten Rechten nicht bewirten, und in München gab es gerade ein richtungsweisendes Urteil gegen eine Rentnerin, die die türkische Einwanderung kritisierte.

Schutz des Eigentums? Schon lange nicht mehr, die Verzinsung unter Inflationsrate vermindert bereits Erspartes. Bei der Verschuldung Deutschlands bleibt in Kürze nur noch der staatliche Griff ins Privatvermögen der Bürger. Exorbitante Steuererhöhungen, wie von SPD und Grünen gefordert, werden mit Sicherheit verwirklicht, auch Zwangshypotheken, Verbot von Goldbesitz und Ähnliches werden kommen.

Dafür kommen auf die Deutschen ohne Migrationshintergrund schwere Gender-Zeiten zu. Toll! Wir entlassen unsere Kinder in die Hoffnungslosigkeit.

Maria-Anna Konietzko, Bad Homburg

Gegeneinander ausgespielt

Zu: „Teile und Herrsche“ (Nr. 5)

Vor einigen Jahren wusste der amerikanische Präsidentschaftsbewerber Al Gore, noch nicht, was grüne Politik bedeutet. Irgendwann hatte er es begriffen und stellte sich unter anderem flugs an die Spitze der Bewegung alternativer Motorantriebe. Die Staaten rund um den Globus bezahlten den Bauern viel Geld für den Anbau von „Biokraftstoffen“.

In jedem Fall wurde dadurch den landwirtschaftlich nutzbaren Flächen die Grundlage für den Anbau von Nahrungsmittel entzogen. Das ließ die Preise zum Beispiel für Getreide überdurchschnittlich steigen. Die Finanzspekulation tat ein Übriges. Aber ohne diese wettbewerbswidrigen Anbauprämien hätte den Finanzmärkten das Signal gefehlt.

Nun sehen wir nicht, dass die reichen Ölländer oder Europäer gegen zu hohe Nahrungsmittelpreise demonstriert haben. Es waren genau die Habenichtse wie Tunesien, Ägypten oder Syrien. Libyen ist ein Sonderfall. Hier hatte der Westen noch eine alte Rechnung mit Gaddafi offen. In diesen Ländern hat der arme Bevölkerungsteil mindestens einmal einen wohlhabenden Touristen gesehen. Jetzt musste man diesen Leuten per Internet und Handy erzählt (Stichwort: Twitterrevolution) nur noch weismachen, es werde allen bald auch so gehen wie den Touristen, wenn das jeweilige Regime beseitigt sei.

Aber wozu das alles? Der US-Politikberater Zbigniew Brzezinski hat nach dem Zerbrechen der Sowjetunion in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ den kaum verhüllten Wunsch geäußert, China und Russland mögen in einem großen Krieg gegeneinander als potenzielle Nachfolger der Weltmacht USA ausscheiden. Helmut Schmidt schrieb damals: „Man müsse dieses Buch leider ernst nehmen.“ Auch der Raketenabwehrschirm der USA in Zentraleuropa zielt aus technischen Gründen nicht gegen den Iran, sondern nur gegen Russland, auch nicht gegen China.

Und der „arabische Winter“? Man lese gelegentlich die russische Sichtweise in deutscher Sprache im Internet. Da wird ein hoher islamischer Geistlicher zitiert mit der Behauptung, der Hauptfeind des Islam sei heute Russland. Eine alberne Phobie der Russen?

Hat er es nun gesagt oder nicht? Man möge es herausfinden. Die angeblichen Erdöl- und Erdgasreserven der USA müssen erst noch nachgewiesen werden. Auf jeden Fall wären diese Stoffe weit teurer als die aus Saudi-Arabien oder Russland. In gewisser Weise nutzt sogar der „arabische Winter“ dem russischen Erdgasexport. So hat China letztes Jahr ein russisches Preisangebot nach langer Verhandlung ausgeschlagen. Das sollten die Chinesen vielleicht nochmal überdenken.

Jürgen Kunz, Buchen

Einsparung ist Ziel

Zu: „Ideologie auf Kosten der Kleinen“ (Nr. 6)

Niemand sollte sich von den schönen Worten täuschen lassen. Es geht doch nicht um das Wohl der Kinder, sondern um die Einsparungen im Schulsystem, weniger Lehrer, weniger Gehälter und Pensionen. Das ist das einzige Ziel das mit dieser „Reform“ verfolgt wird.

Gertraud Saito, Berlin

Wo ist Schmidt?

Zu: „Lesespaß mit Hitler“ (Nr. 7)

Das Buch ist stellenweise so herrlich boshaft, dass man meint, Hans Heckel hätte an seiner Verfassung mitgearbeitet. Jede politische Partei und jede politische Persönlichkeit von Belang wird durch den Kakao gezogen. Autor Timur Vermes macht selbst vor Altkanzler Helmut Schmidt nicht halt, der 1977 „erwartungsgemäß“ den früheren SS-Mann Hanns Martin Schleyer über die Klinge hätte springen lassen.

Wird Merkel als „Kanzlermatrone“ tituliert, meint der „Führer“-Erzähler zu Schmidt, dass dieser Kettenraucher als allwissendes Orakel in seinem Rollstuhl durch die Weltgeschichte geschoben würde, dieser „rollende Schwelbrand“. Übrigens: In der Hörbuchfassung ist die „Beleidigung“ Schmidts nicht enthalten, was durchaus ein bezeichnendes Bild auf die Redaktion desselben wirft.

Gernot Schmidt, Wilnsdorf

Doppelte Staatsbürgerschaft geht auf Kosten deutscher Tugenden

Zu: „Entwertung des Deutschseins (Nr. 7)

Es gibt keinen Staat in der Welt, wo Migranten (vor allem Türken) der deutsche Pass förmlich hinterher getragen wird. In Staaten wie den USA, Kanada oder Australien muss man sich den Pass des jeweiligen Staates verdienen. In Deutschland, von den Linken gewollt, erhält jeder einen deutschen Pass, sobald er des aufrechten Ganges mächtig ist.

Ein Großteil der Bevölkerung und vor allem die Politik, allen voran die Grünen und Teile der SPD, tragen das Gen der Selbstvernichtung in sich. Es gibt nur einen Grund, warum derart viele Türken in Deutschland hereingelassen werden: Deutsche Tugenden, deutsches Wesen und Intellekt sollen vernichtet werden.

Genau das ist das Ziel des linken politischen Spektrums, allen voran die Vernichter Deutschlands, die Grünen. Dem deutschen Volk ist nicht mehr zu helfen, egal welches Verbrechen der deutschen Nation angelastet wird, man nimmt es als Wahrheit zur Kenntnis, ohne den Wahrheitsgehalt zu hinterfragen.

In diesem Zusammenhang trifft ein Ausspruch Napoleons auf das Wesen der Deutschen sehr gut zu: „Es gibt kein gutmütigeres, aber auch kein leichtgläubigeres Volk als das deutsche. Keine Lüge kann grob genug ersonnen werden, die Deutschen glauben sie. Um eine Parole, die man ihnen gab, verfolgen sie ihre eigenen Landsleute mit größerer Erbitterung als ihre wirklichen Feinde.“



Bild: Thomas Lohnes/dapd

Dient ein bestandener Einbürgerungstest als Beweis der Integrationswilligkeit von Migranten? Oder will man mit der deutschen Staatsbürgerschaft bloß vom Sozialstaat profitieren?

Mit immer mehr Türken und Bürgern anderer islamischer Staaten, welche nach Deutschland kommen, wird der Islam zur weiteren Vernichtung der deutschen Kultur beitragen. Es gibt in der Welt zirka. 1,6 Milliarden Muslime. Diese Religion kann in keinem Bereich eine substanzielle Errungenschaft vorweisen. Weder im politischen Bereich noch in gesellschaftlicher Hinsicht, weder in Naturwissenschaften noch in der Kunst oder Literatur. Alles, was sie mit großer Hingabe tun, ist beten, beten und fasten.

Es gibt keinerlei Bemühungen, die Lebensbedingungen innerhalb islamischer Gesellschaften zu verbessern. Diese Worte sagte Pervez Hoodbhoy, ein pakistanischer Nuklearphysiker der Quaid-e-Azam Universität in Islamabad. Eine Kulturnation wie Deutschland wird vom Islam und von Armutseinwanderung überrollt und untergehen.

Der Grundstein dafür ist schon gelegt. In zirka 30 Jahren wird es kein Deutschland mehr geben, diese Meinung vertritt auch der Publizist Peter Scholl-Latour. In Hamburg werden christliche Gotteshäuser wegen leerer Kassen an Türken verkauft und eine Kirche in diesem Zusammenhang als Moschee umgewandelt. In einer Stadt in NRW wird von einem Minarett der Moschee schon lautstark für Allahs Thesen geworben. Soweit sind wir heute in Deutschland schon. Die verantwortlichen Kommunalpolitiker müssen nicht ganz bei Sinnen sein, dieses zu genehmigen.

Es ist nicht nachvollziehbar und strikt abzulehnen, wenn Türken und andere Nationalitäten zwei oder mehrere Staatsbürgerschaften besitzen. Werden selbige in Deutschland kriminell und von den Behörden verfolgt, verschwindet man einfach in einen Staat, dessen Pass man besitzt. Eine derartige politische Zwitterstellung kann und darf es nicht geben. Wenn der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel dies aus wahltaktischen Gründen befürwortet, dann stellt er damit unter Beweis, wessen Geistes Kind er ist. In diesem Zusammenhang erhofft man sich die Stimmen dieser Klientel bei der kommenden Bundestagswahl. Wahltaktisch nachvollziehbar als Vorsitzender einer deutschen Partei ist, dies ein Verbrechen an der eigenen Nation.

In der „FAZ“ vom 15. Februar wird die Armutseinwanderung beklagt. Dies sei eine gravierende Fehlentwicklung und koste den Steuerzahler Milliarden. Kein Geld für Schulen, Forschung und Kindergärten. Teilweise sehen bundesdeutsche Straßen katastrophal aus, weil keine Gelder zur Instandsetzung vorhanden sind. Diese Selbstvernichtung haben wir der Politik zu verdanken. Ein Skandal und einmalig in der deutschen Geschichte!

Die Linken und Teile der SPD würden ihre eigene Mutter verraten, nur um an die Macht zu kommen. Deutschland braucht dringend eine neue Parteienlandschaft. Die etablierten Parteien haben alle versagt und handeln nicht im deutschen Interesse. Deswegen, ein klares Nein zu mehreren Staatsbürgerschaften.

Wolfgang Rohde, Sigmaringen

Später verschleppt

Zu: „Für Versöhnung“ (Nr. 4)

In dem Artikel schreiben Sie: „nach ihrer Verschleppung im Herbst 1944 …“ Diese Zeitangabe ist leider falsch. Verschleppungen fanden erst nach der Eroberung Ostpreußens statt, die Mitte Januar 1945 einsetzte. Hildegard Rauschenbach war auf der Flucht mit ihren Eltern bis Karthaus gekommen, das die Sowjetarmee am 7. März 1945 erreichte. Zwei Wochen später wurde das junge Mädchen nach Sibirien abtransportiert.

Christine Pieske, Berlin

Bitte anstrengen!

Zu: „Schlussstrich unter Preußen?“ (Nr. 49)

Man möge sich die Bauten in Minden anschauen, die Perspektiven am Simeonsplatz und weitere preußisch anmutende Stellen. Der erste Stadtkommandant, der ein Page Friedrich II. war, ein Oberst von Rango, liegt begraben auf dem alten Friedhof. Von der Friedrichstraße aus kann man das Grab sehen. Zu erwähnen ist, dass der alte Fritz dreimal seine Mindener Bürger aufsuchte und lobte.

Täglich werden wir an Preußen erinnert, denn an der Weserbrükke steht ein Vorfahr des alten Fritz. Das alles muss doch unsere Stadtväter anspornen, die wenigen Millionen für den Erhalt des Mindener Preußen-Museums zu beschaffen, denn andererseits werden Milliarden der europäischen Idee geopfert, die dann in den Institutionen versanden.

Aus diesem Grunde: Das Museum in Minden muss bleiben, das sollte es wert sein, sich anzustrengen.

Fred Wilhelm Hollstein, Minden

Meinungsfreiheit steckt in einer Zwangsjacke

Zu: „Jungbündnis marschiert!“ und „Ich entschuldige mich!“ (Nr. 7)

Leider missachtet die politische meinungsbildende Elite der BRD Voltaires Ausspruch „Ich mag verdammen, was Du sagst, aber ich werde mein Leben dafür einsetzen, dass Du es sagen darfst“. Der Verleger Nicolai äußerte sich Herder gegenüber ähnlich: „Aber die Freiheit über alles, was mir nicht gefällt, freimütig meine Meinung zu sagen, ist ein Vorrecht eines jeden vernünftigen Menschen, dem ich nicht entsagen will.“

Leider ist die im Grundgesetz garantierte Meinungsfreiheit von beiden Grundsätzen meilenweit entfernt und zu einer Meinungszwangsjacke mutiert. Dem italienischen Autor Ignazio Silone, ideologischer Parteigänger Trotzkis und Bucharins, wird der Ausspruch zugeschrieben: „Der neue Faschismus wird nicht sagen: ‚Ich bin der neue Faschismus‘. Er wird sagen: ‚Ich bin der Antifaschismus.‘“

Unabhängig davon, ob Silone tatsächlich diesen Ausspruch geprägt hat oder nicht, ändert das nichts an dessen Wahrheitsgehalt, wie man täglich in der angeblich überparteilichen Presse lesen und den Nachrichtensendungen hören kann.

Gebhard Knull, Buxtehude

Spanien saugt Hochtief aus

Zu: „Die verborgenen Brüder des BER“ (Nr. 7)

Interessant, dass der Baukonzern Hochtief immer den Zuschlag erhält. Dem „besten und preiswertesten Anbieter“ laufen oft die Kosten aus dem Ruder, die natürlich bezahlt werden müssen. Bekanntlich gehört Hochtief jetzt den Spaniern, die so gut wie pleite sind und Hochtief mit Krediten spanischer Banken gekauft haben, um sich gesundzustoßen. Die spanisches Banken haben das Geld wiederum über die EZB vom deutschen Steuerzahler erhalten.

Wir „retten“ also spanische Pleitebanken, die dann spanische Pleitefirmen „retten“. Und diese kaufen mit dem Geld mittels „feindlicher Übernahme“ gesunde deutsche Firmen, um diese auszusaugen und später zu zerschlagen.

Lothar Liedtke, Lima/Peru

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt



Nr. 9 – 2. März 2013

MELDUNGEN

»Vernachlässigtes Erbe«

Tilsit – Romanas Borisowas, ein aus Litauen stammender Maler, weilte zur Vernissage seiner Ausstellung „Vernachlässigtes Erbe" in den Räumlichkeiten des Stadtgeschichtlichen Museums und präsentierte mit seinen Zeichnungen die Architektur des alten Ostpreußen oder vielmehr das, was davon geblieben ist. Die einstige Schönheit der preußischen Burgen, Schlösser, Kirchen und Gutshäuser lässt sich in seinen Werken erahnen und wird durch das Prisma des Künstlers sichtbar gemacht. Nach seinen Worten sind diese Bauten wie Märtyrer, wie Vermittler westlicher kultureller Werte, die dem kräftigen Stoß der kämpfenden Ideologie standgehalten haben. Doch diese Zeugen längst vergangener Leben, die jahrhundertelang als Beispiele für den ganzen osteuropäischen Raum dienten, drohten zu verschwinden. Bald werde alles vergessen sein. Es vergehe einfach so, weil niemand da sei, der diesem Lauf der Dinge Einhalt gewähre, mahnte Romanas Borisowas. Die Ausstellung ist bis Ende dieses Monats geöffnet. *H.Dz.*

Vertrag über Schiedsgericht

Königsberg – In einer feierlichen Sitzung bei der Industrie- und Handelskammer Königsberg (KTPP) ist eine Zusammenarbeit zwischen deren Arbitragegericht und dem „Arbitragegericht West-Pommern" aus Stettin vertraglich vereinbart worden. Des Weiteren haben die russischen Gastgeber und ihre polnischen Gäste die Sieger des „ersten Regionalwettbewerbs für Energiewirtschaft und -effizienz" gekürt und „eine Reihe organisatorischer Fragen beredet", wie es in einer offiziellen Verlautbarung heißt. Die Industrie- und Handelskammer Königsberg umfasst derzeit 347 kleine, mittlere und Großbetriebe sowie „Organisationen des Business". Sie versteht sich als Dienstleistungszentrum. Dabei leisten ihre Arbitragegerichte, die anstehende Konflikte per außergerichtlicher Verständigung zu klären versuchen, wertvolle Dienste, bemühen sie sich doch um Rechtssicherheit als die Basis eines günstigen Investitionsklimas. Im jüngsten Vertrag haben sich nun die Königsberger und ihre polnischen Gäste zur „Popularisierung alternativer Lösungen zur Konfliktbewältigung" verpflichtet. Im Falle von handelsrechtlichen Meinungsverschiedenheiten sollen nun zwei Ombudsmänner, nämlich je ein Interessensvertreter beider Seiten mit vierjährigem Mandat, schlichten. Schon vor zwei Jahren hatte die KTPP Abkommen mit Wirtschaftskammern von sechs polnischen Woiwodschaften geschlossen, aber diesmal ging es erstmals gezielt um die Gerichte, denn bei allen partnerschaftlichen Beziehungen sind Wirtschaftskonflikte nicht immer zu vermeiden. *W.O.*

Anknüpfen an deutsche Traditionen

Königsberg ließ das »Fest der langen Wurst« wieder aufleben – mit Vorträgen und Ritterspielen

Die Menschen im Königsberger Gebiet befinden sich auf der Suche nach einer eigenen historischen Identität. Im Zuge ihrer Forschungen stoßen sie auf deutsche Geschichte und Traditionen, an die sie gerne anknüpfen. So auch im Falle der auf eine deutsche Tradition zurückgehenden Feier der langen Wurst.

In Königsberg will man an die reiche historische Vergangenheit der Stadt erinnern und greift auf Feste und Traditionen der Deutschen zurück. Zu diesen gehört auch das Fest der „langen Wurst".

Die Tradition reicht zurück bis ins 16. Jahrhundert. 1520 hatten Königsberger Fleischer erstmals zum neuen Jahr eine 20 Meter lange Wurst hergestellt, die sie anschließend in einer Prozession durch die Stadt trugen. Mit jedem Jahr wurde die Wurst länger. Eine Tradition hatte ihren Anfang genommen. Zum Tragen der Wurst waren einige Dutzend kräftige Männer vonnöten. Begleitet wurden sie von Fahnenträgern, Musikanten und zahlreichen Schaulustigen. Die Prozession begann bei einer Fleischerei, bewegte sich dann in Richtung Schloss, wo der Herzog und seine Gefolgschaft den ersten Wurstabschnitt erhielten. Danach wurde die Wurst durch die alten Stadtteile Altstadt, Kneiphof und Löbenicht getragen, wo sie auf dem Weg weiter an Länge verlor, weil die Bürgermeister und Priester ihren Anteil erhielten. Die Prozession endete in Löbenicht, wo die Fleischer gemeinsam mit den Bürgern ein Festmahl veranstalteten und den Rest der Wurst aufaßen.

1601 gab es zum ersten Mal eine Wurst in Rekordlänge von über 400 Metern. An ihrer Herstellung hatten drei Meister und Dutzende Gesellen gearbeitet, die Schinken von über 80 Schweinen und einige Kilogramm Pfeffer verarbeitet hatten.

Die Wurst von heute kann diesen Rekord zwar halten, doch wird sie nicht mehr durch die Stadt getragen. Das wäre bei der heutigen angespannten Verkehrssituation zu kompliziert. Dafür hat das Fest der Wurst in diesem Jahr mit dem Königstor einem würdigen Veranstaltungsort erhalten. Organisiert wurde es von den Mitarbeitern des Ozeanmuseums sowie örtlichen Fleisch- und Wurstfabrikanten.

Es ist nicht der erste Versuch des Ozeanmuseums, die Tradition der langen Wurst zu erneuern. Erstmals wurde anlässlich der internationalen Ausstellung „Agrokomplex 2007" eine lange Wurst hergestellt. Quasi zur Probe wurde den Königsbergern damals eine Wurst mit einer Länge von 390 Metern nach altem Rezept vorgestellt.



In Festtagslaune: Stolz präsentieren die beteiligten Fleischer ihr Meisterwerk

Bild: J.T.

Das diesjährige Wurstfest wurde von Theaterdarbietungen, Ritterspielen und Musikerauftritten umrahmt. Nach einem zweistündigen Programm gab es das lang erwartete Naschwerk: frisch gebratene und köstlich duftende Würstchen. Die Fleischermeister versorgten die Anwesenden um das Königstor damit. Insgesamt wanderten 170 Kilogramm Wurst in die Mägen der zufriedenen Besucher.

Für die Herstellung einer derart langen Wurst benötigen die Fleischer lediglich 40 Minuten Vorbereitungszeit inklusive Zerschneiden des Fleisches, Zerkleinern im Fleischwolf und Würzen. Die Fleischmasse muss nur noch in Schweinedärme gefüllt, im Kessel gekocht und anschließend gebraten werden. Das Rezept für die Herstellung fanden die Metzger in einem deutschen Museum. Die Königsberger Wurst fand großen Gefallen bei den heutigen Stadtbewohnern.

Jurij Tschernyschew

Er leuchtete den Franzosen heim

Pillaus Wahrzeichen gilt auch heute noch als Orientierungspunkt für Kriegsschiffe

Vor 200 Jahren wurde im Pillauer Leuchtturm zum ersten Mal das Feuer entfacht. Einer Legende nach geschah das genau an dem frostigen Februartag, als Napoleons Armee die Stadt verließ. Auf der Flucht vor den Russen habe der Leuchtturm den Soldaten den Weg über das Haff gewiesen. Es gibt jedoch auch eine andere Version. Mit dem Bau des Leuchtturms wurde zwar 1813 begonnen, aber erst drei Jahre später ging er in Betrieb. Wenn man das berücksichtigt, hat er eigentlich sogar zwei Jubiläen.

Während des Kriegs hat der Leuchtturm nur wenig gelitten. Schon im Herbst 1945 wurde er repariert und ging wieder in Betrieb.

Ursprünglich wurde für das Leuchtfeuer Pflanzenöl verwendet. Ab 1870 verwendete man Kerosin, das später durch Gas ersetzt wurde. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts wurden elektrische Lampen mit Linsen genutzt. Diese Technologie findet bis heute Anwendung. Um sich mit der Technik der Leuchtturmlampen vertraut zu machen, kann man die 126 Stufen über eine Wendeltreppe nach oben steigen, wo sich das vom hellen Licht aufgeheizte Lampenzimmer befindet.



Bild: Tschernyschew

Neben Peter dem Großen: Pillaus Leuchtturm

Die Städter ehren ihre Sehenswürdigkeit. Die Silhouette des heute westlichsten Leuchtturms der Russischen Föderation und die Figur Peters des Großen zu seinen Füßen auf der rechten Seite gelten als Symbole des modernen Pillau, genauso wie die Reiterfigur Zarin Elisabeths, die am Strand von Pillau steht.

Auch heutzutage ist das Leuchtfeuer in 16 Seemeilen Entfernung zu sehen. Trotz des Einsatzes neuer Technologien und der überall üblichen Anwendung von Satellitennavigationssystemen hat der Leuchtturm seine praktische Bedeutung nicht verloren. Vor allem nachts nutzen zivile und militärische Schiffe ihn als Orientierungshilfe. Das Leuchtturmfeuer ist für alle Schiffe, die vom offenen Meer über den Königsberger Seekanal in die Pregelmetropole kommen, ein wichtiger Orientierungspunkt. Auch für Navigationsgeräte der Baltischen Flotte und des Hydrographischen Dienstes ist der Leuchtturm von Bedeutung.

> Lampenzimmer ist über 126 Stufen zu erreichen

Für das Funktionieren des Leuchtturms rund um die Uhr sorgen sechs Mitarbeiter. Im Museum der Baltischen Flotte gibt es eine Sammlung von Fotos und Dokumenten über den Leuchtturm und die Menschen, die in ihm gearbeitet haben.

Jurij Tschernyschew

Russen kaufen in Polen ein

Mit der Einführung des kleinen Grenzverkehrs hat an der innerostpreußischen Grenze ein regelrechter Einkaufstourismus eingesetzt. Menschen aus dem Königsberger Gebiet reisen ins benachbarte südliche Ostpreußen, um sich dort mit preiswerten Lebensmitteln, Kleidung und Elektronik einzudecken. Weil sich ihre Zahl ständig erhöht, will die Stadt Braunsberg einen neuen Supermarkt bauen. „Es vergeht kein Tag, an dem nicht Russen in unsere Supermärkte strömen, um sich mit Elektronik und Lebensmitteln einzudecken", sagte Braunbergs Bürgermeister Henryk Mrosinsky. Nach einer Umfrage unter den russischen Käufern kam man zu dem Schluss, ein neues Einkaufsparadies von 1800 Quadratmetern Größe zu bauen. Doch wie so oft ist des einen Freud des anderen Leid. Russische Grenzbeamte kontrollieren die Einkaufstouristen scharf. Allein in diesem Jahr wurden bereits 46 Zuwiderhandlungen, bei denen mehr importiert wurde als erlaubt, geahndet. Auf polnischer Seite geht man lockerer damit um. Schließlich profitiert die Region davon, wenn Russen möglichst viel kaufen. *MRK*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

die Zeit heilt nicht immer alte Wunden, manche reißen immer wieder auf, nach Jahren, nach Jahrzehnten, nach einem halben Jahrhundert. Auch bei der Frau, die als **Waltraut Ketturkat** vor nunmehr 84 Jahren in der Elchniederung geboren wurde, sind sie nicht vernarbt, immer noch quält sie die Frage, warum sie und ihre Geschwister nicht bei ihren Eltern aufwachsen durften, sondern schon früh in Kinderheime kamen und später adoptiert wurden. Es gibt wohl noch Verwandte, die vielleicht etwas über die Familiengeschichte wissen, aber sie hüllen sich in Schweigen. Das hat das Ehepaar **Gudrun** und **Gerd Fischer** aus Bischofswerda veranlasst, sich dieser Schicksalsfrage anzunehmen und sie an uns weiterzuleiten. Herr Fischer bearbeitet für die Kreisgemeinschaft Ortelsburg die Seelenlisten und ist dadurch mit Frau Waltraut, die heute einen anderen Nachnamen trägt, bekannt geworden. Ihr Schicksal hat ihn so bewegt, dass er alle Möglichkeiten nutzen will, um ihr Informationen über ihre Familie zu beschaffen. Und ein – hoffnungsvoller – Weg führt eben über uns. Aus den gut aufgelisteten, informativen Angaben, die Herr Fischer uns übersandt hat, ist ersichtlich, wie intensiv er und seine Frau sich bereits mit dieser Angelegenheit beschäftigt haben, und das erleichtert uns die Weitergabe an unsere Leserinnen und Leser mit der Bitte um Mithilfe. Waltraut Ketturkat wurde am 14. Februar 1929 als Tochter des Bahnbeamten **Heinrich Ketturkat**, *1902 in Ragnit, und seiner Ehefrau **Wilhelmine Skrebat** (**Skrebbat**) in Groß Brittanien, Kreis Elchniederung geboren. Sie hatte noch zwei Geschwister: **Eva**, *um 1927, und **Bruno**, *2. Dezember 1931. Großvater **Ferdinand Ketturkat** war Bahnbeamter. Er und seine Frau **Friederike** geborene **Gurszdat** hatten insgesamt zehn Kinder, Heinrich hatte also viele Geschwister. Von seiner Frau Wilhelmine ist bekannt, dass sie einen Bruder **Franz** und noch mindestens eine Schwester hatte. Im Jahr 1933 wurden alle drei Kinder des Ehepaares in Heime gegeben. Bruno kam in ein Waisenhaus nach Rastenburg, das in der Nähe des Bahnhofs lag, wie Waltraut sich erinnern will. Er soll nach einem kurzen Aufenthalt in einer Familie in ein anderes Heim in Rastenburg gekommen sein, das vermutlich schwer erziehbare Kinder aufnahm. Die Mädchen fanden zuerst in einem Kinderheim in Königsberg Aufnahme, wurden dann in Fürstenwalde und später in Schützendorf, Kreis Ortelsburg getrennt in Pflegefamilien untergebracht. Eva wurde von der Familie **Posdziech**, Waltraut von der Familie **Nikutta** aufgenommen. Sie wurde erst als Vierjährige in Fürstenwalde getauft. Aus Schützendorf stammt auch die Mutter von Herrn Fischer, deshalb steht er mit ehemaligen Bewohnern in Verbindung, die Waltraut Ketturkat kennen, aber nichts über deren Kindheit in der Elchniederung wissen. „Wir vermuten, dass die Auflösung der Familie irgendwie in Zusammenhang mit Hitlers Machtergreifung stehen könnte“, schreibt Herr Fischer. Von Heinrich Ketturkat ist bekannt, dass er 1939 in der Schwedenstraße 25 in Tilsit gewohnt hat. Auch Großvater Ferdinand lebte bis zu seinem Tod 1944 in Tilsit, Niederunger Straße 10. Von ihrer leiblichen Mutter hat Waltraut nie etwas gehört. Warum gab das Ehepaar seine drei Kinder fort – oder wurden sie ihnen weggenommen? Das ist die Frage, die Waltraut zeit ihres langen Lebens beschäftigt hat. Ihre ältere Schwester kann sie nicht befragen, Eva verstarb 1952 in Nareythen. Von Bruno fehlt jede Spur. Deshalb die Frage, was mit den Kindern aus den Rastenburger Heimen geschah: Wurden sie vor Kriegsende evakuiert und wohin? Überlebte der Vater Heinrich Ketturkat den Krieg? Wenn sich nur einige Fragen klären ließen und damit ihre frühe Kindheit etwas erhellt würde, wäre Frau Waltraut schon geholfen. Auch dem Ehepaar Fischer wäre zu wünschen, dass ihre Suchhilfe endlich Erfolg hätte. (Gerd Fischer, Maximilian-Kolbe-Straße 6 in 01877 Bischofswerda, Telefon 03594/703855, E-Mail: gudfisch@gmx.de)

Bild. privat

Ein ganzes Leben ohne Kummer,
Wünscht Ihnen
Antonie Sommer
Und lauter Freud und Sonnenschein,
Von Kohnert Klempert Licht Leßheim
Ein trautes Heim und im Leben Glück,
wünschen Dir Familie Jacoby u. Rück
Und nun zum Schluß kommen wir darunter,
Und wünschen daß Sie froh und munter,
Und mit ein wenig Interesse
Gedenken der
Familie Hesse!

Das Abschiedsgedicht von Baracke 7 für Gustav Kalwa

Manchmal genügt nur ein kleiner Anstoß, um vergessen geglaubte Familiengeschichte wieder lebendig werden zu lassen, der dann zu intensiven Nachforschungen führt, die Unerwartetes an den Tag bringen. So erging es Frau **Ingeborg Karpati** aus Köln, die sich mit dem Schicksal ihrer Eltern befassen musste, als ihre Tochter sie bat, die eigene Lebensgeschichte aufzuschreiben. Bisher hatte Frau Karpati die Vergangenheit ihrer Eltern wenig interessiert, zumal die inzwischen Verstorbenen über viele Vorgänge, die vor allem die Flucht betrafen, geschwiegen hatten. Das damals jung verheiratete Ehepaar **Meta** und **Gustav Kalwa** stammte aus Allenstein und floh zusammen mit Metas Mutter **Frieda Stryjewski** aus der Heimat – wann und wie ist nicht bekannt, denn die erste nachweisbare Spur führt nach Wismar. Dorthin hatten sich Anfang Mai 1945 viele Menschen aus den Ostgebieten geflüchtet in der Hoffnung, den russischen Truppen zu entgehen. Tatsächlich hatte ein kanadischer Trupp die Stadt, die sich kampflos ergab, besetzt und stieß nun auf die von Osten kommenden ersten Russen. In diesem Chaos gelang es etwa 300 Flüchtlingen, an Bord des Dampfers „Pallas“, einem Rhein-Küstenschiff der Reederei Neptun, Bremen, zu gelangen, das Verwundete und Vertriebene nach Dänemark bringen sollte. Das Schiff nahm am 3. Mai Kurs auf die Insel Langeland, aber ehe es die Küste erreichte, wurde es im Langeland Belt von der britischen Luftwaffe bombardiert. Die „Pallas“ ging unter und mit ihr ein Teil der Flüchtlinge und Verwundeten. Ingeborgs Eltern und ihre Großmutter überlebten! Über dieses dramatische Ereignis hatten die Eltern kaum etwas berichtet. Meta Kalwa hatte nur einmal ihrer Tochter erzählt, dass sie sich als junge Ehefrau an Bord eines sinkenden Schiffes befunden habe – und sie konnte doch nicht schwimmen! Aber was sich genau hinter diesem Vorgang verbarg, setzte Ingeborg Karpati erst im Alter von 63 Jahren Teil für Teil zusammen. Denn nun wollte sie – auch im Interesse ihrer eigenen Tochter – mehr über die Fluchtgeschichte ihrer Eltern wissen, soweit sie noch nachvollziehbar war. Die heute in Köln wohnende Lehrerin begann zu recherchieren und fuhr zweimal nach Dänemark, um dort den Spuren ihrer Eltern auf deren Weg durch die Internierungslager nachzugehen. Sie fand vor allem auf Langeland in der Archivleiterin **Else Wolsgard** eine bereitwillige und hilfsbereite Informantin, mit der sie zusammen das Byhistoriske Archiv in Rudkøbing nach Unterlagen durchsuchte und fündig wurde. Das Archiv besitzt vollständige Listen über die gut 900 Flüchtlinge, alles ist dort registriert, was das damalige Lagerleben bestimmte, wie Eigentum, Ordnungsregeln, Verpflegung, Hygiene. Ingeborg Karpati erhielt die gewünschten Kopien wie die eines Attestes vom damaligen Amtsarzt, das ihren Vater betraf. Gustav Kalwa war zuckerkrank und erhielt zusätzlich ein Kilo Haferflocken pro Monat samt einem halben Liter Milch, was sonst kein erwachsener Lagerinsasse bekam. Neu war für Ingeborg auch, dass ihr Vater als Sanitätshelfer im Lager von Lohals gearbeitet hatte, weil er sich als deutscher Reichsbahner auf diesem Gebiet qualifiziert hatte. Nach einem ersten Winter in Rudkøbing verlebten die Flüchtlinge ihre längste Lagerzeit auf Langeland in einer ehemaligen Sommerpension in Lohals. Ihre letzte Station war dann das Lager Grove-Gedhus in Jütland, das Gustav Kalwa 1946 als Erster verließ. Seine Frau und seine Schwiegermutter kehrten erst ein Jahr später nach Deutschland heim. Um dieses bei Karup gelegene Lager Grove-Gedhus geht es auch bei der Suchfrage, mit der sich Frau Karpati an unsere Ostpreußische Familie wendet. Sie fand ein Abschiedsgedicht, das die Stubengemeinschaft der Baracke 7 für ihren Vater geschrieben hatte, als er das Lager verließ. Ihre Namen sind noch gut leserlich: **Antonie Sommer – Kohnert – Klempert – Licht – Leßheim** (?) - Familie **Jacoby** und **Rück**, Familie **Hesse**. Es spricht von der Hoffnung der Internierten auf ein besseres Leben in der Geborgenheit von Heim und Heimat. „Lebt noch jemand von den darauf Verzeichneten oder ihren Familien?“, fragt Ingeborg Karpati. Gibt es weitere Zeitzeugen, die vielleicht ihre Eltern oder Großmutter kannten, aus den genannten Lagern oder aus Allenstein, wo die Familie am Hohenzollerndamm und später Wagnerstraße 17 wohnte? Oder Vertriebene, die dem Ehepaar auf dem Fluchtweg bis Wismar begegnet sind? Besonders erfreut wäre Frau Karpati, wenn sich ebenfalls Gerettete von der „Passat“ bei ihr melden würden. (Ingeborg Karpati, Am Braunsakker 38 in 50765 Köln, Telefon 0221/9465412, E-Mail: ingeborg.karpati@koeln.de)

Für unsern Landsmann **Bernhard Ax** aus Halle-Neustadt ist unsere Ostpreußische Familie der Ankerplatz für alle Landsleute, ob aus dem Samland oder aus Masuren, aus dem Ermland oder dem alten Grenzgebiet der „Großen Wildnis“, aus dem auch seine eigene Familie stammt. „In einer Welt, in der die Vertriebenen und Flüchtlinge des deutschen Ostens immer weniger beachtet und ihre Probleme gerne unter den Tisch gekehrt werden, ist es umso wichtiger, dass die Ostpreußische Familie und damit Ostpreußen weiterlebt. Wir alle appellieren an Sie: Machen Sie weiter wie bisher, wir brauchen Sie!“, fordert Herr Ax, und lädt mir damit ein ganz schönes Pungelchen auf die Schultern. Aber ich kann es ja weitergeben an unsere Leserinnen und Leser, die auch im Falle von Herrn Ax mitgeholfen haben, wie er berichtet: „Ich bedanke mich auch für so manche Veröffentlichung meiner Fragen, im Ergebnis erhielt ich durch verschiedene Landsleute Hinweise und Beweise landsmannschaftlicher Solidarität, die mich sehr erfreuten. Besonders hervorheben möchte ich Frau **Ruth Griegoleit** aus Geseke, früher wohnhaft Grenzhöhe, Kreis Schloßberg. Sie hatte meine Mutter noch persönlich gekannt und mir einige Fotos geschickt.“ Durch eine so direkte Verbindung wird die Vergangenheit besonders transparent und dafür ist Herr Ax dankbar. Aber auch Frau **Erna Preuß** aus Hamburg möchte er hiermit einen großen Dank abstatten, denn die Königsbergerin überraschte ihn mit einem Angebot, das ihn sehr erfreute: Sie wollte ihm, der nur eine sehr kleine Rente erhält, eine Heimatreise ermöglichen. Die 93-Jährige kann ob ihres Alters nicht mehr reisen, sie lebt allein in ihrer kleinen Wohnung in Hamburg, ist die einzige Überlebende ihrer Königsberger Familie. Und auch Herr Ax verzichtete nach langem Überlegen aus gesundheitlichen Gründen auf das großzügige Angebot, obgleich es wohl seine „letzte und wohl einzige Chance“ war, noch einmal die Heimat zu sehen. Zumal er von Frau Griegoleit erfuhr, dass von Auertal und Grenzhöhe nur noch ein Haus steht, alle andere Gebäude sind abgebrannt oder wurden zerstört, sogar die Pflastersteine wurden herausgerissen, die Gräber auf dem Friedhof verwüstet. Ich möchte mich jedenfalls dem Dank von Herrn Ax an Frau Preuß anschließen, und sie sehr herzlich grüßen. Die von ihr bezeugte Hilfsbereitschaft ist eben „echt Ostpreußische Familie“, und darauf können wir stolz sein.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Der Leierkastenmann von der Holzbrücke

Erinnerungen eines Königsbergers in Kanada

Immer mehr ältere Vertriebene neigen dazu, ihre Erinnerungen aufzuschreiben, und dabei sind die Männer durchaus nicht in der Minderzahl. Viele kommen nun erst im Rentenalter dazu, sich mit ihrer Kindheit und Jugendzeit zu befassen, vor allem, wenn ihre Nachkommen danach fragen. Das beweisen auch die Zuschriften für unsere Familienseite, weil sich beim Aufzeichnen der frühen Erlebnisse manchmal Fragen ergeben, die der Schreiber nicht lösen kann, und sich dadurch Lücken in der Familienchronik ergeben. Manche Zusendungen an uns beinhalten aber auch keine Wünsche, sondern kleine Episoden aus der – manchmal schon sehr fernen – Kindheit, die bei uns Vertriebenen ja auch immer mit der verlassenen Heimat verbunden ist. Zu ihnen gehört unser Leser **Ulrich Karl Thomas**, ein Königsberger, der heute in Kanada lebt. Vor zwei Jahren hatte ihn seine Familie überzeugt, seine Kindheitserlebnisse aufzuzeichnen. Da die Kinder aber schon in Kanada aufwuchsen und den Enkeln die deutsche Sprache nicht mehr geläufig ist, verfasste er seine Erinnerungen in Englisch. Aber dann packte ihn das Schreibfieber und zwar gewaltig. Seine Kinderjahre in Königsberg wurden wieder lebendig und damit auch die Muttersprache. So schrieb Herr Thomas manche schon in Englisch aufgezeichneten Episoden ins Deutsche um oder verfasste sie vollkommen neu. Dabei blieb es nicht, er begann Gedichte in deutscher Sprache zu schreiben, teilweise sogar in ostpreußischem Platt. Leider, leider, wie das bei den meisten Lesergedichten ist, sind sie zu lang für unsere Familienseite. Aber die kleine Geschichte von dem Leierkastenmann können wir bringen, und sie wird nicht nur die Königsberger unter unseren Lesern erfreuen. Lassen wir also Ulrich Karl Thomas seine „Kindergedanken“ erzählen:



Hier an der Holzbrücke stand er: Der Leierkastenmann Bild: privat

„Er war nicht mehr da auf der Stelle, wo wir ihn so oft beobachten konnten. Er hatte sich ja ein Plätzchen ausgesucht, das nicht so leicht zu übersehen war. Er stand gewöhnlich auf der rechten Seite, wenn man von der Lomse am Pregel entlang zum Münchenhofplatz ging, auf der Holzbrücke, da, wo das Geländer bis auf die Spitze des Brückenpfeilers ging – dort, wo der eiserne Kasten mit dem Getriebe war, mit dem man die einen der beiden Flügel der Brücke hochdrehte. Viele Leute mussten dort vorbei, wenn sie zum Fischmarkt oder Sackheim wollten. Wir Kinder waren nun verwundert, dass er nicht mehr da war. Die meisten Leute eilten vorbei, vermissten sie ihn nicht, den Leierkastenmann? Wir kamen aus dem Staunen nicht heraus, wenn er angehumpelt kam, ein Bums und dann ein Schlurren, Bums und Schlurren, bis er mit einem viel lauteren Bums die Beine vom Leierkasten auf den Boden ließ. Er löste den Ledergurt von seinem Nacken, der – über die Schultern geschlungen und an den Griffen befestigt – die Last erleichterte. Dann faltete er den Vorhang, der die Pfeifen und Glocken schützte, auf den Deckel des Leierkastens, stellte eine Schale für die Spenden drauf und humpelte zur Kurbel – und die Musik begann, die irgendwie dieses traurige Bild noch zu vertiefen schien. Sein rechter Oberschenkel endete am Knie in einer arg mitgenommenen Lederhülle, in der ein bis zum Boden reichender Holzstumpf stak. Sein anderes Bein stand steif nach hinten mit dem Fuß so verdreht, dass wir Kinder, auf einem Bein stehend und den Unterschenkel in der Hand haltend, es nicht fertig brachten, unsern Fuß in solche Stellung zu bringen. Warum musste der Mann so laufen, was war mit ihm geschehen? So viele Fragen, die wir gerne beantwortet hätten, aber doch zu scheu waren, sie zu stellen. Wo hatte er wohl den Leierkasten her? Und warum musste der arme Mann mit so großer Mühe seinen Leierkastenwagen wegnehmen, wenn die Männer kamen, um die Brückenflügel hochzudrehen, damit ein großer Dampfer die Brücke passieren konnte? Warum musste er mit seinem Leierkasten so wie wir hinter der Kette warten, bis sich die Flügel gesenkt hatten und die Brücke über den Pregel wieder geschlossen war. Selbst auf unsere Fragen: ‚Wo ist er geblieben? Ist er gestorben?‘ gab es keine Antwort. Wir lernten dann doch sehr bald, warum er nicht mehr da war, mussten damit fertig werden, dass Betteln nun verboten war, dass es auch keine ‚Luchtepenner‘ mehr gab, Obdachlose, die sich abends in die Wohnhäuser schlichen, ehe die Türen geschlossen wurden, um auf dem Dachboden – der ‚Lucht‘ – zu schlafen.“

Damit enden die „Kindergedanken“ von Ulrich Karl Thoma, die er in Kanada niederschrieb. Vielleicht erinnern sich auch noch andere ältere Leser und Leserinnen an den Leierkastenmann von der Holzbrücke, haben einen Dittchen in die Schale geworfen? Vielleicht habe ich es auch getan, wenn wir zum „Johannimarkt“ in der Lindenstraße gingen? Aber das weiß ich nicht mehr. *R.G.*

Wir gratulieren ...

ZUM 103. GEBURTSTAG

Hoth, Sabine, geb. **Hoth**, aus Goldbach, Garbeningken, Kreis Wehlau, am 5. März

ZUM 102. GEBURTSTAG

Alshuth, Fritz, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 10. März

ZUM 100. GEBURTSTAG

Kellner, Käthe, aus Lyck, am 7. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Grasteit, Willy, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 6. März

Landt, Erika, geb. **Grade**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 5. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Strauss, Margarete, aus Lötzen, am 10. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Hinz, Ursula, geb. **Warkentin**, aus Königsberg, Steindamm, am 7. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Gawehn, Albert, aus Großheidenstein, Kreis Elchniederung, am 8. März

Nickel, Gertrud, geb. **Mross**, aus Ortelsburg, am 7. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Jesziorowski, Martha, geb. **Kulinna**, aus Allenbruch, Kreis Lötzen, am 6. März

Leppert, Heinz, aus Kleeburg, Kreis Elchniederung, am 4. März

Rosinski, Berta, geb. **Gumbal**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 9. März

Schlick, Irmgard, geb. **Schipper**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 6. März

Schmidtke, Hildegard, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 8. März

Traufetter, Martha, geb. **Sanden**, aus Gehsen, Kreis Johannisburg, am 26. Februar

Voigt, Wanda, geb. **Broszinski**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 9. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Balszuweit, Herta, aus Lyck, am 5. März

Gallmeister, Otto, aus Herzogskirche, Kreis Treuburg, am 7. März

Kempas, Viktor, aus Finkenhagen, Kreis Elchniederung, am 7. März

Kröhnert, Bruno, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 4. März

Luschnat, Lucie, geb. **Tetzlaff**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 7. März

Wahl, Waltraut, geb. **Alexander**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 4. März

Westphal, Walter, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 10. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Böhm, Dr. Erika, aus Georgenswalde, Kreis Samland, am 5. März

Briese, Elisabeth, geb. **Jelinski**, aus Grundensee, Kreis Lötzen, am 4. März

Falke, Hanna, geb. **Kaminiski**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 5. März

Haimburger, Sigrid, aus Kondehnen, Kreis Samland, am 5. März

Höllger, Kurt, aus Iwenheide, Kreis Elchniederung, am 7. März

Hopfeldt, Elfriede, geb. **Jeromin**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 5. März

Hoppe, Erich, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 8. März

Krüger, Walter, aus Neidenburg, am 10. März

Mews, Käthe, geb. **Bähr**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 8. März

Pogodda, Kurt, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 7. März

Possoth, Eva, geb. **Reit**, aus Ebenrode, am 7. März

Schnipper, Erika, geb. **Piefkowski**, aus Allenstein, am 2. März

Sedelke, Margarete, geb. **Mrowka**, aus Groß Retzken, Kreis Treuburg, am 9. März

Selleneit, Gerhard, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 8. März

Sulimma, Kurt, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 5. März

Tipke, Anna-Elisabeth, aus Rehhoff Heidemühl, Kreis Stuhm, am 4. März

Wach, Hildegard, geb. **Sczuplinski**, aus Kurkau, Kreis Neidenburg, am 10. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bernecker, Gisela, geb. **Maetz**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 3, am 6. März

Bott, Ursula, geb. **Horn**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 10. März

Brosch, Elfriede, geb. **Samorski**, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 7. März

Brüggemann, Hildegard, geb. **Onischke**, aus Wehlau, am 6. März

Emmrich, Erika, geb. **Wittkowski**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 10. März

Fligge, Heinz, aus Pomedien, Klein Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 4. März

Jonigkeit, Walter, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 10. März

Jorkowski, Hildegard, geb. **Kossmann**, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 4. März

Karpinski, Kurt, aus Lyck, Yorkstraße 19, am 6. März

Kensy, Helmut, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. März

Klimmek, Irmgard, geb. **Borowski**, aus Neidenburg, am 7. März

Kottwitz, Elsbeth, geb. **Tupath**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. März

Koyro, Erna, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 10. März

Kulessa, Helene, aus Millau, Kreis Lyck, am 10. März

Lanzendorf, Erika-Ursula, geb. **Fahrun**, aus Lyck, am 4. März

Lüdke, Hertha, geb. **Naumann**, aus Bludau, Kreis Samland, am 6. März

Neumann, Marta, geb. **Babick**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 5. März

Preuschoff, Gertrud, geb. **Kather**, aus Trankwitz, Kreis Samland, am 8. März

Rensch, Lydia, geb. **Neubert**, aus Groß Reußen, Kreis Mohrungen, am 5. März

Statnik, Margarethe, geb. **Riechert**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 6. März

Taddicken, Ursula, geb. **Jelonnek**, aus Pillau, Kreis Samland, am 10. März

Thiemicke, Martha, geb. **Kruppa**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 10. März

Walter, Irmgard, geb. **Marquardt**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 7. März

Wendt, Elfriede, geb. **Bublitz**, aus Alt Kiwitten, Kreis Ortelsburg, am 10. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bank, Hildegard, geb. **Krappa**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 5. März

Biernath, Paul, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 8. März

Bössow, Helene, geb. **Koslowski**, aus Treuburg, Ottoweg 17, am 5. März

Buttgereit, Walter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. März

Erdbörger, Edith, geb. **Kappus**, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 7. März

Fischer, Ursula, geb. **Gehrke**, aus Heiligenbeil, Parschau-Weg 15, am 11. Februar

Günther, Horst, aus Bieskobnikken, Kreis Samland, am 10. März

Gunsch, Irma, geb. **Lux**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 10. März

Klaus, Edith, geb. **Nagorr**, aus Wosegau, Kreis Samland, am 8. März

Lyhs, Fritz, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 6. März

Marggraf, Käthe, geb. **Komaschewski**, aus Treuburg, am 9. März

Michelsen, Edith, geb. **Dickert**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 6. März

Rattay, Helmut, aus Auerswalde, Kreis Ortelsburg, am 5. März

Rechlin, Brigitte, geb. **Taudien**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 4. März

Ritter, Heinz, aus Hoppendorf, Kreis Preußisch Eylau, am 7. März

Robben, Hilde, geb. **Jack**, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 7. März

Rossenbach, Hubert, aus Eiserwagen, Friederikenruh, Kreis Wehlau, am 6. März

Schliwinski, Otto, aus Mulden, Kreis Lyck, am 5. März

Schmidt, Erika, geb. **Liedtke**, aus Heiligenbeil, Wolff-Weg 2, am 14. Februar

Scholl, Dora, geb. **Schaulies**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 6. März

Schröder, Karl-Heinz, aus Gauleden, Kapkeim, Kreis Wehlau, am 10. März

Schwedberg, Irmtraut, geb. **Schwarz**, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 4. März

Sens, Brigitte, geb. **Ernst**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 5. März

Sokoll, Liselotte, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 6. März

Szewczyk, Elisabeth, geb. **Grodzicki**, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 9. März

Wagner, Waltraut, geb. **Gengel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 6. März

Wieczorek, Ursula, geb. **Skowasch**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 4. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Albin, Günter, aus Lyck, Bismarckstraße 55, am 5. März

Bach, Käte, geb. **Koose**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 9. März

Brandes, Gertrud, geb. **Orzechowski**, aus Neidenburg, am 6. März

Burkhardt, Inge, geb. **Reypa**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 8. März

Dorra, Hans, aus Treuburg, Bahnhofstraße 34a, am 4. März

Ehmke, Hans, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 5. März

Erdmann, Manfred, aus Groß Borken, Kreis Ortelsburg, am 7. März

Falk, Manfred, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 7. März

Fehlau, Friedemann, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 4. März

Grübler, Gernot, Kreis Elchniederung, am 9. März

Kailuweit, Karl-Heinz, aus Argental, Kreis Elchniederung, am 7. März

Knorr, Alfred, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 4. März

Kossek, Kurt Paul, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 10. März

Krings, Erika, geb. **Jekubassa**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 4. März

Laue, Erika, geb. **Reschetzki**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 4. März

Maleu, Ilse, geb. **Ponelis**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 9. März

Mutschinski, Lothar, aus Königsberg und Heilsberg, am 28. Februar

Neuhaus, Adelheid, geb. **Mielke**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 9. März

Perle, Fritz, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 10. März

Putze, Antonie, geb. **Pechbrenner**, aus Jaugehnen, Kreis Samland, am 5. März

Rudzinski, Günther, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 9. März

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

Jahr 2013

9./10. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
16./17. März: Arbeitstagung der Vorsitzenden der Deutschen Vereine in Sensburg (Ostpreußen).
15. bis 17. April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont.
19. bis 21. April: Kulturseminar in Bad Pyrmont.
5. bis 12. Mai: Werkwoche im Kopernikushaus in Allenstein.
17. bis 20. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont.
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).
20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.
27. bis 29. September: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.
11. bis 13. Oktober: 6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg. Geschlossener Teilnehmerkreis.
14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.
25. bis 27. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont.
1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.
4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 2. März, 17.15 Uhr, Phoenix: Kaiser Barbarossa – Die Legende im Kyffhäuser.
SONNABEND, 2. März, 17.35 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. Olympische Spiele in Berlin.
SONNABEND, 2. März, 20.15 Uhr, 3sat: Die Halbstarken. D 1956. Mit Horst Buchholz und Karin Baal.
SONNABEND, 2. März, 21.50 Uhr, 3sat: Horst Buchholz – Mein Papa. Doku zum 10. Todestag des Stars am 3. März.
SONNTAG, 3. März, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
SONNTAG, 3. März, 20.15 Uhr, 3sat: Shahida – Allahs Bräute.
MONTAG, 4. März, 15.25 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. 1945: Die Konferenz von Jalta.
MONTAG, 4. März, 17.45 Uhr, 3sat: Winter in Ostpreußens Zauberwald. Wiedersehen mit der Rominter Heide. D 2008.
MONTAG, 4. März, 20.15 Uhr, ZDF: Und alle haben geschwiegen – Über das Leid der Heimkinder.
MONTAG, 4. März, 21 Uhr, NDR: Die Tricks der Lebensmittelindustrie.
MONTAG, 4. März, 22 Uhr, WDR: Pharma-Sklaven: Reportage über Medikamententests in Entwicklungsländern.
DIENSTAG, 5. März, 17.15 Uhr, Phoenix: Ausgeliefert! Leiharbeiter bei Amazon.
DIENSTAG, 5. März, 20.15 Uhr, Arte: Töte zuerst – Der israelische Geheimdienst Schin Bet.
DIENSTAG, 5. März, 20.15 Uhr, RBB: Legenden: Horst Buchholz.
DIENSTAG, 5. März, 22.05 Uhr, MDR: Die Stasi in West-Berlin.
DIENSTAG, 5. März, 22.45 Uhr, RBB: Stalins Tod. Das Ende einer Ära.
MITTWOCH, 6. März, 20.15 Uhr, 3sat: Fukushima und die Wahrheit hinter dem Super-Gau.
DONNERSTAG, 7. März, 17.15 Uhr, Phoenix: Albtraum Wohnungseinbruch.
FREITAG, 8. März, 20.15 Uhr, Phoenix: Sinatra – Star der Mafia.
FREITAG, 8. März, 21.15 Uhr, NDR: Kaputt vom Job. Was Menschen in die Frührente treibt.
FREITAG, 8. März, 21,45 Uhr, Phoenix: Goldman Sachs – Eine Bank lenkt die Welt.

Glückwünsche
Fortsetzung von Seite 15

Schardt, Gerda, geb. **Laudien**, aus Heiligenbeil, Egerländer Weg 14, am 6. Februar
Schlüter, Anni, geb. **Michalski**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 9. März
Schubardt, Gisela, geb. **Abel**, aus Tapiau, Memellandstraße 3, Kreis Wehlau, am 8. März
Schumann, Lieselotte, geb. **Riemer**, aus Brandlacken, Kreis Wehlau, am 5. März
Trost, Lena, geb. **Ellwanger**, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 4. März
Wiberny, Erich, Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 5. März
Wichtel, Frieda, geb. **Ewert**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 8. März
Willutzki, Ursula, geb. **Stadie**, aus Jägersdorf, Kreis Wehlau, am 6. März
Zielinski, Gustav, aus Wachau, Kreis Sensburg, am 4. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Becker, Ingrid, geb. **Dominick**, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 5. März
Bernsdorf, Hermann, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 7. März
Brandt, Hildegard, geb. **Kaczinski**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 10. März
Gunia, Ingrid, geb. **Gayk**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 4. März
Habecker, Irene, geb. **Kniza**, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 6. März
Hübbe, Brigitte, geb. **Link**, aus Görithen, Kreis Ebenrode, am 9. März
Jerwin, Hans-Jürgen, aus Ortelsburg und Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 9. März
Katzmarzik, Walter, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 6. März
Kubernus, Heinz, aus Rettkau, Kreis Neidenburg, am 5. März
Leibenath, Walter, aus Ebenrode, am 4. März
Linow, Margarete, geb. **Dusny**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 6. März
Lumma, Reinhold, aus Seewalde, Kreis Ortelsburg, am 9. März
Maak, Christel, geb. **Queßeleit**, aus Kögsten, Kreis Ebenrode, am 4. März
Mielenz, Marie-Luise, geb. **Reiß**, aus Ebenrode, am 9. März
Minkler, Lore, geb. **Fischer**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 8. März
Naß, Ingrid, geb. **Naß**, aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, am 9. März
Parakenings, Renate, geb. **Wruck**, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 6. März
Piorunek, Lydia, geb. **Kroll**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 4. März
Pötinger, Erika, geb. **Raffalzik**, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 5. März
Segschneider, Dr. Ernst, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 6. März
Seligmann, Gertrud, geb. **Klein**, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 9. März
Völlmann, Bruno, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 5. März
Warascik, Margret, geb. **Striewski**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 6. März
Witte, Helmut, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 5. März
Zysk, Georg, aus Friedrichsthal, Kreis Ortelsburg, am 7. März

Ostpreußisches Landesmuseum

Donnerstag, 7. März, 20 Uhr (Einlass ab 19.30 Uhr), Brömsehaus, Am Berge 35, Lüneburg: **Konzert auf baltischen Schlössern und Herrenhäusern** – Gesprächskonzert mit Kammermusik und Liedern aus vier Jahrhunderten, Malinconia-Ensemble Stuttgart.

Das Malinconia-Ensemble Stuttgart eröffnet in seinem Konzert seltene Einblicke in das Musikleben auf Schlössern und Herrenhäusern im Baltikum. Das Konzert bietet Kammermusik und Lieder aus vier Jahrhunderten von deutschbaltischen Künstlern wie Gustav von Mengden, Alexander von Uexküll-Gyldenbandt und anderen. Das Malinconia-Ensemble wurde zur Erinnerung an unbekannte Musikwerke und vergessene Komponisten Mitte der 1980er Jahre gegründet. Das Ensemble, unter der Leitung des Cellisten und Musikforschers Helmut Scheunchen, besteht aus vier Musikern, die der Stuttgarter Philharmonie angehören: Helmut Scheunchen (Violoncello und Leitung), Chieko Schmid-Mitsuhashi (Sopran), Roland Heuer (Violine), Günter Schmidt (Klavier).

Das Konzert ist Teil des Veranstaltungsprogramms im Rahmen der Ausstellung „Glanz und Elend. Mythos und Wirklichkeit der Herrenhäuser im Baltikum", die noch bis zum 14. April im Ostpreußischen Landesmuseum gezeigt wird. *OL*

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 9. März, 11 bis 17 Uhr, Haus der Heimat, Schloßstraße 92, Stuttgart: 6. Ostdeutscher Ostermarkt.

Buchen – Sonntag, 3. März: Kaffeeklatsch im Schloss. Zu einem Nachmittag bei Schokolade, Kaffee und Kuchen an der königlichen Kaffeetafel im Residenzschloss Ludwigsburg fährt die Kreisgruppe der Ost- und Westpreußen und der Pommern. Nähere Informationen bei Rosemarie S. Winkler, Telefon (06281) 8137.

Ludwigsburg – Dienstag, 19. März, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Frühlingsfest.

Reutlingen – Sonnabend, 2. März, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: **Jahreshauptversammlung.** Mitglieder sowie Freunde und Gönner der LOW sind herzlich eingeladen. Folgendes steht auf dem Programm: Einleitung der Veranstaltung mit Kaffee und Kuchen, Begrüßung durch die 1. Vorsitzende, Gedenken der verstorbenen Mitglieder, Jahresbericht der 1. Vorsitzenden, Bericht der Frauengruppenleiterin Frau Orthmann, Bericht der Schatzmeisterin Frau Praß, sowie der Kassenprüferin Frau Merker. Des Weiteren Vorschau auf das neue Jahr mit Ausflug und Veranstaltungen. Außerdem wird Frau Zeiss mit heimatlichen Vorträgen zur Unterhaltung beitragen. Mit der Spezialität der Heimat, dem Sauerkraut- und Grützwurstessen, soll der Tag ausklingen.

Schwäbisch Hall – Mittwoch, 6. März, 14.30 Uhr, Hotel Sölch, Hauffstraße 14: Heimatnachmittag. Der Ostpreußenfilm „Ermland und Masuren" erinnert an die Heimat.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 16. März, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Frauengruppe und Schabbern.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 22. März, 19 Uhr, Gasthof Hotel zur Post, Gunzenhausen: Gemeinsames Essen „Pommersche Kartoffelsupp". Anschließend Lichtbildervortrag „Rügen und Hiddensee" von Edith Richter.

Ansbach – Sonnabend, 16. März, 15 Uhr, Orangerie: „Von einem Gutshof in Ostpreußen nach Ansbach". Erinnerungen an eine Kindheit in der Rominter Heide. Bericht von Dora Schmottermeyer, Ansbach.

Bamberg – Mittwoch, 20. März, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi, Promenade: **Jahreshauptversammlung.**

Erlangen – Donnerstag, 14. März, 16.45 Uhr, Freizeitzentrum Frankenhof, Südliche Stadtmauerstraße 35, Raum 20: Filmvorführung. Gezeigt wird ein Film von Helmut Klingenberg aus dem Jahr 2012. Wenig bekannte Schlösser und Burgen wie Rastenburg, Festung Boyen, Rößel, Finkensteiner Schloss bei Rosenberg, Schloss Rhein und Lyck, Arys, Ortelsburg, Deutsch-Eylau, Schönberg, Elbing, Tolkemit und die Haff-Küste.

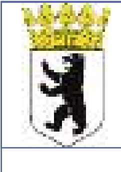
Ingolstadt – Sonntag, 17. März, 14.30 Uhr, Bonschab, Münchner Straße 8: Treffen der Gruppe.

Kitzingen – Freitag, 15. März, 14.30 Uhr, Gaststätte Deutscher Kaiser: Aktuelle sozialpolitische Themen. Referent: Gustav Patz.

Landshut – Dienstag, 19. März, 14 Uhr, Insel: **Jahreshauptversammlung und Kassenprüfung.**

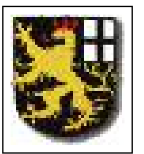
Starnberg – Donnerstag, 14. März, 13 Uhr, Bayerischer Hof, König-Ludwig-Zimmer: Vorstandssitzung. 15 Uhr: **Jahreshauptversammlung mit Neuwahl des Vorstands.** Anschließend gemeinsames Fischessen.

Weiden – Sonntag, 3. März, 14.30 Uhr, Cafe Mitte: Heimatnachmittag.

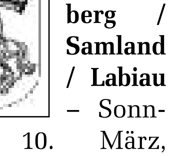
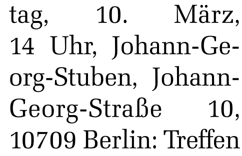


BERLIN

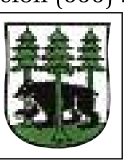
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Mohrungen – Donnerstag, 7. März, 15 Uhr, Restaurant Sternstunde, Kreuznacher Straße 29, 14197 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Ursel Dronsek, Telefon 2614338.

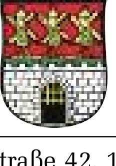
Königsberg / Samland / Labiau – Sonntag, 10. März, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppen. Informationen bei Professor Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



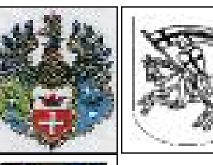
Rastenburg – Sonntag, 10. März, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 1888.



Frauengruppe – Mittwoch, 13. März, 13.30 Uhr, Kaffee Tam, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin. Kurze Referate über und aus Ostpreußen. Gedichte zum Jahreswechsel. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Pillkallen / Schlossberg – Dienstag, 19. März, 14 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin: Fasching. Anfragen bei Helga Rieck, Telefon 6596822.




Königsberg / Samland / Labiau: Freitag, 5. April, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppen. Informationen bei Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



BRANDENBURG

Vors.: Elard v. Gottberg, Zarnekauer Siedlung 8a, 23701 Süsel, Telefon (04521) 4094-830, Fax (04521) 4094-831, Mobil (0173) 6254277, E-Mail: elard.gottberg@gottberglogistik.de.

Brandenburg/Havel – Sonnabend, 2. März, 10 Uhr, Kranzniederlegung in Marienberg. Anfragen bei Jürgen Rasztuttis, Telefon (03381) 300703. – Freitag, 8. März, 14 Uhr, Heimatstube, Pauliner Straße 11: Frauentagsfeier. Gäste sind herzlich willkommen. Anfragen bei Jürgen Rasztuttis, Telefon (03381) 300 703.

Oranienburg – Sonnabend, 2. März, 10 Uhr, Regine-Hildebrandt-Haus, Sachsenhausener Straße 1: Mitgliederversammlung der Kreisgruppe. Als wichtigster Tagesordnungspunkt gilt die Neuwahl des Vorsitzenden.

Potsdam – Donnerstag, 7. März, 12 Uhr, Traditioneller Stammtisch mit gemeinsamem Eisbeinessen für alle Landsmannschaften. Anmeldung bei Fritz Philipp, Telefon (0331) 816764.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremerhaven – Freitag, 22. März, 14.30 Uhr, Barlachhaus: Kulturnachmittag – Die erste Zusammenkunft der Gruppe fand im „Haus am Blink" zum **Kohl- und Pinkel-Essen** statt. Die im letzten Jahr gewählte Kohlkönigin Stefanie Flotow hatte das Lokal (bekannt durch die Jubiläumsfeiern der Gruppe) ausgesucht. 25 Mitglieder trafen sich zum leckeren Grünkohlessen; Unterhaltung und Informationen inbegriffen. Zur neuen Kohlkönigin wurde die fast 88-jährige Ursula Tieste „gekrönt". Frau Tieste hat sich jahrelang in der Frauengruppe um die Geburtstagskinder gekümmert; hat unzählige Kuchen für ihre evangelische Gemeinde gebacken und Kaffee beim Frauennachmittag ausgeschenkt. Und sorgt sich heute noch um viele Landsleute. Völlig überrascht von dieser Würdigung, nahm sie das Amt aber gerne an. Die entthronte Königin hatte ihrer Nachfolgerin noch eine Flasche Bärenfang, Süßes und eine echte „Oldenburger Palme" – einen Grünkohlstrunk überreicht. Leider musste die Vorsitzende zum Abschluss den Anwesenden noch mitteilen, dass der langjährige Geschäftsführer der LG Bremen Günter Högemann verstorben ist. Auf der am 22. Februar stattfindenden Jahreshauptversammlung gedachte die gesamte Gruppe im Barlach-Haus seiner.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonntag, 23. März, 10 bis 17 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 1 (gegenüber der S-Bahnstation Stadthausbrücke): **Ostermarkt** der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften. Die Landesgruppe ist im 2. Stock mit einem Angebot heimatlicher Spezialitäten und Literatur vertreten und lädt herzlich zu einem Besuch ein.

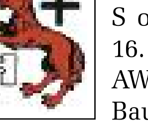
KREISGRUPPE



Elchniederung – Mittwoch, 27. März, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572 (gut zu erreichen mit U- und S-Bahn bis Haltestelle Ohlsdorf, danach nur wenige Gehminuten): Die Gruppe möchte mit Gesang und Vorträgen an den Frühling und das Osterfest in der Heimat erinnern. Gäste sind herzlich willkommen.



Gumbinnen – Sonnabend, 2. März, 14 bis 17 Uhr, Einlass ab 13 Uhr, Uhr Haus der Heimat/LVD, Teilfeld 8, 20459 Hamburg: Treffen der Gruppe zum Thema: „Es muss doch Frühling werden". Zu erreichen mit der S-Bahn bis Station Stadthausbrücke oder mit der U-Bahn bis Rödingsmarkt. Dann Fußweg von zirka sechs Minuten in Blickrichtung Michaeliskirche. Ein Fahrstuhl ist im Haus vorhanden. Gäste sind herzlich willkommen. Es freut sich auf ein Wiedersehen: Hans Günter Schattling, Telefon 5224379.



Heiligenbeil – Sonnabend, 16. März, 14 Uhr, AWO-Seniorentreff, Bauerbergweg 7: Frühlingsfest. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlich ein. Bei Kaffee und Kuchen möchte sie einige fröhliche Stunden in geselliger Runde mit Ihnen verbringen. Gleichzeitig ist die Jahreshauptversammlung laut Satzung der Landesgruppe Hamburg e.V. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116 ab U-Bahnstation Hammer Kirche, Wandsbek Markt oder Billstedt. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 5 Euro. Anmeldungen …

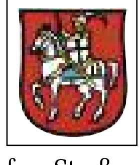
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

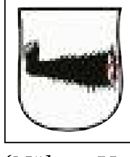
meldung bei Lm. Konrad Wien unter Telefon (040) 53254950 bis Freitag, 15. März, erbeten.



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Rückfragen bei Manfed Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

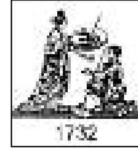


Osterode – Sonnabend, 9. März, 14 Uhr, Café Prinzess, Hamburg-Ohlsdorf, Alsterdorfer Straße 572: Einladung zum Frühlingsfest. Die Veranstaltung beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel, um anschließend mit fröhlichen Liedern den herannahenden Frühling zu begrüßen.

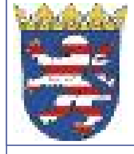


Sensburg – Sonntag, 17. März, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, 22337 Hamburg (Nähe U- und S-Bahnstation Ohlsdorf): Erste Zusammenkunft im neuen Jahr. Gemütliches Beisammensein. Gäste sind herzlich willkommen.

SALZBURGER VEREIN



Sonnabend, 2. März, 13 Uhr, Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41: Treffen der Gruppe. Programm: Bildvortrag von Christian Papendick „Impressionen aus Riga und Lettland". Mitteilungen zum Jahrestreffen des SV in Prenzlau/Wolgast vom 5. bis 8. Juni.



HESSEN

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt – Sonnabend, 16. März, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Darmstadt-Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Monatstreffen. Nach der Kaffeetafel **Hauptversammlung mit Neuwahl** des Vorstands und Bericht von Gustav Rupietta über eine Familienfahrt in seine Geburtsstadt Hohenstein.

Kassel – Donnerstag, 7. März, 14.30 Uhr, Cafeteria Niederzwehren, Am Wehrturm 3: Heimatnachmittag im neuen Treffpunkt: mit Nelly Neufeld und ihrem Frauenchor aus Bad Hersfeld. Auf dem Programm stehen volkstümliche Lieder, teils in Preußisch-Platt.

Wiesbaden – Bericht vom Dia-Abend – In stimmungsvollen Dia-Aufnahmen hat Dieter Schetat den Zauber der einzigartigen Landschaft Ostpreußens eingefangen. Sein **„Streifzug durch Ostpreußen"**, so das Motto des Monatstreffens, führte vom Ermland und dem Oberland nach Masuren und endete im heute russischen Teil der einst deutschen Provinz. So entstand das „Land der dunklen Wälder und kristall'nen Seen" in seiner ganzen Schönheit mit den langbeinigen Störchen, wohl den beliebtesten Vögeln der Heimat, den Pferden auf der Koppel und den Elchen auf der Kurischen Nehrung, die der Hobbyfotograf zwischen den Fischerdörfern Nidden und Preil im Bild festgehalten hat. Dieser knapp hundert Kilometer lange Landstrich und das Samland mit den begehrten Badeorten Cranz und Rauschen beeindrucken die Besucher stets auf's Neue. Überwältigend die Bilder von den Wanderdünen der „Ostpreußischen Sahara", die schönen alten Bauernhäuser mit Reetdächern und farbenprächtigen Bauerngärten, und hin und wieder auf dem Haff ein Fischerkahn mit den typischen Segeln und Kurenwimpeln, nachgebaut von einem litauischen Künstler. Zu dieser eigenartigen Nehrungslandschaft fand der Schriftsteller Hansgeorg Buchholtz treffende Worte: „Du lässt dein Herz, wenn du einmal in die Tiefe seiner Einsamkeit getaucht bist, dort, und einen Teil deiner Seele." Eingeflochten war die Geschichte des alten Ordenslandes, angefangen mit der Burg in Allenstein, dem Herz des mittelalterlichen Ordensstaates, dem Dom in Frauenburg, wo Copernicus begraben liegt, dem Königsberger Dom, dessen Orgelklang wieder die Besucher erfreut, und einzigartig der von Baurat Steenke geschaffene Oberländische Kanal, der verschieden hoch gelegene Seen durch Hebewerke miteinander verbindet, und wo die Schiffe auf Bootswagen umgeladen werden. Das gräfliche Schloss der Familie von Lehndorf in Steinort, der Blick auf die Masurische Seenplatte von der Jägerhöhe bei Angerburg, die gelbe barocke Wallfahrtskirche „Heilige Linde", die Kruttinna – das beschauliche Flüsschen ohne Quelle und Mündung – die kunstvollen Arbeiten aus Bernstein, und überhaupt die typische Backsteingotik in nahezu allen Orten, das alles verbreitete eine einmalige Atmosphäre und ein anrührendes Bild der unvergessenen Heimat, das die Besucher mit Wehmut und zugleich mit Freude erfüllte.

Großes Frühlingstreffen der Ostpreußen in Anklam

Sonnabend, 9. März, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus" in Anklam, Baustraße 48–49.

Im Programm: Prof. Jürgen Udolph, Leipzig: „Ostpreußische Familiennamen", Tanzgruppe SAGA Bartenstein, KANT-Chor Gumbinnen und andere.

Für ein heimatliches ostpreußisches Kulturprogramm, das leibliche Wohl und genügend Parkplätze ist gesorgt. Bitte Verwandte und Freunde informieren und mitbringen. Schriftliche Auskunft gegen Rückporto bei:

Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe M-V, Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Sonntag, 10. März: **Theaterfahrt zur Dittchenbühne in Elmshorn.** Gespielt wird „Bauern, Bonzen und Bomben" von Hans Fallada. Er schildert in seinem Roman eine Bauerndemonstration zur Zeit der Weimarer Republik und die Interessen von Bauern, Presse, Industrie und Parteien. 13 Uhr Busabfahrt Stade, 13.25 Uhr Horneburg, 13.40 Uhr Buxtehude, 13.55 Uhr Neu-Wulmstorf. Einsteigepunkte zwischen Stade und Buxtehude mit genauer Uhrzeit werden bei der Anmeldung angesagt. Kosten für die Busfahrt, Kaffeegedeck im Theaterrestaurant und Eintritt betragen 26 Euro pro Person. Anmeldung bitte bis zum 2. März. – Donnerstag, 28. März, 15 Uhr, Hoheluft, Stader Straße 15: Osterkaffee. Die Gruppe erinnert sich an ostpreußische Osterbräuche und bietet zum guten Kaffee nach alter Sitte Gründonnerstagskringel an, diesmal nach ostpreußischem Rezept. Kostenbeitrag 3 Euro pro Person. Zum Abschluss zeigt Klaus Borck eine kleine Bilderschau von der Reise der Gruppe nach Potsdam 2012. Anmeldungen bis zum 23. März bei Familie Wander, Telefon (04161) 87918.



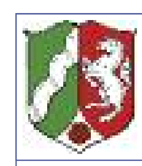
Göttingen – Sonnabend, 9. März, 14.30 Uhr, Gasthaus Zur Linde, Geismar: **Jahreshauptversammlung.** Im Anschluss findet das traditionelle Grützwurstessen statt. Alle Mitglieder und Landsleute sind herzlich eingeladen.

Helmstedt – Donnerstag, 14. März, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: **Jahreshauptversammlung.**

Oldenburg – Mittwoch, 13. März, 15 Uhr, Stadthotel Eversten: Autorenlesung mit „Danziger Märchen" von Elsa Faber von Bockelmann aus Danzig. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Dienstag, 12. März, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln. – Freitag, 15. März, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 14. März, 15 Uhr, großer Saal, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Treffen der Gruppe. Professor Dr. Heinz Schürmann wird zum Thema „... und neues Leben blüht aus den Ruinen – Begegnungen mit Königsberg – gestern und heute" einen Vortrag mit Lichtbildern halten. Der Bielefelder Professor Dr. Heinz Schürmann (Germanist, Geograf, Kunstgeschichtler) ist durch seine zahlreichen Studienreisen bekannt. Die regelmäßig stattfindenden Ostreußenreisen führt er seit 16 Jahren gemeinsam mit Joachim Rebuschat durch. Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es bei Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 5386.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonnabend, 16. März, 10 Uhr, Oberhausen: Diesjährige **Frühjahrs-, Delegierten-, Kultur- und Frauentagung der Landesgruppe.** Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen. Wahlen stehen an! Die Gruppe hat ein interessantes Programm zusammengestellt und freut sich, dass sie Herrn Schultze-Rohnhof für einen Vortrag gewinnen konnte. Interessant werden auch die Ausführungen von Frau Güssefeld, Berlin, sein, die über Heimatstuben sprechen wird.

Bonn – Dienstag, 5. März, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brändström-Straße 74, 53225 Bonn-Beuel: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen des Vorstandes und Königsberger Klopse-Essen. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Dortmund – Montag, 18. März, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düren – Sonntag, 3. März, St. Joachim, Düren-Nord: Treffen der Ermländer. – Mittwoch, 13. März, 18 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holz-Straße 7 A: Monatstreffen der Gruppe.

Düsseldorf – Montag, 4. März, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Vortrag von Professor Michael Garleff: „Kinder Europas aus dessen geschichtsträchtigem Osten. Die Geschichte der baltischen Staaten vom Mittelalter bis 1939".– Mittwoch, 6. März, 15 Uhr, GHH, Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Mittwoch, 6. März, 19 Uhr, GHH / Konferenzraum: Buchvorstellung mit Professor Michael Schwartz: „Funktionäre und Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundesverbandes der Vertriebenen und das Dritte Reich". – Freitag, 8. März, 18 Uhr, Restaurant St. Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Freitag, 8. März, GHH/Eichendorff-Saal: Internationaler Frauentag. Kultur- und Begegnungsabend. – Donnerstag, 14. März, 19 Uhr: Buchvorstellung mit Prof. Dr. Helga Grebing „Freiheit die ich meinte", GHH / Konferenzraum. – Donnerstag, 14. März, 19.30 Uhr, GHH / Raum 312: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Mittwoch, 20. März, 19 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal: Eine musikalische Reise mit Liedern und Chansons von Eduard Nick und Erich Kästner: „Leben in dieser Zeit."

Ennepetal – Donnerstag, 21. März, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit kleinem Imbiss.

Essen – Freitag, 15. März, 15 Uhr: Treffen der Gruppe. Vortrag „Der Vogel des Jahres 2013: Die Bekassine". Referent ist Herr Hoffmann.

Gütersloh – Sonntag, 10. März, 15 Uhr, Brauhaus, Unter den Ulmen: **Jahreshauptversammlung.** Anträge und Vorschläge bitte an den Vorsitzenden, Eckard Jagalla, Telefon (05241) 403872, richten. – Sonntag, 10. März, 15.30 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Ostpreußische Frauengruppe.

Mülheim an der Ruhr – Dienstag, 12. März, 15 Uhr, Handelshof: **Jahreshauptversammlung** mit Geschäfts- und Kassenberichten des Jahres 2012, Vorstandswahlen und einem Referat der Vorsitzenden: „Königsberger Königskrönung". Den Abschluss bildet traditionell das Königsberger Klops-Essen.

Neuss – Peter Pott im Amt bestätigt – Der bisherige Vorstandsvorsitzende, wurde für weitere zwei Jahre zum neuen Vorstandsvorsitzenden der Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Neuss, gewählt. Am 17. Februar trafen sich die Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen in Neuss zur **Jahreshauptversammlung und Vorstandwahl.** Es konnten eine Reihe von sehr geschätzten Ehrengästen begrüßt werden, erwähnt sei nur der Landrat Hans-Jürgen Petrauschke und Dr. Christian Will, der jüngste Sohn des letzten Königsberger Oberbürgermeisters. Peter Pott, der auch ein Opfer der Grippewelle ist, ließ seinen Bericht über das Geschäftsjahr 2012 von Sigrid Bießner verlesen. Der Bericht erinnerte an die zahlreichen Aktivitäten der Landsmannschaft im letzten Jahr: In der Heimatstube wurden am „Tag der offenen Tür" Filme aus Ostpreußen früher und jetzt gezeigt. Die Veranstaltungen wurden von zirka 200 Personen besucht. Weitere Programmpunkte während des Jahres waren das Frühlingsfest, der Jahresausflug nach Berlin, das Grillfest, der Tagesausflug nach Minden, die Gedenkfeier zum „Tag der Heimat" und das Erntedankfest. Der Event der Landsmannschaft war die 60-Jahr-Feier mit einer Chronik des 60-jährigen Bestehens, einer Ausstellung in der Sparkasse Neuss mit dem Titel „Ostpreußen verzaubert" und der großen Festveranstaltung im Marienhaus. In November folgte als weitere Aktivität die Gedenkstunde zum Volkstrauertag und im Dezember das Adventfest. Peter Pott gab eine Übersicht über den Mitgliederstand. Es folgte der Kassenbericht durch Renate Eggert. Danach wählten die anwesenden Mitglieder einstimmig Peter Pott zum neuen Vorstandsvorsitzenden. Die übrigen Mitglieder des Vorstandes schlug der Vorsitzende vor. Gewählt wurden: 1. Stellvertreterin Dr. I. Sigrid Bießner, 2. Stellvertreter Günter Manthei, Schriftführerin Brunhilde Weise, Stellvertreterin Henny Pott, Schatzmeisterin Renate Eggert, Vertreterin Elvira Drewes. Zu Beisitzern wurden Wilma Salamon, Hanne Wiberny, Adelheid Pietz, Christine Quednau, Manfred Skirlo und Hans Niesen vom Vorsitzenden ernannt. Die Leiterin der Frauengruppe Agathe Skirlo und deren Stellvertreterin Ingetraut Sandt gehören ebenfalls dem erweiterten Vorstand an. Peter Pott hat in den vergangenen Jahren bereits gezeigt, dass er mit großem Arbeitseinsatz und viel Sachkenntnis und Humor sein Amt führt. Die Beisitzerin der Mitgliederversammlung, Hanne Wiberny, ehrte ihn mit einem Dank in Versen und sprach damit vielen aus dem Herzen.

Witten – Montag, 18. März, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 8–10: Berichte zu Sendungen in den Medien, Filme über historische Ereignisse.


Ursula Witt — Bild: privat

Trauer um Ursula Witt

Am 25. September 2012 verstarb Ursula Witt. Seit 1949 hat sie mit Leib und Seele für die Landsmannschaft Ostpreußen in Gütersloh gelebt und sie geprägt. Mit ihr geht eine geschätzte Freundin, Weggefährtin, ein Vorbild. Für uns bleibt aber eine schöne Erinnerung an die gemeinsame Zeit mit ihr. Wir vermissen Dich!

Die Mitglieder der Kreisgruppe Gütersloh

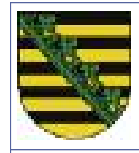


RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Ludwigshafen – Bericht über das Ermländertreffen am 1. Fastensonntag – Zum diesjährigen Ermländertreffen waren nur 20 Ermländer aus der Pfalz und Nordbaden gekommen. Den Gottesdienst in der St. Hedwigskirche feierte Pfarrer Bernhard Schaffrinski (Schaidt). In seiner Predigt erläuterte Pfarrer Schaffrinski die verschiedenen Möglichkeiten des Fastens. Fasten bedeutet nicht, wie heute allgemein dargestellt wird, Frühjahrsputz für Leib und Seele, um das körperliche Übergewicht zu verringern. Die Fastenzeit bietet uns viele Möglichkeiten des Verzichts. Im christlichen Sinne ist das Fasten ein Heilmittel gegen die Sünde. Dies verdeutlicht das heutige Evangelium von der Versuchung Jesu durch den Teufel. Jesus widersagt allen verlockenden Angeboten des Teufels nach seiner 40-tägigen Fastenzeit in der Wüste. Diese Perikope Bibelstelle) zeigt, nicht Essen und Trinken, Machtmissbrauch und Habsucht sollen das menschliche Leben bestimmen, sondern die leiblichen und geistigen Werke der Barmherzigkeit; zum Beispiel sich Zeit nehmen für Gespräche in der Familie und für Krankenbesuche. Nutzen wir die Fastenzeit, unsere Beziehung zu Gott zu überdenken und neu zu gestalten. Beim gemütlichen Beisammensein wurde derjenigen gedacht, die aus gesundheitlichen Gründen dieses Jahr nicht kommen konnten und derer, die im vergangenen Jahr verstarben. Nach eifriger Diskussion wurde beschlossen, das Treffen auch im nächsten Jahr wieder abzuhalten. Der Dank am Schluss galt allen, die zum Gelingen des Treffens beigetragen hatten.

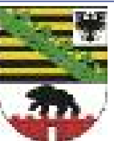
Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen. – Sonnabend, 9. März, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Heimatnachmittag mit Filmvortrag über Ostpreußen. – Donnerstag, 21. März, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatliche Kaffeestunde der Damen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Freitag, 15. März, 13 Uhr, Leipziger Straße 167: Spielezirkel.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 11. März, 14 Uhr, Krötenhof: Gruppentreffen. Filmvorführung „Reise durch Masuren" und „Rominter Heide".

Gardelegen – Freitag, 22. März, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Stunde der alten Gedichte.

Magdeburg – Freitag, 8. März, 15 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Sonntag, 10. März, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Frühlingserwachen. – Dienstag, 12. März, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 22. März, Sportgaststätte bei TuS

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Bericht von der Februarversammlung – Die Oldesloer begrüßten in Wiggers Gasthof Landsleute aus den Ortsverbänden Mölln und Neumünster, die zum Fleck- und Klops-Essen gekommen waren. Der Ortsverband Bad Oldesloe führte seine Jahreshauptversammlung nach den Regularien durch. Als Verstorbene des Jahres 2012 wurde Therese Baltrusch geehrt. Sie war mit 105 Jahren das älteste Mitglied und die älteste Einwohnerin von Bad Oldesloe. Im Rückblick auf das Jahr 2012 teilte die Vorsitzende mit, dass bei den monatlichen Zusammenkünften heimatkundliche Themen behandelt wurden, aber auch Schlösser und Herrenhäuser der hiesigen Umgebung und preußische Geschichte. Ein Tagesausflug führte nach Winsen/Luhe. Zur Wahl standen der/die Vorsitzende und der/die Schriftführer/in. Da keine Wahlvorschläge eingegangen waren, kam es zur Wiederwahl. Gisela Brauer wurde zur Vorsitzenden gewählt, Georg Baltrusch zum Schriftführer. Die Gewählten nahmen die Wahl an, dankten für das Vertrauen. Sie wollen das Ehrenamt fortführen, solange es ihnen gesundheitlich möglich ist. Im Anschluss an die Jahreshauptversammlung verging die gemeinsame Zeit mit lebhaften Gesprächen sehr schnell. Fleck und Königsberger Klopse waren hervorragend zubereitet. Gisela Brauer hatte ihr Gedicht „Winterabend in Marienwerder“ mitgebracht, Georg Baltrusch eine Geschichte über den „Pilkaller“, der wohl nur in der Heimat mit der geräucherten Leberwurstscheibe richtig heimatlich schmecken konnte. Die Geburtstagskinder des Monats waren: Werner Mosel, Lieschen Klemens und Gisela Brauer.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 12. März, 15 Uhr, Haus im Stadtpark:. Lichtbildervortrag. Der Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen H. A. Plötner aus Schönwalde a. B. zeigt Lichtbilder seiner Reise von 2012 in das südliche Ostpreußen und berichtet gleichzeitig über seine jährlichen Betreuungsfahrten dorthin. Gäste sind herzlich willkommen!

Flensburg – Freitag, 15. März, 15 Uhr, Treffpunkt Mürwik: Kaffeerunde, Vortrag mit Filmen und Worten zum Thema: Eine Zeitreise durch Flensburg (das erste Seifenkistenrennen in Flensburg, die Flensburger Straßenbahnen). Vortragender ist Dieter Nickel aus Harrislee.

Pinneberg – Sonnabend, 16. März, 16 Uhr, VfL-Heim, Fahltskamp 53: **Jahreshauptversammlung.** Um zirka 17.30 Uhr gibt es warmes Essen. Anmeldungen bei R. Schmidt, Telefon (04101) 62667 oder B. Kieselbach, Telefon (04101) 73473.

Schönwalde am Bungsberg – Donnerstag, 7. März, 14 Uhr, Jugendherberge: Senioren-Begegnung.

Dittchenbühne Elmshorn

Sonntag, 3. März, 20 Uhr: Bauern, Bonzen & Bomben. Nach Hans Fallada. Regie Lars Cegiliecki

Freitag, 8. März, 20 Uhr: Musik-Kabarett. Frank Grischek –Unerhört.

Donnerstag, 21. März, 19 Uhr: Kabarett Oma F.R.I.E.D.A. „Turne bis zur Urne“ mit Jutta Lindner.

Sonntag, 24. März, 11. bis 15 Uhr, Jazzfrühstück den West-Coast-Stompers.

Dittchenbühne, Telefon (04121) 89710.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

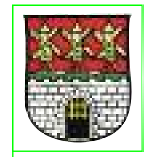


GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (06126) 4173, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Gesamtdeutsches Heimattreffen des Regierungsbezirkes Gumbinnen – Sonnabend, 16. März, 10 bis 17 Uhr, Landhotel in Spornitz (B 191): Zu dem im Frühjahr vorgesehenen 41. Heimattreffen laden wir alle Teilnehmer herzlich ein.

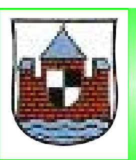
Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Versuch neuer Wege der Zusammenarbeit mit Landesgruppen und Kreisgemeinschaften! – Zu gemeinsamen Beratungen waren die Vorstände der Kreisgemeinschaften Schloßberg und Ebenrode zusammengetreten. Dazu eingeladen waren auch die Vorsitzenden der Landesgruppen Niedersachsen, Frau Dr. Barbara Loeffke, und Hamburg, Herr Hartmut Klingbeutel. Schwerpunkt der gemeinsamen Beratungen war die Planung, Organisation und Durchführung des gemeinsamen Hauptkreistreffens der Kreisgemeinschaften Schloßberg und Ebenrode in Zusammenarbeit mit den Landesgruppen Niedersachsen und Hamburg am 13. Juli in der Stadthalle Winsen (Luhe). Die Landesvorsitzenden der Bundesländer Niedersachsen und Hamburg waren aufgrund des folgenden Gedankens dazu eingeladen: Wegen der bekannten Situation und Tatsache, dass vielen unserer Landsleute eine Reise zum Treffen nach Winsen aus Altersoder gesundheitlichen Gründen nicht mehr möglich ist und die Besucherzahlen zu Heimattreffen von Jahr zu Jahr drastisch zurückgehen, wollen die beiden Kreisgemeinschaften neue Wege gehen, indem das gemeinsame Hauptkreistreffen aufgebohrt und das Programm umgestaltet wird. Das Heimattreffen soll so auch allen Ostpreußen und anderen Interessenten offen stehen, die nicht aus den Heimatkreisen Schloßberg und Ebenrode stammen, aber in der Nähe, also in Niedersachsen und Hamburg, wohnen. Nach den Beratungen und der Planung eines gemeinsamen, recht attraktiven Programms zum Hauptkreistreffen 2013, bekundete Frau Dr. Loeffke, im Land Niedersachsen für eine Teilnahme ostpreußischer Landsleute zu werben und gegebenenfalls auch entsprechende Reisemöglichkeiten organisieren zu lassen. Man kann gespannt sein, wie die neuen Wege der Zusammenarbeit sich entwickeln!



TILSIT–STADT

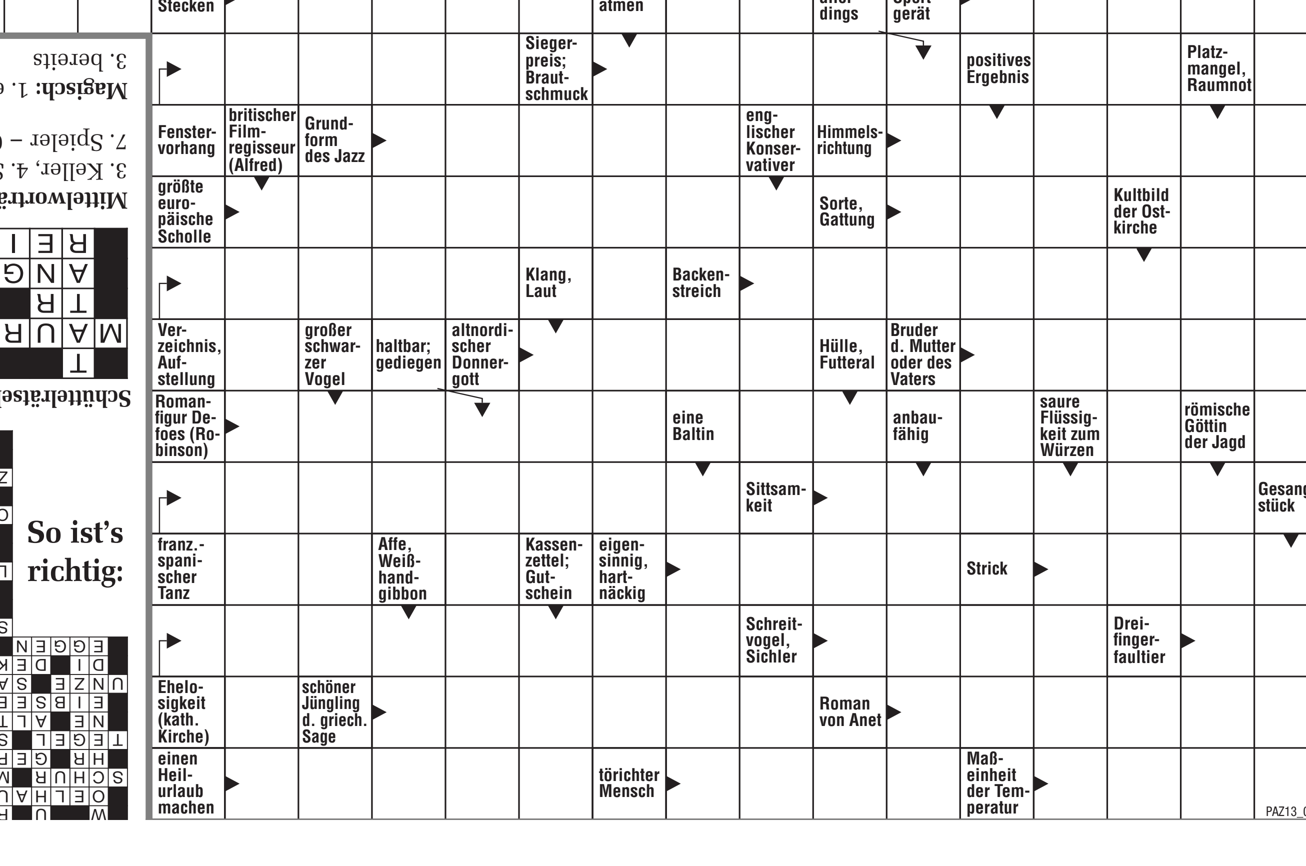
Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Cecilienschule – Getragen von dem Wunsch, Kontakte zu ehemaligen Mitschülerinnen zu knüpfen ruft Lieselotte Wesslowski geb. Kleest auf, sich bei ihr zu melden. Ihre Tochter Sylvia Nehls wäre auch bereit, ein Schultreffen zu organisieren. Alle ehemaligen Schülerinnen der Cecilienschule werden gebeten, sich bei Lieselotte Wesslowski, Prenzlauer Allee 11 in 17291 Oberuckersee, Telefon (03986) 3329 zu melden. Für sie, die bald ihren 80. Geburtstag feiert, wäre es das schönste Geburtstagsgeschenk.

Dem Volk aufs Maul geschaut

Felix Arndt, Pfarrer i. R. hat „Worte aus Ostpreußen“ in „3300 Wörter und Redensarten, damit nicht ganz vergessen wird, wie man in Ostpreußen schabbern konnte“, zusammengetragen. Die PAZ setzt die Vokabeln in loser Folge mit Teil 6 fort:

aufkraßeln = aufräumen, Ordnung machen
auflungern = auflauern, auf jemanden ungebeten warten
auf'm Plutz = plötzlich, sofort
aufmucksen = sich zur Wehr setzen, auch gegen Stärkere
aufmutzen = Vorwürfe machen
aufpäppeln = einen geschwächten, kränklichen Menschen pflegen und helfen
aufpliesen = entwirren (Wolle, Fäden, Leinen)
sich aufplustern = sich großtun, prahlen
aufpuddern = auflockern
aufrabasteln, sich = sich mühsam erheben oder aufstehen
aufräufeln, aufrebbeln = Gestrikktes aufmachen
aufrappeln, sich = genesen, gesunden oder nach einem Fall/Sturz wieder aufstehen
aufrebbeln, sich = sich bemühen, übermäßig Mühe geben
aufruscheln, aufgeruschelt = aufregen, aufgeregt
aufschichern = aufstören
aufwaschen, abwaschen = Geschirr spülen
ausbaldowern = auskundschaften
ausbeinen = weglaufen
ausbüchsen = ausreißen
ausbuttern, ausgebuttert = abnutzen, abgenutzt (z. B. Schrauben und Muttern)
ausleiern = ein Loch vergrößern durch drehen/bohren
Ausche = Auguste
Ausch'chen = Kosename für August und Augustchen
ausdiffeln = ausdenken
auseinanderkennen, sich = Bescheid wissen
auseinanderposementieren = erklären
auseinanderprudeln = Verworrenes in Ordnung bringen (Wolle, Bindfäden)
ausfeuern = Ausschlagen beim Pferd
ausfossen = zerrupfen, zupfen
ausfusseln = ein Stoff oder Gewebe löst sich am Rand auf
ausgeblechte Kehle = einer, der viel Alkohol verträgt, hat sie
ausgefässert = verblichen, ausgebleicht
aufgelassene Butter = heiß aufgelöste Butter
ausgeschaalt = ohne Geschmack, geschmacklos



Schüttelrätsel

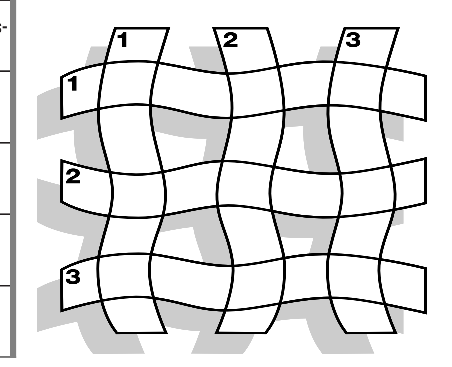
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AARTT		ENRU	EELNS		ADEGS		BNTU	DEEN	ENTT
					BEEN				
AEMRU			AEGL NU						
AADEG NNTW									
EINR					ESTT				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Kunsthandlung.

1	HOSEN		KLEID
2	BUECHER		TUER
3	WEIN		TREPPE
4	GELD		HEILIG
5	DURCH		VERKEHR
6	BUNT		ZAHN
7	FALSCH		NATUR



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 wieder zu Kräften kommen
2 Feinschmecker
3 schon

So ist's richtig:



Schüttelrätsel:



Mittelworträtsel: 1. Traeger, 2. Schrank, 3. Keller, 4. Schein, 5. Schritt, 6. Stift, 7. Spieler – Galerie

Magisch: 1. erholen, 2. Gourmet, 3. bereits

Bauern-Unruhen im Theater

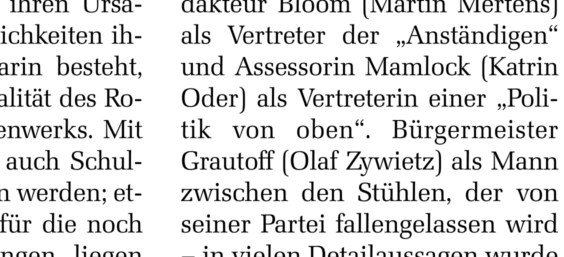
Fallada-Stück aus der Zeit der Weimarer Republik in Elmshorn



Am Schluss der Vorstellung „Bauern, Bonzen, Bomben“: Die Schauspieler treten noch einmal gemeinsam auf die Bühne zum Schlussaplaus Bild: U.E.

Der Hausherr der Dittchenbühne, die seit einigen Jahren zum Forum Baltikum in Elmshorn gewachsen ist, Reimar Neufeldt, begründete in seiner kurzen Begrüßungsansprache gegenüber den Premierengästen, weshalb hier das Stück nach dem gleichnamigen Roman von Fallada auf die Bühne käme.

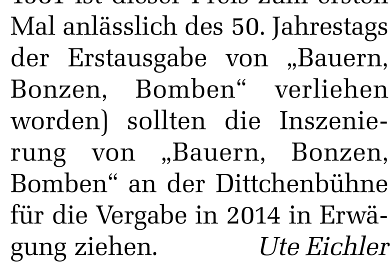
Fallada (eigentlich Rudolf Ditzen) ist vor 120 Jahren geboren worden. Sein 1931 erschienener zeitkritischer Roman „Bauern, Bonzen, Bomben“ hat mit seinem Entstehungshintergrund einen regionalen Bezug zu Schleswig-Holstein. Bauern-Unruhen, die 1928/29 an der schleswig-holsteinischen Westküste begannen, sich in den preußischen Provinzen ausbreiteten und im August 1929 in einer Demonstration von mehreren Tausend Bauern in der Stadt Neumünster gipfelten, hatten ihre Ursache in sozialer Not.



Der Roman mit der Darstellung sozialer Not hat nichts an Aktualität eingebüßt

Die Darstellung von sozialer Not, die Frage nach ihren Ursachen und nach Möglichkeiten ihrer Beseitigung – darin besteht, so Neufeld, die Aktualität des Romans wie des Bühnenwerks. Mit diesem Stück sollen auch Schulklassen angesprochen werden; etliche Anmeldungen für die noch folgenden Aufführungen liegen bereits vor.

Die Auftaktszene wie auch die Schlussszene erinnerten an Agitprop-Theater, sind aber doch geeignet, wie eine Klammer den Einstieg in die Handlung und den Ausstieg aus ihr zu vollziehen. Eine an dieser Bühne gewohnt pfiffige Lösung für das Bühnenbild, ein sparsamer Einsatz an Requisite und ihr multifunktionaler Gebrauch, vor allem aber die Spielfreude der Akteure, die unter der Regie von Lars Ceglecki ihr schauspielerisches Leistungsvermögen in den jeweiligen Rollen präsentierten, fesselte die Zuschauer im übervollen Theatersaal. 26 Rollen waren zu besetzen; hier spielte junger Nachwuchs an der Seite „alter Hasen“. Überzeugend waren die Bauern (Bauernführer Klüver – Volker Sievers) in ihrer wirtschaftlichen Notlage, beeindruckend Chefredakteur Bloom (Martin Mertens) als Vertreter der „Anständigen“ und Assessorin Mamlock (Katrin Oder) als Vertreterin einer „Politik von oben“. Bürgermeister Grautoff (Olaf Zywietz) als Mann zwischen den Stühlen, der von seiner Partei fallengelassen wird – in vielen Detailaussagen wurde unaufdringlich, aber eindeutig die Aktualität der Thematik bewiesen. Hier zeigten die Bauern zu ihrer Ehrenrettung, dass sie sich nicht vor einen politischen Karren (Nationalsozialisten oder Kommunisten) hatten spannen lassen.



Mancher Zuschauer mag bei dieser Bühnenfassung des Romans auch an seine Verfilmung Anfang der 70er Jahre durch den Regisseur Egon Monk erinnert worden sein, die damals als fünfteiliger Fernsehfilm ein Erfolg war und seit fünf Jahren als DVD erhältlich ist.

Andere dachten an die vor zwei Jahren massiv beworbene Kampagne „Die Welt entdeckt Fallada“, als sein in der Urfassung veröffentlichter Roman „Jeder stirbt für sich allein“ „ein literarisches Großereignis“ (The New York Times) wurde.

Ob die Zuschauer nun als Nachklang dieses Theaterbesuchs den Roman lesen oder nur „Das Wunder des Tollatsch“, ein Bändchen mit weniger bekannten Erzählungen Falladas, in denen ebenfalls die wirtschaftliche Notlage der Landbevölkerung wie auch Kleinstadtpolitik aus der Perspektive einfacher Verhältnisse überzeugend beschrieben wird – Fallada bleibt lebendig!

Die für die Vergabe des Fallada-Literaturpreises Verantwortlichen (alle zwei Jahre von der Stadt Neumünster vergeben. 1981 ist dieser Preis zum ersten Mal anlässlich des 50. Jahrestags der Erstausgabe von „Bauern, Bonzen, Bomben“ verliehen worden) sollten die Inszenierung von „Bauern, Bonzen, Bomben“ an der Dittchenbühne für die Vergabe in 2014 in Erwägung ziehen. *Ute Eichler*

Oster-Ausstellung in Ellingen



Ab diesem Jahr plant das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen als Kontrast zum schon viele Jahre durchgeführten Herbstmarkt eine weitere, alle Jahre wiederkehrende Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Frühlingserwachen im Schloss Ellingen“. Zu diesem Thema findet im Zusammenhang mit dem kommenden Osterfest am Sonntag, 17. März, von 11 bis 16 Uhr die Eröffnung der Ausstellung „Österliches Brauchtum – erleben und selbst gestalten“ statt.

Die Sonderausstellung zeigt unter anderem österliche Dekorationsartikel, alternative Färbemittel, historische Ostergrußkarten und weitere interessante Exponate. Dazu werden zum Teil schon vergessene alte Bräuche rund um Ostern vorgestellt.

Zusätzlich besteht als museumspädagogisches Angebot die Möglichkeit, an den an diesem Tag stattfindenden Workshops „Buchsbaumkränze gestalten“ und „Geschenkkarten basteln“ teilzunehmen, die unter anderem in Kooperation mit dem Bastel- und Schreibwarenladen Weißenburg stattfinden. Für diese Workshops ist eine vorherige Anmeldung unter Telefon (09141) 8644-11 erforderlich, es fällt ein Unkostenbeitrag je Workshop in Höhe von drei Euro an.

Alle Besucher und vor allem die jüngsten Gäste lädt das Kulturzentrum zum kostenlosen österlichen Basteln ein. Dazu ist die Teilnahme jederzeit möglich. Für das leibliche Wohl ist mit Kaffee und Kuchen ebenfalls gesorgt.

Der Eintrittspreis ist am Eröffnungstag ermäßigt und beträgt für Erwachsene 1,50 Euro. Die Besichtigung der Sonderausstellung „ Lötzen – die Perle Masurens“ und der Dauerausstellungen schließt auch den Handarbeitsraum ein, in dem an diesem Tag gestrickt, gesponnen und geklöppelt wird.

Die alten Handwerkstechniken werden erklärt und die Gäste können den Versuch unternehmen, diese selbst auszuprobieren. *Manfred E. Fritsche*

Die Ausstellung „Österliches Brauchtum – erleben und selbst gestalten“ im Kulturzentrum Ostpreußen im Barockschloss Ellingen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, ist vom 17. März bis zum 7. April Dienstag–Sonntag von 10 bis 12 und 13 bis 16 Uhr (März) sowie von 10 bis 12 und 13 bis 17 Uhr (April) geöffnet.

DIE RITTERGÜTER GROSS KLITTEN UND WOOPEN

Güter einer Adelsfamilie

Chronik über die Entwicklung der von Gottberg'schen Rittergüter Woopen und Gross Klitten

Die Herausgabe der Chronik „Die Rittergüter Groß Klitten und Woopen“ ist für den Familienverband derer von Gottberg bestimmt, einige Exemplare sollen Fachbibliotheken überlassen werden. Das Werk war als eine lokalgeschichtliche Betrachtung über die Entwicklung der beiden Rittergüter mit Einbindung der Familiengeschichte ihrer Besitzer konzipiert.

Diese Aufgabe hat der mit der Erarbeitung beauftragte Historiker Wulf D. Wagner mehr als erfüllt, denn es entstand eine Abhandlung, die als beispielhaft für die dokumentarische Aufbereitung der Geschichte ostpreußischer Güter gelten kann. Dass sie auch gut erzählt und sehr übersichtlich gestaltet ist, erhöht noch ihren Wert für die nachfolgenden Generationen, für die es in erster Linie bestimmt ist, wie Wilhelm von Gottberg in seinem Prolog bekundet: „Der Herausgeber dieses Werkes will einen (seinen) Beitrag leisten, um den nachfolgenden Generationen der Familie das Wirken der Ahnen in einem Teil Deutschlands, den es heute nicht mehr gibt, in Erinnerung zu rufen. Unsere Vorfahren, das sind auch wir. Eines Tages werden wir selber Vorfahren sein…“

In der Familie von Gottberg, einem alten Adelsgeschlecht, das erstmalig in der Altmark bei Wittenberge im Jahr 1246 urkundlich nachzuweisen ist, fühlte man sich dieser Aufgabe auch in Friedenszeiten und lange vor Flucht und Vertreibung verpflichtet. Seit Ende des 19. Jahrhunderts befassten sich Angehörige der Familie mit der Erforschung ihres Geschlechts und ihrer Vernetzung im ostpreußischen Adel. Es waren vor allem erzählfreudige Frauen, die mit ihren Aufzeichnungen den Nachkommen ein lebendiges Wissen über Leben und Wirken der Familie vermittelten. Was aber bisher fehlte, war eine Dokumentation über deren ostpreußische Besitzungen, zu denen die im Kreis Bartenstein gelegenen Rittergüter Groß Klitten und Woopen sowie das einem anderen Familienzweig gehörende Preußisch Wilten gehörten, wobei mit der Schilderung ihrer Entwicklung seit frühesten Zeiten die Einbettung dieser Güter in die Landesgeschichte Altpreußens erfolgen sollte.

Herr von Gottberg fand in Wulf D. Wagner den idealen Autor für diese sehr spezifische Dokumentation. Der junge Historiker kennt sich in der Geschichte der ostpreußischen Güter hervorragend aus, wie drei umfangreiche Bände zu den Gütern der Kreise Heiligenbeil und Gerdauen beweisen. Diesen Auftrag empfand Wagner als kleinere beispielhafte Studie, wie man neben umfangreichen Kreisbüchern auch einzelne Güter unabhängig von ihrer Größe wissenschaftlich aufarbeiten kann. Wenn er aber dieses Werk als „kleines Buch“ bezeichnet, ist das schlichtweg tiefgestapelt. Nicht nur das Format ist groß, der 140 Seiten-Band bietet eine solche Fülle von unterschiedlich aufbereiteten Informationen, dass man ruhig sagen kann, dass hier ein Geschichtswerk von besonderer Qualität vorliegt. Dem Autor gelang es in monatelanger Arbeit in mehreren Archiven nicht nur die Besitzerfolgen anhand erhaltener Kauf- und Erbverträge zu erstellen, es konnten auch genauere Lebensangaben oder kleinere historische Begebenheiten nachgezeichnet werden. Als Beispiel nennt Wagner die Verbindungen von Groß Klitten zur Landesgeschichte und zum preußischen Herrscherhaus: Es war der Truchseß von Wetzhausen, der den Hochstapler Skalich, der unter Herzog Albrecht eine Günstlingswirtschaft am Königsberger Hof aufbaute, zu Fall brachte und damit zur Wiederherstellung der ständischen Macht und Ordnung im Herzogtum beitrug.

Der Name des Rittergutes Groß Klitten weist weit zurück in die Vorordenszeit, wenngleich er erst 1419 als „Kellythen“ aus dem Dunkel der Geschichte auftaucht. Hier dicht bei Domnau, das 1400 zur Stadt erhoben wurde, dürfte eine prussische Siedlung gelegen haben, deren Name sich auf den ersten nachweisbaren Besitzer des Hofes übertrug: Niclas Kalitte/Niclas von Kelitty, der um 1430 Klitten zusammen mit der Mühle zum Lehen erhielt. Er deutet auf eine längere Besitzerfolge durch das prussische Geschlecht der Kalitte/Kelitty hin. Auch Woopen geht auf einen prussischen Besitzer zurück: 1352 verschrieb Hochmeister Winrich von Kniprode dem „Prußen Wopyn“ zehn Hufen Land, Urzelle des späteren Rittergutes.

Die Stadt Domnau, in deren Windschatten die Güter lagen, ist nach einem prussischen Edlen - Timmo – benannt, der bereits 1249 erwähnt wird. Es ist also alter natangischer Boden, in den die Gottbergs ihre Wurzeln gruben, als sie Groß Klitten und Woopen erwarben. Das geschah allerdings Jahrhunderte später, und bis dahin hatten die Güter mehrmals den Besitzer gewechselt. Der Autor listet sie auf, wobei er ihre Namen und Geschicke in die betreffenden Zeitläufe einfügt und damit knapp und prägnant die altpreußische Geschichte bündelt.

Groß Klitten war jahrhundertelang im Besitz der Truchseß von Wetzhausen. Nach dem Tod des prussischen Erstbesitzers Kalitte,

Vor allem Frauen gaben Wissen weiter

der keine Erben hinterließ, fiel der Hof an den Deutschen Orden, der einem seiner Getreuen, Conrad Truchseß von Wetzhausen den Besitz nebst anderen Liegenschaften verschrieb – „erblich und ewiglich zu Magdeburgischen Rechten“. Das bedeutete, dass der Besitz auch an weibliche Nachkommen vererbt werden konnte. So tauchen bis 1718 neben männlichen auch weibliche Namen in der Besitzerfolge von Groß Klitten auf.

Es gelang den Truchseß von Wetzenhausen, das Gut durch schwere Zeiten, durch Krieg, Pest und finanzielle Belastungen bis in das 18. Jahrhundert zu retten. Aber die Schuldenlast, deren Gründe wegen ihrer Komplexität hier nicht näher erklärt werden können, drückte immer schwerer auf Groß Klitten. Nachdem das Gut fast 250 Jahre im Besitz der Familie gewesen war, entschloss sich Heinrich Albert Truchseß von Wetzenhausen zum Verkauf von Groß Klitten an Otto Friedrich von der Groeben, einem bedeutenden Mann der brandenburg-preußischen Geschichte, der wahrscheinlich nicht auf dem angeblich mit barer Münze erworbenen Gut lebte sondern auf seinem Majorat Neudörfchen bei Marienwerder. Er hatte das Gut für seinen Sohn Jacob Friedrich erworben, der spätestens seit 1721 auf Groß Klitten genannt wird.

Er machte sich an den Auf- und Ausbau des teilweise verfallenen Besitzes, ließ ein barockes Guthaus bauen. einen schlichten Putzbau mit Mansarddach. Der dahinter liegende Garten wies eine Lindengruppe auf, die noch 1945 vorhanden war. Eine Besonderheit des Gutes war das „Weiße Tor“, das angeblich aus dem 15. Jahrhundert stammen sollte, mit in die Tor-pfeiler gehauenen weiblichen Gestalten mit Fischleibern. Jacob Friedrich von der Groeben erweiterte seinen Besitz durch den Kauf des Lehngutes Preußisch Wilten im Jahr 1727 und erstand dann auch das Gut Woopen.

So waren diese drei später von Gottbergischen Güter schon einmal in einer Hand, wenn auch nur für kurze Zeit. Genau für zwei Jahre, denn 1742 verkaufte Jacob Friedrich von der Groeben das Lehnsgut Preussisch Wilten an den General Friedrich von Rautter.

Die beiden anderen Güter erlebten ebenfalls eine wechselhafte Geschichte. 1847 fielen sie nach dem Tod des Besitzers an seinen Sohn Friedrich Sigismund. Als dieser 1779 verstarb, war die Erbfolge nicht geregelt. Seine Witwe Johanna verkaufte zuerst Woopen an Christoph Balthasar von Winterfeld, dann auch Groß Klitten. Er konnte sich nicht lange seiner neuen Besitztümer erfreuen, denn er verstarb bereits 1799. Seine Witwe Henriette – „ein abschreckend hässliches, böses, altes Weib“ – fand dennoch einen neuen Ehemann in dem jungen Carl Ernst Werner genannt von Sacken, der ihr das Gut für 8000 gepumpte Thaler abkaufte. Die Ehe wurde bald geschieden, und Groß Klitten wechselte erneut den Besitzer: Karl Adolph von Kurofsky erwarb das Rittergut und durch Heirat mit der Erbin von Woopen, Caroline von Berge und Herrendorf, wurden beide Güter wieder zu einem Besitz vereint.

Wenn schon die Besitzerfolge von Groß Klitten für einen Außenstehenden schwierig zu verfolgen ist, so gilt das erst recht für Woopen. Es ist unmöglich hier alle Namen zu nennen. Zwar blieb das an den Namensgeber, den Prussen Wopyn, verliehene Hof zuerst für längere Zeit im Besitz der erstmals 1540 genannten Familie von Löthen, deren letzte Erben 1667 das schwer verschuldete Anwesen an Esther von Egloffstein verkaufte.

Danach wechselte das Gut oft in kurzen Abständen die Besitzer, von denen einige bereits in Verbindung mit Groß Klitten genannt wurden. Insgesamt weist die Besitzerliste von Woopen zwischen 1778 und 1840 mehr als 20 Namen auf. Die wirren Zeiten mit Kriegen, Seuchen und Bränden forderten ihren Tribut, Steuern und Erblasten drückten schwer.

Mit der Familie von Gottberg, die sich nunmehr in die Geschichte dieser Güter einschreibt, beginnt eine von Fleiß und Verantwortung getragene kontinuierliche Entwicklung, die erst 1945 durch Flucht und Vertreibung gekappt wird. Wie schon erwähnt, taucht der Name erstmalig in der Altmark auf. Dort und in der östlich gelegenen Priegnitz hatte Albrecht der Bär etwa im 12. Jahrhundert sogenannte Wehrdörfer gegründet, drei dieser Siedlungen trugen den Namen Gottberg, auch ein Dorf in der Neumark.

Wappen der Familie von Gottberg

Wilhelm von Gottberg, schließt daraus, dass Angehörige des alten Adelsgeschlechtes im Zuge der Ostkolonisation nach Osten wanderten und somit einen Beitrag zu Erschließung und Kultivierung Brandenburgs, der Neumark, Hinterpommerns sowie Altpreußens leistete. Träger dieses Namens hatten im historischen deutschen Osten bedeutsame Positionen in den Sektoren Militär und Verwaltung inne.

In Hinterpommern und Ostpreußen besaßen Angehörige der Familie zwischen dem 17. und dem 20. Jahrhundert erheblichen Grundbesitz, ein Zweig sogar schon 1641 im Kreis Ortelsburg. Drei Brüder von Gottberg, alle gebürtig aus Starnitz / Hinterpommern, erwarben nach den Befreiungskriegen 1813/15 landwirtschaftlichen Besitz in Ostpreußen. Zuerst kaufte 1815 Wilhelm von Gottberg, (*1788), das Gut Preußisch Wilten von seiner letzter Besitzerin Frau vom Berge und Herrendorf. 1817 erstand sein Bruder Heinrich, (*1785), Ururgroßvater des Herausgebers, das Gut Groß Klitten. Erheblich später, im Jahre 1840 erwarb dann der dritte Bruder Werner, (*1784), das Gut Woopen. Als er sechs Jahre später verstarb, verkaufte seine Witwe das Gut an den Oberlandesgerichtsrat Julius II, Graf von und zu Egloffstein, der sich auch nicht lange an seinem Besitz erfreuen konnte. Nach dessen Tod 1866 erstand sein Neffe Otto von Gottberg das Gut, der damit Groß Klitten und Woopen nach langer Trennung wiedervereinte. Otto, Sohn des ersten Besitzers von Groß Klitten, Heinrich, hatte nach dessen Tod 1859 den Besitz übernommen.

Es waren schwere Jahre für die Brüder gewesen, denn die Kriege hatten ihre Spuren hinterlassen. Vor allem machten sich die Stein-Hardenbergschen Reformen bemerkbar.

Am 9. Oktober 1807 wurde das berühmte Oktoberrelikt rechtskräftig. Bauern und Bürgerliche konnten nunmehr unbegrenzt adeligen Besitz kaufen, gleichzeitig durften Adelige nun bürgerlichen Berufen nachgehen.

Die Umwandlung von gutsherrlichem Land in Eigentum jener Bauern, die dieses Land bisher bewirtschaftet hatten, bedeutete für die Gutsherren nicht allein eine Verkleinerung des Landbesitzes sondern auch den einschneidenden Verlust jener Menschen, die ihnen bislang mittels Hand- und Spanndiensten zur Bewirtschaftung ihrer Vorwerke zur Verfügung gestanden hatten. Oft waren die Bauern aber finanziell nicht in der Lage, ihren Hof ganz auf sich gestellt zu bewirtschaften und sie mussten nun als Gutsarbeiter ihr Brot verdienen.

So auch auf Gut Groß Klitten, auf das Heinrich von Gottberg schon kurz nach dem Kauf übergesiedelt war. Es musste für seine junge Frau Ottilie geborene von Braun, ein Schock gewesen sein, als sie ihren neuen Besitz betraten. Denn die napoleonischen Kriege hatten wie überall auf den Gütern auch auf Groß Klitten Spuren der Verwüstung interlassen, das Gutshaus befand sich in einem miserablen Zustand, nur zwei kleine Zimmer waren halbwegs bewohnbar.

Heinrich von Gottberg hatte das Anwesen für 36 000 Taler erworben, wovon 6000 Taler angezahlt wurden. Der Rest blieb als Schuld auf Klitten bestehen und wurde verzinst. Die Anfangsjahre waren für das junge Paar schwer, Heinrich nahm sich keinen Inspektor, das bedeutete für ihn harte Arbeit von früh bis spät. Der Roggen wurde nach Königsberg gefahren, der Erlös langte gerade zum Kauf der notwendigsten Geräte.

Seine Frau erhielt kein Wirtschaftsgeld, sie verkaufte Schnäpse aus der eigenen Brennerei, Wolle und selbstgewebte Leinwand, um ein paar Groschen zu verdienen. So war es nicht nur in Groß Klitten.

Ein großer Teil des ostpreußischen Gutsbesitzes war damals verschuldet, die Güter wurden zwangsbewirtschaftet.

Heinrich von Gottberg wurde für fünf große Güter als Sequestor bestellt. Mit den 500 Gulden, die er jährlich dafür erhielt, konnte er die drohende öffentliche Zwangsversteigerung abwenden. Diese schweren Zeiten haben die Familie von Gottberg geprägt, mit ihren daraus gewonnenen Wertvorstellungen haben sie auch noch die härteste Prüfung des Schicksals überstanden, die der Flucht und Vertreibung.

Bis dahin verlief das Leben auf den von Gottbergschen Gütern in ruhigeren Bahnen, die nach Aufzeichnungen und Aussagen aus dem Familienkreis nachvollziehbar sind und bis an die heutigen Generationen weitergegeben wurden.

Hier konnte der Autor aus dem Vollen schöpfen und hat dies auch getan. Wir wollen nur kurz die weitere Entwicklung skizzieren: Heinrichs Sohn Otto, (*1831), übernahm nach dem Tod seines Vaters 1859 noch unter sehr schwierigen Verhältnissen Groß Klitten und erwarb 1866 Woopen als Witwensitz für seine Frau Olga geborene Tortilowicz von Batocki. Das Ehepaar stiftete 1898 ein Fideikommiss (Majorat) bestehend aus den Rittergütern Groß Klitten und Woopen, eine Umwandlung, die damals viele Rittergutsbesitzer vollzogen. Otto hatte auch die Bewirtschaftung von Preußisch Wilten für seinen noch unmündigen Neffen Walter von Gottberg übernommen, der das Gut 1881 übernahm und sein letzter Besitzer blieb: Der 76-jährige verstarb auf der Flucht bei Danzig. Ottos Sohn Leo, (*1862), wurde nach dem Tod seines Vaters 1913 Fideikommissbesitzer Groß Klittens und konnte nicht einmal ein volles Jahr auf den Gütern wirken, denn dann brach der Erste Weltkrieg aus.

Und wieder begannen schwere Zeiten, die Leos Frau Else geborene von Berg, in ihrer Broschüre „Kriegserlebnisse des Majorats Groß Klitten 1914/15“ schildert, die auch in Auszügen dieses Buch bereichern.

Im April 1933 verstarb Leo von Gottberg bei einem Reitunfall,

Heute gibt es die Güter nicht mehr

sein Sohn Heinrich,(*1900), Vater des Herausgebers, übernahm die Güter und wurde ihr letzter Besitzer. Gemeinsam musste er mit seiner Frau Gertrud, geborene Freiin von der Goltz, und ihren neun Kindern – ein Junge wurde noch auf der Flucht geboren – das Land verlassen, in dem er so tief verwurzelt war.

Er hat es nie verwunden. Groß Klitten, Woopen und Preußisch Wilten gibt es nicht mehr. Was noch den Krieg überdauerte, wurde in diesem russisch-polnischen Grenzgebiet mutwillig zerstört oder dem Verfall preisgegeben. Vielleicht stehen noch einige der alten Kastanienbäume, vielleicht liegt noch der Torso einer Torhausnixe von Groß Klitten in einem verwilderten Garten. In dieser Dokumentation werden sie bewahrt für die Nachkommen der Familie von Gottberg. Es sind bereits über hundert. *Ruth Geede*

Wilhelm von Gottberg (Herausgeber), Wulf D. Wagner (Verfasser): „Die Rittergüter Gross Klitten und Woopen“. *Die Geschichte der Güter Groß Klitten, Woopen und Preußisch Wilten bei Domnau im Kreis Bartenstein / Ostpreußen. Schnega, 137 Seiten, kartoniert*

Tierischer Migranten-Ansturm

Erst die Wölfe, jetzt die Elche – In die Mitte Deutschlands wandern früher dort heimische Wildtiere wieder ein

Mit dem gleichzeitigen Auftreten von Elch und Wolf in Brandenburg könnten sich in Zukunft Wechselbeziehungen zwischen beiden Arten einstellen, wie sie Forscher in Nordamerika festgestellt haben. Wölfe verringern dort den Elchbestand in dem Maß, wie der natürliche Bestand an jungen Elchen wächst.

Zwei Fußballfelder groß mit grotesk verlängerter Schnauze und großen Geweihschaufeln bauten Menschen in der Jungsteinzeit einen Elch als Geoglyph, als riesiges Erdbild, auf den Boden des Urals. Das jüngst wiederentdeckte Mauerbild machte sich gut in der Draufsicht von einem nahen Hügel aus. Lebendige Elchsichtungen verzeichnet derzeit Deutschland. Brandenburg ist offiziell zum „Elcherwartungsland“ aufgestiegen. Auch in Nordhessen und

Männchen wiegen bis 800 Kilogramm

Bayern wurden die Großhirsche wieder mehrfach gesichtet.

Am Elch kommt kaum jemand vorbei, und das im doppelten Wortsinn. Die Schutzgemeinschaft Deutsches Wild kürte die zwischen 200 bis 800 Kilogramm schweren Kolosse schon 2007 zum „Tier des Jahres“, um auf „große Tierarten aufmerksam zu machen, die auf natürlichem Wege in ihre alte deutsche Heimat zurückkehren“. Zuvor verdienten sich bereits Wolf und Braunbär diese Auszeichnung.

Bei Elchen in Deutschland fällt das Stichwort Ostpreußen, das Land der dunklen Wälder und kristall'nen Seen, wo der Elch nicht nur identitätsstiftend wirkte, sondern selbst auch liebevoll gehegt wurde. Von den Mitte der 1940er Jahre gezählten 1200 Elchen zwischen Memel und Weichsel überlebten indes nur wenige die Kriegswirren am Ende des Zweiten Weltkriegs.

Neben solch traurig stimmender Erinnerung an einst aufwendig gepflegte Jagd- und Schutzreviere tragen heute vor allem lustige Filme zur großen Beliebtheit der Tiere bei. Elchvideos gehören zum Meistgesehenen, was Videoseiten im Internet zu bieten haben, zum Beispiel den schwedischen Jogger, der gedankenversunken einem Elch auf einem Waldweg entgegenläuft. Kurz und sichtbar beherrscht schreckt der Mann auf, kehrt um und überlässt dem majestätischen Tier den Weg, das, ohne Notiz zu nehmen, gemächlich seiner Wege geht.

„Elche steh'n und lauschen in die Ewigkeit“, so verewigte Erich Hannighofer (1908–1945) das Wesen der Tiere im Text zum Ostpreußenlied nach der Melodie des Königsbergers Herbert Brust (1900–1968).

Die Internetwelt hat sich ebenfalls des Elchs angenommen: Hier ist ein „Elch“ ein Begriff für Teilnehmer an Diskussionsrunden, die mit provokanten Beiträgen eine Gruppe so aufmischen, dass sich ein dahindümpelndes Gespräch in leidenschaftliche Debatten verwandelt.

Mit Schulterhöhen von eineinhalb bis fast zweieinhalb Metern ist den echten Elchen solches Temperament eher fremd, zumindest außerhalb der Paarungszeit.

Bei Brandenburgs bislang 45 dokumentierten Elchsichtungen seit 2010 spielt dieses Geschehen aber noch keine Rolle. Die in der Mark gesichteten Tiere sind über die Oder aus Polen eingewandert. Auf polnischem Gebiet leben nach aktuellen Schätzungen des World Wide Fund for Nature in Deutschland (WWF) derzeit rund 14 000 bis 16 000 Elche. Das größte Elch-Reservat liegt an der Bober im 1993 eingerichteten Biebrza-Nationalpark. Elche genießen in Polen zwar keinen grundsätzlichen Bejagungsschutz, doch seit 2001 gilt dort ein Moratorium.

Deutsche Jagdbüros werben inzwischen mit Elchbildern für die Jagd in Masuren, Elche schauen darf man ja mal. Im Königsberger Gebiet sieht das anders aus. Glaubt man Berichten von Jägern aus der Region, ist der Bestand dort vor allem im Süden in den letzten Jahren gestiegen. Doch die Gegenwart der Elche im Samland ist traurig: Laut der Nachrichtenagentur RIA Nowosti lässt sich die einst stolze Population nur schwer wiederherstellen, wenn die Zahl der Tiere unter 15 sinkt. Zählungen ergaben demnach 2009 nur noch acht Tiere im Nationalpark Kurische Nehrung. Und 2010 wurden gar nur noch sechs gezählt. Ein Tier wurde bei einem Autounfall getötet, ein anderes fiel Wilderern zum Opfer.

Selbst wenn noch 15 Tiere vorhanden sein sollten, wie manche Jäger aus der Region jüngst im Internet schrieben, so geht Abschuss hier offensichtlich vor wirksamen Naturschutz. Gouverneur Nikolaj Tzukanow kündigte immerhin an, dieses Jahr die Jagd auf Elche mit einem neuen Gesetz zu begrenzen.


Bild: mauritius

Dieser Elch kann sich sehen lassen: Im seenreichen Brandenburg finden Elche viele nahrhafte Wasserpflanzen

In Brandenburg bieten viele Seen und Gewässer mit den von Elchen heiß geliebten Wasserpflanzen einen neuen Lebensraum. Brandenburgs Agrarministerium will daher einen „Managementplan“ mit Waldbesitzern, Bauern, Naturschützern, Jägern und Straßenämtern sowie Naturkundemuseen erarbeiten. Ein Entwurf liegt nun vor. In Ostbrandenburg und Teilen Mecklenburgs waren die Hirsche auch früher heimisch. Eine aktive Ansiedlung der Neuelche soll dennoch nicht stattfinden – unerwünscht sind sie allerdings auch nicht, wie auch die bayerische Politik betont. Aus Tschechien wandern dort Elche ein.

Den Neuankömmlingen fällt es mitunter aber noch schwer, sich zurechtzufinden: Im September zweigte ein Elch auf die Autobahn nach Berlin ab und wurde überfahren. Auch die bayerische Landesregierung erarbeitete bereits einen Elch-Management-Plan. Ziel ist nicht der Abschuss, vielmehr gilt es, auf den enormen Nahrungsbedarf der Tiere zu reagieren. Um rund 30 Kilogramm Baumtriebe, Blätter und Gras erleichtert ein Elch täglich den Wald. Da auch der Wolf eingewandert ist, hoffen die Umwelt-Exper-

Elche haben eingebaute Vorfahrt

ten, dass die Natur die Elch-Population von selbst regelt. Wölfe gelten als natürliche Feinde der größten Hirschart.

Auch Brandenburgs Plan befasst sich mit Verkehrssicherheit sowie Schäden in Land- und Forstwirtschaft. Der berüchtigte Elch-Test, der einst die A-Klasse von Mercedes ins Trudeln brachte, stellt neben Begegnungen mit Elchkälbern im Gefolge ihrer Mutter die wirklich gefährliche Begegnung mit den Vierbeinern dar. Denn anders als Rotwild bleiben Elche nämlich einfach auf Straßen oder Wegen stehen. Sie haben eingebaute Vorfahrt und erkennen in Fahrzeugen keine Gefahr. Abgesehen von solcher Sturheit genießen sie in Deutschland eine ganzjährige Schonzeit.

Sverre Gutschmidt

Actionkino mit einem Schuss Wodka

Der ganz normale Verkehrswahnsinn im Osten: Die Kameras in russischen Autos zeichnen nicht nur Meteoriteneinschläge auf

Sergeij drückt die „Play“-Taste an seinem Aufzeichnungsgerät. „Hier, das habe ich erst gestern aufgenommen“, sagt er. Auf dem kleinen Display seiner Videokamera ist zu erkennen, wie zwei Fußgänger einen Zebrastreifen überqueren. Plötzlich kommt an der Kreuzung ein Fahrzeug um die Kurve geschossen, das um ein Haar die Passanten auf der Fahrbahn streift. Während ihnen der Schrecken ins Gesicht geschrieben steht, sucht der Fahrer unbekümmert das Weite.

Während wir in Moskau im Stau stecken, könne er uns noch weitere solcher Szenen abspielen, sagt Sergej. Natürlich, so etwas Spektakuläres wie den Meteoriten von Tscheljabinsk habe er nicht zu bieten. Die ganze Welt wurde schließlich Augenzeuge, als Mitte Februar der Gast aus dem All über der Stadt am Ural niederging. Obwohl er sich nicht angekündigt und kein professionelles Filmteam auf ihn gewartet hatte, wurde der Meteorit aus allen möglichen Perspektiven filmisch dokumentiert. Es waren Autokameras, wie sie auch Sergej in seinem Wagen installiert hat, die das sekundenlange Ereignis eingefangen hatten. Wenig später wurde das filmische Ergebnis im Internet auf dem Videoportal „YouTube“ eingestellt. Auf diese Weise konnte die ganze Welt die Bilder von diesem seltenen Spektakel sehen.

Welch ein Galaauftritt bei wolkenlosem Himmel! Hätte sich der Meteorit für ein anderes Land entschieden, dann gäbe es wohl keine Bilder von ihm. Denn dank Autokameras ist die flächendeckende Videoüberwachung in keinem Land so perfekt wie in Russland. „Big Brother is watching you“? Ja, aber nicht, weil es der Putin-Staat so will, sondern weil sich die Autobesitzer vor dem Staat schützen wollen.

„Hier gibt es viele korrupte Polizisten“, sagt Sergej, „deshalb hat fast jeder eine Videokamera im Wagen, die im Notfall die eigene Unschuld beweisen soll.“

Er selbst sei einmal auf der Landstraße von der russischen Straßen-„Polizia“ angehalten worden, weil er in einem Ort eine rote Ampel übersehen haben soll. „1000 Rubel sollte ich dem Polizisten bar bezahlen, dann sei der Fall vergessen“, erinnert sich Sergej, „als ich auf die Autokamera hinwies, war der Polizist plötzlich superfreundlich zu mir und hat mich weiterfahren lassen.“ Dank Kamera blieb Sergej von einer Strafzahlung verschont.

Experten schätzen, dass mittlerweile in jedem vierten russischen Auto eine solche „Dashcam“ – wie sie nach dem Armaturenbrett, englisch „dash“, genannt wird – installiert ist. Außer als Beweismittel gegen korrupte Polizisten dient sie auch dazu, sich gegen Versicherungsbetrug zu schützen. „Es kommt vor, dass Personen auf die Motorhaube eines stehenden Wagen stürzen und dann behaupten, sie seien angefahren worden“, berichtet Sergej.

Daneben dokumentieren die Kameras den ganz normalen Verkehrswahnsinn in Russland: Überfälle von Gaunern, die den Stau nutzen, um blitzschnell eine Fahrzeugscheibe einzuschlagen und mit einer Waffe in der Hand den Fahrer um sein Bares zu bringen; Verkehrsrowdys, die sich vor einer roten Ampel Platz schaffen, indem sie sich zwischen zwei Fahrzeugen durchquetschen und diese dabei an der Seite zerschrammen; und Unfälle jeglicher Art. Als Ende Dezember letzten Jahres auf dem Moskauer Flughafen Wnukowo ein Passagierjet über die Landebahn hinausschoss und auf der angrenzenden Autobahn zerbrach, dokumentierten Autokameras das mit Live-Bildern. Zu sehen war unter anderem, wie ein abgebrochenes Flugzeugrad an ein vorbeifahrendes Auto prallte und dieses fast gegen die Leitplanke drückte. Den Insassen war nichts passiert, aber im Flieger starben zehn Menschen.

„Hier auf den Straßen des Ostens herrscht manchmal Wilder Westen“, sagt Sergej, „hier passieren Dinge, die eigentlich nicht passieren können und an denen nur der Wodka schuld ist.“

Er selbst hat schon oft Unfälle gesehen, die durch rücksichtslose Raserei passiert sind und die nur durch übermäßigen Alkoholkonsum zu erklären sind. Im Internet gibt es dazu die aberwitzigsten Videos, die einen Actionfilm aus Hollywood alt aussehen lassen. So scheint es Mode zu sein, rechts auf dem Grünstreifen an Staus vorbeizurasen. Pech nur, wenn plötzlich eine Leitplanke auftaucht und das Auto darauf wie aufgebockt zum Stehen kommt.

Und wie ist es zu erklären, dass ein Bagger Schlangenlinien fahrend die rechts und links parkenden Autos „abräumt“? War ein Kind oder war Alkohol am Steuer? Und wo kommt das Auto her, das funkensprühend auf dem Dach rutschend von links „überholt“?

Dass man nach einem Crash auf der Kreuzung aus dem Auto aussteigt und seelenruhig den Unfallort verlässt, ist wohl nur damit zu erklären, dass man keine Lust hat, den Schrotthaufen namens Auto selbst zu entsorgen. Sergej staunt selbst immer wieder, was für kuriose Fahrzeuge sich auf russischen Straßen bewegen. Neben Nobelkarossen wie einem SUV fahren noch viele „Rostquietsche“ aus Sowjetzeiten durch die Straßen. „Da fallen während der Fahrt einfach mal Reifen oder spitze Teile von den alten Karossen ab, die einen entweder direkt treffen und bestenfalls einen Lackkratzer hinterlassen oder auf der Straße liegenbleiben und einen Platten verursachen“, sagt er.

Jetzt in der Winterzeit sorgt Sergej dafür, dass seine am Armaturenbrett angebrachte „Dashcam“ besonders scharfe Bilder macht. Denn auf den vereisten Straßen kommen häufig Autos ins Rutschen. Manchmal sogar umgestürzte LKWs, die auf der Seite liegend einem entgegenrutschen. Umgerechnet 200 Euro hat Sergej für seine Kamera bezahlt, die wie eine Blackbox im Flugzeug in einer Endlosschleife die Sicht des Fahrers aufzeichnet.

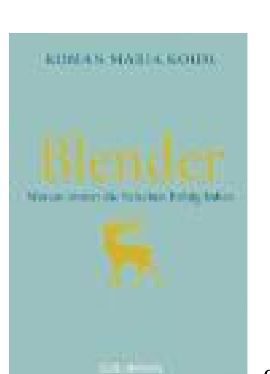
In Deutschland setzt man eher GPS ein. Oder haben Sie eine „Dashcam“? Rechtlich bewegt man sich damit in einer Grauzone. Denn die Überwachung des öffentlichen Raumes ist verboten. So darf die Kamera nicht in einem geparkten Auto laufen, um etwa Vandalismus zu dokumentieren. Umstritten ist derzeit noch, ob Videobeweise bei Unfällen vor Gericht anerkannt werden dürfen. Da digitale Filmaufnahmen manipulierbar sind, ist ein Grundsatzurteil in diesem Fall noch nicht gefällt worden.

MRK/tws

Verkehrsalltag in Russland: Meteoriten, Blitzeinschläge, „wilde“ Pferde, Tiefflieger, „Heuwagen“, Flugzeugcrash auf Autobahn, Auto-Purzelbaum Bilder: YouTube

Blender im Visier

Autor hinterfragt Chefs



Aus dem Stapel der Rezensionsexemplare scheint der Titel „Blender. Warum immer die Falschen Karriere machen“ hervorzustechen, denn gleich mehrere *PAZ*-Mitarbeiter greifen nach dem türkisfarbenen Buchumschlag, auf dem in goldfarbenen Lettern der Haupttitel „Blender“ prangt und ein röhrender Hirsch abgebildet ist. Bedauerlicherweise macht das Buch seinem Titel alle Ehre und ist selber gedrucktes Blendwerk. Das, was Autor Roman Maria Koidl da schreibt, könnten zahlreiche andere aufgrund ihrer eigenen Berufserfahrungen weniger klischeelastig und wohl auch witziger schreiben. Alleine aus den Erzählungen von Verwandten und Bekannten könnte fast jeder viel realitätsnähere Fälle schildern und würde dabei auf gequälte auf Originalität getrimmte Einordnungen wie „Schlipswichser“ oder „Business-Blender“ verzichten. Koidl, der 2010 den Bestseller „Scheißkerle“ vorlegte, versucht nämlich verzweifelt, Blender in bestimmte Gruppen einzuteilen. Dass der Inhaber der Traditionsmarke „Most Schokolade“ hierfür übertreiben und in die Klischeekiste greifen muss, ist somit zwar verständlich, tut dem Buch aber nicht gut.

Zwischen den ganzen Verallgemeinerungen über jene Männer, die nur das Ziel haben, Frauen ins Bett zu bekommen, oder jene, die mit ihrer Bildung versuchen zu blenden, schreibt Koidl allerdings durchaus einige interessante Dinge über Frauen. So hat er als Chef bereits mehrfach erlebt, dass schwangere Mitarbeiterinnen ihm vor der Geburt des Kindes geschworen haben, nach der Geburt in Vollzeit wiederzukommen und ihn baten ihn, die Stelle für sie zu reservieren, doch kaum sei der Nachwuchs da gewesen, sei plötzlich von einer schnellen Rückkehr in den Beruf nicht mehr die Rede gewesen. Auch nennt er den Fall einer kompetenten Bekannten, die, als der Posten ihres Chefs frei wurde, gewartet hat, dass man sie fragt, ob sie sich nicht auf die Stelle bewerben möchte. Da sie die nötigen Qualifikationen mitbrachte, sah sie es als selbstverständlich an, dass sie sich auf die Stelle bewirbt, sie wollte nur eben vorher gefragt werden. Doch ehe sie sich versah, wurde ihr ein Chef vorgesetzt, der von außerhalb des Unternehmens kam und über Beziehungen die Stelle erhielt. Zwar sahen alle, dass der neue Chef absolut unfähig war und außerdem von seinem Privatleben mit Ex-Frau samt Kindern sowie Geliebter sehr in Beschlag genommen wurde, doch nun saß er nun mal auf dem Posten und die anderen mussten für ihn mitarbeiten.

Zu viele Klischees und Übertreibungen

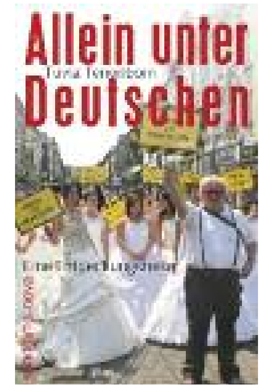
Auch die Erfahrungen einer von Koidl interviewten langjährigen Vorstandssekretärin sagen viel aus über die Welt der männlichen Chefs der letzten Jahrzehnte und ihrer Assistentinnen im Hintergrund, die hinter den Kulissen jeden „Dreck“ wegmachen, den der Boss zuvor gemacht hat. Doch trotz jener interessanten Beispiele ist „Blender“ im Großen und Ganzen viel Lärm um wenig.

Rebecca Bellano

***Roman Maria Koidl: „Blender. Warum immer die Falschen Karriere machen“**, Hoffmann und Campe, Hamburg 2012, kartoniert, 221 Seiten, 16,99 Euro*

Anti-Deutscher in Aktion

Journalist Tuvia Tenenbom auf der verzweifelten Suche nach Antisemiten



Der New Yorker Journalist und Dramatiker Tuvia Tenenbom schreibt Kolumnen für „Die Zeit“ und andere große internationale Magazine. In New York, wo er seit 1981 lebt, gründete er 1994 das Jewish Theater. Tenenbom wurde 1957 in Tel Aviv geboren und stammt aus einer deutsch-jüdisch-polnischen Familie. Im Frühjahr 2010 meldete sich bei ihm überraschend der Rowohlt Verlag mit dem Angebot, einige Monate durch Deutschland zu reisen und auf der Grundlage seiner Beobachtungen ein Buch zu schreiben. Kurz entschlossen machte er sich auf den Weg, den großzügigen Vertrauensvorschuss seines Auftraggebers im Gepäck. Nachdem er aber seine streitbare Reportage 2011 zunächst in den USA veröffentlicht hatte, bestand die Verlagsleitung auf der Auflösung des Vertrags. Zudem untersagten mehrere deutsche Politiker und Amtsträger dem Autor die Veröffentlichung ihrer Äußerungen ihm gegenüber in der deutschen Ausgabe seines Buches. Dieses erschien dann Ende 2012 bei Suhrkamp unter dem vielsagenden Titel „Allein unter Deutschen. Eine Entdeckungsreise“ und löste, neben dünnem, eher verhaltenem Lob, vielfach Empörung aus. Dabei wurde nicht so sehr Tenenboms Auffassung beanstandet, „die Deutschen“ seien überwiegend antisemitisch eingestellt. Der Hauptvorwurf der Kritiker bezog sich auf eine vermeintliche Voreingenommenheit des Autors.

Herausgekommen ist eine unkonventionelle, aber durch und durch subjektive, ironisch eingefärbte Reisereportage. Wie sind sie, die Deutschen, lautete eigentlich die Fragestellung. Tenenbom hat sich jedoch vorrangig auf den Aspekt beschränkt, der ihn am meisten interessiert: Wie antisemitisch und israelkritisch sind die Deutschen? Kritik an der Politik Israels setzt er, jedenfalls bei Deutschen, unterschiedslos mit Antisemitismus gleich. Das ist ein Standpunkt, der hierzulande gerade in den letzten Wochen aus einem anderen Anlass engagiert diskutiert und hinterfragt worden ist. Insgesamt wird „den Deutschen“ außer „eingefleischtem Antisemitismus“ alles Mögliche bescheinigt, darunter „kindischer Extremismus“. Ob und wie viel Gewicht man dem Befund zubilligen mag, dürfte davon abhängen, ob Tenenboms ungewöhnliche Methode akzeptiert wird, Gespräche meistens von vornherein in eine bestimmte Richtung zu dirigieren und damit auch abzukürzen. Ohne festen Plan ist er von Ort zu Ort gezogen und hat Kontakte zu Prominenten und Durchschnittsbürgern geknüpft, wobei er bei Letzteren meistens unverzüglich auf sein Kardinalanliegen zusteuerte, nämlich Antisemitismus und Israelfeindlichkeit zum Vorschein zu bringen.

Die Fragestellung des Autors hat stets nur ein Ziel

Und siehe da, fast jeden Tag wurde er fündig, nur leider oftmals auf Kosten der vielen Männer und Frauen, die er in Hamburg, Nürnberg, Köln, Leipzig und andernorts getroffen hat. Manchmal hat er Mimikry betrieben, um sein Gegenüber aus der Reserve zu locken, zum Beispiel, indem er sich als Jordanier ausgab oder einen naiven, dümmlichen Ausländer spielte, ähnlich wie Sacha Baron Cohen in seiner Kino-Groteske „Borat“ (2006). Kein Wunder, dass solchermaßen angeknüpfte Gespräche, die im Buch in einer doppelbödig-ironischen Kommentierung verpackt sind – was manchmal, aber nicht immer, witzig ist –, teilweise schon zu Ende waren, nachdem sie kaum begonnen hatten. In welchem Umfang dem Autor insofern ein anregender Austausch mit Menschen in ihrem privaten und beruflichen Umfeld entgangen ist, liegt auf der Hand. Dem Geplauder mit bekannten Persönlichkeiten wurde demgegenüber unverhältnismäßig viel Raum zugebilligt. Einigen seiner deutschen Kollegen zollt Tenenbom hohe Anerkennung, allen voran Peter Scholl-Latour. Allerhöchstes Lob teilte er aber in erster Linie der Landschaft aus, zum Beispiel dem Bilderbuch-Panorama am Starnberger See.

Oft wurde er auf seiner „Expedition“ zum Essen und Trinken eingeladen. Dabei fällt dann doch auf, dass er den Wirt eines Sylter Luxusrestaurants, von diesem lukullisch verwöhnt, mit seinen nervenden, beharrlichen Fragen verschont hat.

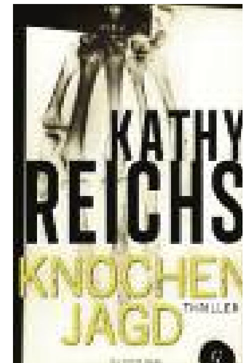
Den deutschen Antisemitismus hält Tenenbom für tiefer verankert als den „in der Politik oder der Religion“ begründeten islamischen Antisemitismus. Auch welcher Art dieser Antisemitismus sei, glaubt er zu wissen. Mit israelfeindlichen Türken in Duisburg-Marxloh habe er sich jedenfalls stundenlang blendend amüsiert, schreibt er, und weiter: „Mit den Deutschen geht das nicht.“ Schließlich gibt er sogar zu, dass er verallgemeinert, meint aber gleichzeitig: „Tut mir leid, aber das ist es, was ich gesehen habe.“

Dagmar Jestrzemski

***Tuvia Tenenbom: „Allein unter Deutschen. Eine Entdeckungsfahrt“**, Suhrkamp Verlag, Berlin 2012, broschiert, 432 Seiten, 17,50 Euro*

Babyleichen im Abfluss

Neuer Thriller um die forensische Anthropologin Tempe Brennan



Fans der kühlen forensischen Anthropologin Tempe Brennan dürfen sich freuen. Nicht nur, dass aktuell die Serie „Bones“ wieder im Fernsehen läuft, Kathy Reichs beglückt auch ihre Leserschaft mit einem neuen Thriller. „Knochenjagd“ beginnt zunächst allerdings makaber wie selten eine Folge zuvor. Dr. Brennan wird in eine verwahrloste Wohnung gerufen, in der mehrere Babyleichen gefunden werden. Bei der Untersuchung der ersten Leiche gerät jedoch sogar die sonst so hartgesottene Anthropologin aus der Fassung. „Das Baby steckte im Toilettentisch eines Badezimmers, eingeklemmt zwischen der Rückwand und einem verrosteten Abflussrohr ... Ein Sturzbach der Bilder rauschte durch mein Gehirn ... Zorn und Trauer ballten sich in meinen Eingeweiden zusammen. Konzentrier' dich, Brennan! Behutsam legte ich die winzige Leiche wieder auf ihren Platz zurück und holte tief Luft. Meine Knie knackten, als ich mich aufrichtete und ein Spiralnotizbuch aus meinem Rucksack zog. Fakten konzentrier' dich auf die Fakten.“ Voller Groll beschließt die Forensikerin, die scheinbar eiskalte Mörderin zu finden, die es übers Herz gebracht hat, ihre eigenen Neugeborenen zu töten und in ihrer Wohnung zu verstecken.

Die Spur führt Brennan und ihren Kollegen Detective Ryan von der Mordkommission weg von Montreal, ihrem üblichen Wirkungsfeld, nach Edmonton, der Hauptstadt der kanadischen Provinz Alberta. Sie vermuten, dass Anneliese Ruben dort in der Prostituiertenszene untergetaucht ist. Die Ermittlungen laufen dann zunächst aber nur schleppend. Erschwerend kommt hinzu, dass nicht nur das Verhältnis zwischen Tempe und Ryan weiterhin ungeklärt sind, sondern dass Tempe mit dem Hauptermittler Sergeant Oliver Isaac Hasty vor vielen Jahren eine Affäre hatte, was Ryan wiederum ganz und gar nicht gefällt.

Um den Eifersüchteleien und der unausweichlichen Aussprache mit Ryan auszuweichen, beginnt Brennan auf eigene Faust zu ermitteln und riskiert bei einer spontanen Verfolgungsaktion Leib und Leben.

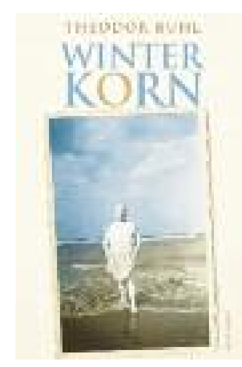
Schon seit über zehn Jahren begeistert die Autorin Kathy Reichs die Leser mit den häufig recht unappetitlichen, aber dafür umso spannenderen Kriminalfällen der forensischen Anthropologin Brennan. Und nach wie vor sind diese alles andere als ein alter Hut. Auch bei „Knochenjagd“ verlangt die Autorin dem Leser wieder ein dickes Fell ab, aber belohnt ihn dafür mit einem verzwickten Fall und unerwarteten Wendungen. Denn manchmal kann es sein, dass der Täter auf den zweiten Blick selbst ein Opfer ist und zwar das Opfer eines völlig anderen Verbrechens.

Vanessa Ney

***Kathy Reichs: „Knochenjagd“**, Karl Blessing Verlag, München 2012, geb., 384 Seiten, 19,99 Euro*

Bittere Armut bestimmte ihr Leben

1891 Geborene erzählt von gewalttätigen Vätern und Männern – Interessantes Porträt aus der sozialen Unterschicht



„Winterkorn“ ist der bildhafte Titel der Geschichte von Jule Andersen aus Kiel, die 1891 in Kiel als fünftes von neun Kindern eines Gelegenheitsarbeiters und einer Bauerntochter geboren wurde. Wie der Winterroggen in eisiger Erde hat diese Frau aus der untersten sozialen Schicht in einer schwierigen Zeit alle Kräfte mobilisiert und durchgehalten. Herausgeber des beeindruckenden Lebenszeugnisses ist der 1936 im schlesischen Bunzlau geborene Autor und frühere Lehrer Theodor Buhl, der Jule Andersen kennenlernte, als sie 72 Jahre alt war. Bis zu ihrem Tod im Jahr 1975 machte er Tonbandmitschnitte von ihren gemeinsamen Gesprächen und den Interviews, die er mit ihr führte. Den umfangreichen Erzählstoff fasste er zu einer chronologischen Abfolge zusammen und übernahm dabei weitgehend unverändert Andersens lebhafte Sprache mit dem typisch bärbeißigen Witz, ein „Missingisch“ aus Hochdeutsch mit plattdeutschen Einsprengseln.

Bis zum Zweiten Weltkrieg war das Plattdeutsche in Norddeutschland im privaten Bereich noch weithin gebräuchlich. Auch das ist längst Vergangenheit. In der ungefilterten, von Stimmungen aufgeladenen Erzählung stößt man auf plattdeutsche Wörter, deren Bedeutung man nur erahnt.

Winzige Kellerwohnungen, das waren die wechselnden Behausungen der großen Familie um 1900. Mit fünf Jahren wurde Jule als Haushaltshilfe „vermietet“ – ein Esser weniger. Sie fand aber nicht alles nur trübselig damals in Kiel. In der Straße Sophienblatt gab es einen Hof und dahinter einen Garten. Morgens immer kam die Hauswirtin Frau Missfeldt zu ihrer Mutter und sprach sie freundlich an: „Nette Leute, die es heute nicht mehr gibt. Es waren viele Gören rundherum, da hatte jeder zehn, zwölf Gören, das gehörte so. Aber es war so gemütlich mit den Kindern und den Müttern – meine Jugendjahre in der Zeit, das war was Schönes.“ Später kam sie als ungelernte Arbeitskraft auf einen Gutshof in Stellung, danach, wo immer sich eine Gelegenheit bot. Sie heiratete, bekam eine Tochter und wurde Großmutter dreier Enkel. Sie hat die Verhältnisse, mit denen sie konfrontiert war, nie genauer hinterfragt, mochte es ihr gut oder schlecht gehen. Doch Jule Andersen urteilte anhand der Taten, ob ein Mensch ein gutes oder ein schlechtes Wesen hat. Abscheu und Verachtung gegenüber gewalttätigen Männern und denen, die Schulden machten und ihre Frauen betrogen, brannten sich tief in ihr Wesen ein. Davon waren ihr eigener Mann, von dem sie sich scheiden ließ und den sie wieder heiratete, weil sie auf die Witwenrente spekulierte, und ihr Vater nicht ausgenommen. Ihn nannte sie nicht Vater, für sie war er nur Heinrich: „Heinrich hatte gar nichts für uns übrig. Sich mal mit uns Kindern beschäftigen irgendwie – nichts.“ Beim Essen mussten die Kinder mangels Sitzgelegenheiten stehen: „Und mit dem Stiefelknecht gab's denn was, wenn wir nicht parierten. Heinrich konnte fast alles – aber er hatte dies grässliche Maul. Deswegen blieb er nirgendwo länger, schmiss alle acht Tage die Arbeit hin, erzürnte sich mit jedem. Wenn der eine Hü segg und der andere Hott, da haute er gleich ab, da war er fertig.“

Mit zehn Kindern in einer Kellerwohnung

An Kultur und Bildung war sie nicht interessiert, an der bundesdeutschen Politik nur, um sich daran zu reiben; dafür umso mehr an Fragen aus dem Bereich der Metaphysik. Sie habe in ihrem Leben kein einziges Buch gelesen, ihr Lesestoff beschränkte sich auf Zeitschriften und Illustrierte, berichtet der Herausgeber. Die Weichen dafür wurden in der Kindheit gestellt. Ihrem Vater, der immer bis spät in die Nacht las, hat sie als Kind den Bildungshunger als Faulheit angekreidet. Unterdessen saß ihre Mutter, die sich nie Ruhe gönnte, an der Nähmaschine „und nähte all die Plünnen – schon morgens Klock vier beim Knütten“. Andersens Weltbild, das im Alter von Vorurteilen und Abneigungen geprägt war, die im Schwarzweiß-Denken des Nationalsozialismus wurzelten, war unveränderlich, daran war nichts mehr zu rütteln. Buhl hat die Urversion von „Winterkorn“ seinerzeit an Heinrich Böll geschickt, der dafür anerkennende Worte fand. Dem Lob muss man sich uneingeschränkt anschließen.

Dagmar Jestrzemski

***Theodor Buhl: „Winterkorn. Die Lebenserinnerungen der Jule Andersen“**, Rowohlt Verlag, Reinbek 2012, geb., 204 Seiten, 17,95 Euro*

MELDUNGEN

Kälterekord in Sibirien

Moskau – Sibirien verweigert sich der „Erderwärmung“: Im Örtchen Oimjakon, nach eigenen Angaben die kälteste Menschenansiedlung der Welt, wurde Mitte Februar mit 71 Grad unter null ein neuer Minusrekord aufgestellt. Bislang lag der Spitzenwert bei -68 Grad, der 1933 gemessen worden war. Außerhalb einer Ortschaft liegt der globale Kälterekord bei -89 Grad, ermittelt an der russischen Südpolstation „Wostok“ im Jahr 1983. *H.H.*

Königsberg ins Baltikum verlegt

Frankfurt/Main – Nun berichtet sogar die Nachrichtenagentur dpa von den russischen Überlegungen, der Stadt Königsberg ihren alten Namen zurückzugeben. Allerdings vertun sich die Journalisten erheblich in der Geografie, indem sie Königsberg als „Stadt im Baltikum“ (Estland, Lettland, Litauen) verorten. Auf der Europakarte der „heute“-Sendung ist das nördliche Ostpreußen seit einigen Wochen sogar ganz verschwunden – in der Ostsee. *H.H.*

ZUR PERSON

Klamauk mit System

Ein Komiker ist der große Gewinner der italienischen Parlamentswahl und wird so zum erstrangigen Politiker. Und diejenigen, die sich bisher dafür hielten, wirken in ihrem Zorn und ihrer Verzweiflung nun ihrerseits wie Komiker. Sie haben allen Grund, vor **Beppe Grillo** zu zittern. Koalitionen mit ihnen schließt er nämlich kategorisch aus. Als Verbündeten können sie ihn also nicht gewinnen, aber als Gegner müssen sie mit ihm rechnen, denn er hat sich ganz dem Kampf gegen die seiner Meinung nach korrupte Politikerkaste verschrieben. Von nichts ist der 1948 geborene Grillo weiter entfernt als von einem Berufspolitiker. Eigentlich hatte er Buchhalter gelernt, wurde dann aber gefeierter Schauspieler und Komiker. Eine von ihm moderierte Fernsehshow nahm im Laufe der Jahre immer politischere Züge an, die bis zur Satire gingen. Nachdem die von ihm angegriffenen Politiker gegen seine Auftritte interveniert hatten, verschwand er vom Bildschirm.



Seine Rache: Ein im Internet und bei öffentlichen Auftritten geführter Kampf gegen Parteien- und Politikerprivilegien, Korruption und Wirtschafsskandale.

Der ist auch sein beherrschendes Thema als Politiker. Das Programm seiner Partei M5S ist ansonsten unbestimmt. Zwar ist von Mindesteinkommen, der Abschaffung der Immobiliensteuer, Bürokratieabbau und einer Volksabstimmung über den Euro die Rede, was Grillo aber konkret will, sagt er nicht. Dem Vorwurf, ein „Antipolitiker“ oder gar „faschistoider Populist“ zu sein, begegnet er mit einer verblüffend kurzen Antwort: Er sei einfach der Vertreter einer guten Politik. Einer Politik, die nicht mehr dem Diktat der Finanzmärkte und der EU-Bürokratie folge. Der Komiker als Politiker durch Klamauk mit System. Die tiefe politische und wirtschaftliche Krise Italiens hat es möglich gemacht. *J.H.*



Zeichnung: Mohr

Der lächelnde Trottel

Warum die Deutschen auch für Mali-Kredite bürgen müssen, wie Hitler den Euro rettet, und wie wir die echten Täter erkennen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Was waren das für schöne Bilder mit den fahnenschwenkenden Kindern in Mali, die die französischen Soldaten begrüßten. Das wird ein Spaziergang, die islamistischen Terrorherren sind im Handumdrehen in die Wüste gejagt. Da waren sich alle sicher.

Mittlerweile meldet man uns Schießereien aus Städten, die als lange schon befreit galten. Nanu? Wie kann denn das angehen? Irgendwie kommt uns das Drehbuch bekannt vor: Spaziergang, kurzer Prozess – und dann ist endlich Frieden? Von wegen, ab da ging es meist erst richtig los.

Es läuft also nicht richtig rund in Mali, da müssen wir dringend etwas tun. Der französische General François Lecointre, Chef des EU-Einsatzes für die Ausbildung der malischen Soldaten, weiß auch schon, was: Mali benötige nicht bloß Ausbilder, sondern auch Waffen. Dafür fehle dem armen Land aber das Geld, weshalb es für den Waffenkauf Kredite aufnehmen müsse. Da dem Drittweltstaat aber kaum jemand etwas leihen würde, sollten die EU-Länder für die Kredite bürgen.

Warum solche Umstände? Wieso (wenn's denn schon sein muss) kaufen wir denen die Waffen nicht einfach selber bei unseren Rüstungsbetrieben und schicken sie dann runter? Wer so denkt, kennt die Regeln unserer globalisierten Welt nicht.

Kredite an die malische Regierung sind viel besser: Zunächst hätte Paris so nämlich die Gelegenheit, seinen guten Draht zu der ehemaligen Kolonie dafür einzusetzen, dass die Afrikaner französischen Produkten den Vorzug geben. Die (per Putsch an die Macht gekommene) Regierung von Mali könnte sich überdies ein bisschen was abzweigen, wenn sie das Geld erst mal hat. Regierung sein macht ohne schicke Villa, dicke Karossen und eine Kompanie Dienstboten nur halb so viel Spaß. Außerdem muss das Schweizer Konto gefüttert werden für die Zeit nach dem nächsten Putsch. Man will nach seinem Sturz ja nicht als Ziegenhirte im benachbarten Senegal versauern.

Zu guter Letzt können die Banken bei der Sache ihren Schnitt machen, der ihnen bei Direktlieferung der Waffen entgangen wäre: Erst kassieren sie jahrelang Zinsen, und sobald die nächste Putschregierung die Schuldenrückzahlung für Kredite der aktuellen Putschregierung verweigert, ersetzt der Steuerzahler den Banken ihren „Verlust“, denn er bürgt ja. Wenn sich, was nicht unwahrscheinlich ist, der Mali-Krieg ebenso in die Länge zieht wie andere, ähnlich gelagerte Konflikte, wird er zu einer sagenhaften Geldmaschine heranwachsen, bei der alle absahnen dürfen – bis auf einen, und das sind: Sie!

Na ja, Sie nicht nicht ganz allein, ich bin auch dabei, so wie die anderen deutschen Steuerzahler. Trotzdem kommt man sich bei all der Hin- und Herschieberei von Geld manchmal recht einsam vor. Wie der Dorftrottel, hinter dessen Rücken und auf dessen Kosten sich alle anderen delektieren. Egal, wie wir es drehen und wenden: Es scheint zum Grundgesetz zu reifen, dass der deutsche Steuerzahler am Ende immer der Gelackmeierte sein muss.

> Gauck gibt die Parole: Keine Bedenken! Banner raus und marsch für die Einheitswährung!

Sollte man nicht mal dagegen protestieren? Ja, bloß wie? Von offizieller Seite würde uns entrüstet mitgeteilt, dass Mali schließlich ein „souveränes Land“ sei, das selbst entscheide, bei wem es welche Waffen kauft. Aus Respekt vor seiner Souveränität müssten wir ihm die Kredite garantieren, statt die Afrikaner mit von uns ausgesuchten Waffen-Almosen abzuspeisen.

Zwar wissen die Offiziellen natürlich, dass Länder wie Mali noch nie „souverän“ waren, sondern lediglich Beute wechselnder Raffzähne. Aber das kann glücklicherweise niemand öffentlich sagen, ohne sich dem Vorwurf „westlicher Arroganz“ auszusetzen. Wir sehen: Hinterm Paravent der „Politischen Korrektheit“ kann man jeden Misthaufen verstecken. Den Gestank zu bemerken, gilt als moralisch verwerflich. Daher tut jeder so, als rieche er gar nichts.

Außerdem sollen sich die Deutschen eigentlich darüber freuen, der Trottel sein zu dürfen, statt als „verstoßener Fremdling außerhalb der Völkerfamilie“ auf ihrem Geld sitzen zu bleiben, wegen der Nazis. Es ist Ausdruck reinster Nachsicht, dass man unser Geld überhaupt nimmt. So muss man das sehen, schon kehrt das Lächeln zurück – ein wenig linkisch und debil zwar, aber immerhin.

Das Zitat mit der „Völkerfamilie“ stammt aus Joachim Gaucks glanzvoller Europa-Rede. Europa brauche „jetzt nicht Bedenkenträger, sondern Bannerträger“, bäumt sich der Bundespräsident heroisch auf gegen das „Gefühl der Macht- und Einflusslosigkeit“, das er bei uns ausgemacht haben will.

Genau: Keine Bedenken! Banner in die Luft und marsch! Das ist der Geist, der einst den Euro gebar. Da gab es auch keine „Bedenken“, das wurde einfach gemacht, und der strahlende Erfolg der Gemeinschaftswährung gibt den Bannerträgern von damals doch wohl ... Recht?

Nun, so ganz sicher scheint sich da selbst unser Staatsoberhaupt nicht mehr zu sein. Bei seiner Amtseinführung habe er gefordert, so Gauck, wir sollten „mehr Europa wagen“. Heute schränkt er ein: „So schnell und gewiss wie damals würde ich es heute nicht mehr formulieren.“ Dann muss es aber wirklich ernst sein.

Ist es auch, weshalb der Präsident die ultimative Waffe aus dem Arsenal zerrt, um die Deutschen auf Linie zu halten: „War es doch unser Land, von dem aus alles Europäische, alle universellen Werte zunichte gemacht werden sollten.“ Baff! Die Hitler-Keule. Die holen wohlmeinende Mahner immer heraus, wenn sie etwas rechtfertigen wollen, was an sich nicht zu rechtfertigen wäre. Die Masche haben sich sogar prügelgeile „Antifaschisten“ abgeguckt: Wenn sie jemanden zusammenschlagen oder anderweitig seiner Menschen- und Bürgerrechte berauben wollen, sagen sie einfach: „Das'n Nazi!“, und ganz Gutdeutschland hat vollstes Verständnis für sie, während der Zusammengeschlagene für immer mit dem Makel herumläuft, der eigentliche Täter zu sein.

Das kann sehr schnell gehen: Derzeit rumort es in einigen Gemeinden, weil dort große Gruppen von Roma aus Rumänien und Bulgarien für Aufhebens sorgen. Die „Welt“ beschreibt die Zustände in einem Duisburger Stadtteil so: „Laute Musik, Geschrei und Grill-Gelage bis tief in die Nacht, aus den Fenstern geworfener Müll, menschliche Exkremente auf dem Gelände, kein Benehmen, kein Anstand.“ Männer pinkelten zwischen Autos, deutsche Nachbarn trauten sich nachts nicht mehr raus.

Die Sache mit den Roma ist wirklich übel, das hat auch ein Duisburger Pastor erkannt und wurde aktiv. Wie? Wie wohl: Er verfasste einen glühenden Aufruf „gegen Rechts“, in dem er mahnt: „Mit großer Sorge sehen wir, dass die angespannte Situation genutzt wird, um rechtsradikales und menschenverachtendes Gedankengut zu verbreiten und die Stimmung weiter anzuheizen.“

Sprich: Nicht das Benehmen der Roma ist verwerflich, sondern die daraufhin entstandene „Stimmung“ der einheimischen Nachbarn. Tatsächlich hat es schon eine Schlägerei gegeben, bei der Jugendliche aus der Nachbarschaft auf die Roma losgegangen sein sollen. Allerdings waren es Türken, die da ausgerastet sind. Wären es deutsche Jugendliche gewesen, hätten Sie in den Nachrichten längst von der Duisburger Lichterkette und der „Nie wieder“-Demo gehört: „Ganz Deutschland ist empört und beschämt über diesen rassistischen, menschenverachtenden ...“ – Sie kennen den Rest. So jedoch ist auch dieser Zwischenfall lediglich Anlass, den „Dialog“ zu fördern und nichts zu „dramatisieren“.

Ob man Täter oder Opfer ist, hat eben gar nichts damit zu tun, ob man Täter oder Opfer ist, sondern ob man Deutscher oder Nichtdeutscher ist. Dass das so bleibt, ist uns immer wieder einen kleinen Hitler-Verweis wert. Danach sind die Deutschen schon Täter, wenn ihre „Stimmung“ nicht zu dem passt, was „politisch korrekt“ ist. Im Irrenhaus gilt eine strenge Hausordnung.

MEINUNGEN

*Der deutsche EU-Kommissar **Günther Oettinger** (CDU) hält weiter am Ziel eines **EU-Beitritts der Türkei** fest. Auf einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Brüssel sagte er laut „Bild“ (20. Februar):*

„Ich möchte wetten, dass einmal ein deutscher Kanzler oder eine Kanzlerin im nächsten Jahrzehnt mit dem Kollegen aus Paris auf Knien nach Ankara robben wird, um die Türken zu bitten, Freunde, kommt zu uns.“

***Philipp Bagus**, Wirtschaftsprofessor an der Universität Madrid, erklärt im Internet-Portal „MMnews“, dass mit der europäischen **Bankenunion** der **„Volksbankrott“** auf die Deutschen zukäme:*

„Trotz des Ablenkungs- und Bremsmanövers der gemeinsamen Bankenaufsicht ist es das Ziel der Bankenunion, deutsche Steuergelder und Sparvermögen den Südbanken verfügbar zu machen. Und zwar nicht nur zur Begleichung von Verlusten, die aus den Blasen der Vergangenheit stammen, sondern auch, um das angenehme Schuldenmachen, das Verzögern von Reformen, die Fehlinvestitionen in Prestigeprojekte und Sozialstaatswohltaten in Zukunft fortsetzen zu können.“

*Der Bremer SPD-Politiker **Martin Korol** (67), der erst seit kurzem im dortigen Landtag sitzt, sorgt mit drastischen Äußerungen über **Roma**-Zuwanderer für beträchtliche **Aufregung**. Korol, der zwei Jahre als Lehrer in Bulgarien gearbeitet hat, schrieb auf seiner Internetseite:*

„Diese Menschen stammen aus einer archaischen Welt. Väter haben keine Hemmungen, ihre Kinder zum Anschaffen und Stehlen zu schicken. Sie halten es für ihr gutes Recht, ih-



re minderjährigen Töchter zur Hochzeit zu zwingen. Viele junge Roma-Männer schnüffeln sich mit Klebstoffdämpfen das Gehirn weg. Ich möchte diese Volksgruppe nicht unter Generalverdacht stellen. Aber ich fürchte, dass sie viele Kinder zeugen werden, sich aber für nichts in unserer Gesellschaft verantwortlich zeigen.“

P.S.: Nach massiven Protesten hat Korol den Text abgemildert, im Kern blieb er jedoch bei seiner Einschätzung, siehe: www.martinkorol.de

*Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher **Sinti und Roma, Romani Rose**, verteidigt die balkanischen Roma gegen Pauschalurteile, obgleich er Fehlverhalten nicht leugnet. In der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ (24. Februar) versichert Rose:*

„Wir sind einfach normal. Es gibt gute Charaktere, es gibt schlechte. Selbst Menschen, die pünktlich sind, was viele Deutsche ganz unglaublich finden mögen. Mein Vater war Preuße, und meine Familie hat sich immer als preußische Familie empfunden mit preußischen Tugenden.“